©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

29. Jahrgang 1981 Heft 2

GUSTAV SCHMIDT

POLITISCHE TRADITION UND WIRTSCHAFTLICHE FAKTOREN IN DER BRITISCHEN FRIEDENSSTRATEGIE 1918/19[1]

Die Geschichte der britischen Weltmacht kennt viele Höhepunkte. Nach dem Ersten Weltkrieg erreichte Großbritannien aber den Zenit in der Ausbreitung seines Herrschafts- und Einflußbereiches: Dank der deutschen Niederlage und der in ihrem Gefolge durchgesetzten Bedingungen im Waffenstillstandsabkommen und im Friedensvertrag gewann die englische Seemacht eine unangefochtene Vorrangstellung zurück; dank des Ausfalls Rußlands als Machtfaktor bzw. als Rivale des britischen Imperialismus konnte Großbritannien mit den Mandatsgebieten und Protektorfunktionen im Nahen und Mittleren Osten die im Zeitalter imperialistischer Machtrivalitäten noch offenen Flanken schließen, also seine Sicherheitszone zum „Southern British Empire"[2] arrondieren. Auf der anderen Seite jedoch erlitt Großbritannien im gleichen Zeitraum eine Prestigeeinbuße und einen Substanzverlust in dem Aktionsfeld, in dem es als Dreh- und Angelpunkt fungiert hatte, nämlich in der Welt von Handel und Finanzen. Als London sich genötigt sah, „to resign control of her own assets", bedeutete dies eine Konzession an die Vereinigten Staaten, welche die Veränderungen in der Weltwährungs- und der Weltwirtschaftsordnung symbolisierte[3].

Dieser Widerspruch zwischen der Ausweitung der territorialen und strategischen Interessen und Verpflichtungen einerseits und andererseits den Beschränkungen, de-

[1] Der Aufsatz ist die erweiterte Fassung eines Vortrags vor den Seminaren von A. J. Nicholls und D. C. Watt in Oxford und London; die Ausführungen basieren auf der gleichnamigen unveröffentlichten Habilitationsschrift, Münster 1971. Die Form des Vortrags ist soweit wie möglich beibehalten worden, um den Diskussionscharakter zu unterstreichen. Für kritische und anregende Kommentare danke ich Antony Nicholls, D. C. Watt, James Joll, Clemens A. Wurm, Kathleen Burk und last not least Heide-Irene Schmidt. Besonders verpflichtet bin ich Kathleen Burk, die mir freien Zugang zu ihren umfänglichen Dokumentensammlungen (Photokopien) aus den Nachlässen von N. Davis, Colonel House, R. Leffingwell, A. Willert, W. Wiseman, B. Baruch und der Morgan & Grenfell Banken-Gruppe gewährte.

[2] Der Terminus „Southern British Empire" geht auf L. S. Amery zurück. Er bezeichnet ein Interesse, das sich gegen deutsche Ansprüche auf ein „Indien in Kleinasien" (bzw. den Bagdadbahn-Imperialismus) wie gegen französische und russische, in den alliierten Kriegszieldebatten (seit Anfang 1915) vorgetragene Ansprüche auf das türkische Erbe richtet; s. L. Amery, My political Life, Bd. II, London 1954, S. 102ff.; E. Monroe, Britain's Moment in the Middle East 1914–56, London 1963.

[3] K. M. Burk, The Diplomacy of Finance. British Financial Missions to the United States 1914/1918, in: HJ XXII/2 (1979), S. 369f.; dies., Great Britain in the United States 1917/1918. The Turning Point, in: The International History Review, 1979/2, S. 228–245.

Jahrgang 29 (1981), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1981_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nen Großbritanniens Ressourcen hinsichtlich ihres Einsatzes zur Wahrung nationaler (politischer und ökonomischer) Interessen unterlagen, erklärt zu einem großen Teil die Instabilität der Nachkriegsordnung, die mit den 1919–1922 geschlossenen Friedensverträgen errichtet worden war:

„The balance of financial power had passed in 1918–1919 to the state (i. e. the USA) whose banking system was the least capable of all the major capitalist powers of servicing, let alone of providing guidance and understanding, for the problems of trade and payments the world was to face in the 1920s and 1930s. Any examination of the instability, if not insubstantiality, of the Versailles settlement has to start by recognizing the failure to evolve a medium to maintain and sustain the flow of international investment on which the phenomenal economic growth of the major industrial powers had been based before 1914."[4]

Die europäischen Staaten waren auf vielfältige Weise von dem Prozeß der Restrukturierung des Weltwährungs- und Welthandelssystems betroffen: Entgegen den interalliierten Vereinbarungen der Kriegszeit – und im Unterschied zu dem im Zweiten Weltkrieg geschaffenen Bretton-Woods-System – unterblieb eine (planvolle) wirtschaftliche Zusammenarbeit, die sich den Problemen des Ungleichgewichts in den Handels- und Zahlungsbilanzen angenommen hätte, welche aus den Einwirkungen des Kriegs auf die Produktions-, Handels- und Finanzverhältnisse resultierten. Eine gezielte und den Schwierigkeiten der europäischen Staaten angemessene Wiederaufnahme des Kapitalexports seitens der USA und/oder Großbritanniens blieb aus; vielmehr wurden die im Krieg gewährten Dollar- und Sterling-Sonderkreditlinien zur Zahlung der kriegswichtigen Einfuhren nach dem unerwartet plötzlichen Ende der militärischen Kampfhandlungen im Oktober/November 1918 abrupt eingeschränkt; die Vorschüsse („advances") sollten gerade nicht für den Wiederaufbau weiterlaufen[5].

Die restriktive Kreditgewährung ist als Reaktion auf eine generelle Erscheinung zu verstehen: In allen vom Krieg gezeichneten Ländern und Gesellschaften machte sich die Tendenz bemerkbar, einschneidende gesellschafts- und wirtschaftspolitische Entscheidungen während der Übergangszeit von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft soweit wie möglich hinauszuschieben. Die Regierungen gaben statt dessen – wie noch zu zeigen sein wird – eher der Versuchung nach, den Ausweg in einer „beggar-thy-neighbour"-Politik zu suchen; befreundete Staaten wurden aufgefordert, Überbrükkungshilfe zu zahlen, Ex-Feindstaaten sollten Schadensausgleich entrichten.

---

[4] D. C. Watt, Every War Must End. War-time planning for post-war security in Britain and America in the Wars 1914–1918 and 1939–1945. The Roles of historical example and of professional historians, in: Transactions of the Royal Historical Society, 5th ser., XXVIII (1978), S. 163 (Verf. hat die Satzfolge umgestellt).

[5] Der amerikanische Kongreß verweigerte die Zustimmung zur Verlängerung der Kreditlinien über den Kriegszustand hinaus; das amerikanische Schatzamt hatte aber schon vorher wissen lassen, daß die „advances" nicht für Zwecke des Wiederaufbaus („reconstruction") erneuert würden; Rathbone an Crosby, 14. 12. 1918, Leffingwell-Papers, Box 7, LB 1, ff. 199–202; Leffingwell an Polk, 12. 5. 1919, ebenda, Box 10, LB2, f. 198. – Zur Schwierigkeit, kommerzielle Kriegsschulden und Staatsschulden abzugrenzen, D. Artaud, La Question des dettes interalliées et la Reconstruction de l'Europe (1917–1929), 2 Bde., Paris 1978, S. 15ff.

Jahrgang 29 (1981), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1981_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dies wiederum hatte zur Folge, daß „Politisierung der Wirtschaftsbeziehungen" und „wirtschaftliche Determination der Politik" einen schwer zu durchbrechenden wechselseitigen Wirkungszusammenhang eingingen. In dieser Konstellation war eine Friedensregelung, die diesen Namen verdiente, nicht ohne weiteres abzusehen.

Nicht jeder wird sich dem zitierten Urteil D. C. Watts über die Substanzlosigkeit der Friedensverträge mit Deutschland oder über die herausragende Bedeutung internationaler Investitionen als Vorbedingung wirtschaftlichen Wachstums und der Stabilität politisch-sozialer Systeme anschließen wollen. Man darf jedoch erwarten, daß eine Reihe von Fragestellungen als geeigneter Ansatz zur Erklärung des „gescheiterten Friedens" (M. Baumont [4]1961) und zur Bewertung des britischen Anteils an diesem Fehlschlag gelten kann. Auszugehen ist dabei von einander widersprechenden Beobachtungen: Wie kommt es, daß die überlieferten Maßstäbe britischer Politik – im Unterschied zu den Friedensschlüssen nach früheren „Hegemonialkriegen" – so verhältnismäßig geringen Einfluß auf die Spielregeln, auf die Rahmenbedingungen und auf die Ausgestaltung der internationalen Beziehungen erzielten? Liegt dies daran, daß andere Länder London die Gelegenheit verwehrten, seine *politischen Traditionen* bei der Restrukturierung der europäischen Nachkriegsordnung ins Spiel zu bringen? Oder waren diese Traditionen selbst fragwürdig geworden, so daß sie nicht länger als geeigneter Leitfaden für die Beilegung der Kriegs- und Nachkriegswirren fungierten? Wie kommt es, daß die britische Politik trotz des Wissens um die „Economic Elements in the Pax Britannica"[6] und des oftmals proklamierten Interesses am Frieden als Grundbedingung für die Funktionsfähigkeit der englischen Wirtschaft nicht jene Friedensregelung gewährleistete, die den englischen Bedürfnissen entgegenkam? Lag dies hauptsächlich daran, daß Währungsstärke und Finanzmacht sich vom „alten" Zentrum, von der Londoner City, auf neue, noch unerfahrene, aber ehrgeizige Plätze (New York/Wall Street, Paris, Amsterdam) verlagerten, oder beruhte der Fehlschlag auf Fehleinschätzungen der englischen Interessen und Einsätze („stakes") oder auf einem Mangel an Kohärenz bei der Präsentation britischer Zielvorstellungen und Forderungen? Schließlich: Mißlang der Versuch, politische Tradition und wirtschaftliche Elemente und Faktoren als bedeutsame Einsätze jeder britischen Außenpolitik zu korrelieren und koordiniert in Szene zu setzen?

I. Thematik und Begriffe

Politische Tradition und ökonomische Faktoren sind feste Bestandteile einer jeden Interpretation britischer Außenpolitik, so daß man Gefahr läuft, ihre Bedeutung in den einzelnen Zeitphasen nicht mehr konkret zu ermitteln, und statt dessen die Aufmerksamkeit nur noch auf die Wirkung beider Elemente richtet.

Unter *Tradition* verstehe ich – Karl Rohe folgend – jene fundamentalen Prinzipien, die in einer Gesellschaft zum Tragen kommen, in der die politische Elite relativ

[6] A. H. Imlah, Economic Elements in the Pax Britannica. Studies in British Foreign Trade in the Nineteenth Century, Cambridge (Mass.) 1969[2].

Jahrgang 29 (1981), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1981_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

homogen ist, wie im Falle Großbritanniens[7]. In methodischer Hinsicht meint Tradition jene ideellen Interessen (Weltbilder), die sich bei aller materiellen Anbindung nicht sinnvollerweise als ökonomisch-materielle Interessen begreifen lassen oder aus ihnen ableitbar sind, sondern eine eigene Erklärungsfunktion und eine selbständige Dimension des Erklärens besitzen. Konkret handelt es sich um die Idee der „balance of power" und des „Concert of Europe".

Unter *wirtschaftliche Faktoren* sind 1) die von der binnenwirtschaftlichen Situation und von den Konstellationen des Welthandels- und -währungssystems bestimmten Trends, 2) die (in der Regel) von Organisationen (Parteien, Verbände) artikulierten ökonomischen Interessen und schließlich 3) die wirtschaftspolitischen Konzeptionen und Zielformulierungen zusammengefaßt; zu dem letzteren gehört beispielsweise die Vorstellung, daß die englische Wirtschaft im Weltkrieg ihr Regenerationsvermögen bewiesen habe oder daß die englischen Methoden der Kriegsfinanzierung die englische Finanzkraft bezeugt hätten, aber auch das Vorhaben, eine interdependente Weltverkehrswirtschaft („international economy") wiederherzustellen. Die wirtschaftlichen Faktoren stehen in der folgenden Analyse im Mittelpunkt, weil Großbritanniens pragmatisch denkende Eliten die plausibel-logische Reaktion auf die wachsenden Schwierigkeiten einer Weltmacht unter (Anpassungs-)Druck darin erblickten, den Aktionsradius der Außenpolitik zu begrenzen und die wirtschaftlichen – anstelle der politischen oder strategischen – Dimensionen zu akzentuieren[8].

Den Bezugsrahmen für die Analyse und Interpretation der internationalen Beziehungen und der englischen Außenpolitik in der Phase der Kriegsbeendigung und der Friedensschlüsse bildet *„Friedensstrategie"*. Da Außenpolitik als Sicherung nationaler Interessen zugleich auch immer innenpolitische Komponenten miteinschließt, erfordert die Erklärung außenpolitischer Prozesse und Ereignisse ein begriffliches Instrumentarium, das innenpolitische Denkgewohnheiten (kollektives Erfahrungswissen und kollektive Erwartungshaltungen, individuelle und gruppenspezifische Geschichtsbilder), die Artikulation von Interessenlagen und die Formation von Einflußgruppen, ferner die wirtschaftlichen und strategischen Interessen eines Nationalstaates mit den Bestimmungsfaktoren der internationalen Konstellation zusammenspannt. Die Kurzformel für diesen Bezugsrahmen bildet – auf den Untersuchungsfall bezogen – Friedensstrategie.

Britische Außenpolitik erweist sich als Friedensstrategie durch zwei bedeutungsvolle Weichenstellungen, die zugleich dem Verhältnis von „politischer Tradition und wirtschaftlichen Faktoren" ein markantes Gepräge geben: 1) Durch Revolution, Nie-

[7] K. Rohe, Vom alten Revier zum heutigen Ruhrgebiet. Die Entwicklung einer regionalen politischen Gesellschaft im Spiegel der Wahlen, in: K. Rohe/H. Kühr (Hrsg.), Politik und Gesellschaft im Ruhrgebiet, Meisenheim a. Glan 1979, S. 21–73; ders., Politik. Begriffe und Wirklichkeiten, Stuttgart 1979.

[8] Die Genesis der sog. Ten Years' Rule ist dafür der deutlichste Beweis; ausgehend von Hankeys Memorandum „Towards a National Policy" und Lloyd Georges „brain-storming" in Criccieth Mitte Juli 1919, wurden die Optionen im Finanzausschuß des Kabinetts und im Kabinett im Juli/August 1919 diskutiert. Hier kann weder der volle Kontext noch die Dokumentation präsentiert werden; dazu die Habil-Schrift des Verf. (Anm. 1).

Jahrgang 29 (1981), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1981_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

derlage und Friedens-„diktat" fielen Rußland und Deutschland, die als politische Risiken das britische Sicherheitsdilemma seit Bismarcks revolutionärer Änderung des europäischen Gleichgewichtssystems ausgemacht hatten, als Machtfaktoren aus. Die Lloyd George – Koalition wollte diese Situation nutzen, um die „militärische" Aufrüstung auf das Niveau einer ‚normalen' Friedenspräsenzstärke herunterzudrücken[9]. 2) Dem bei Kriegsende zu verzeichnenden Machtgewinn im sicherheitspolitischen Sektor stand ein mit Besorgnis verzeichneter Positions- und Bedeutungsverlust auf wirtschaftlichem Gebiet gegenüber; hier mußte Großbritannien nicht nur mit verschärftem Wettbewerb seitens des besiegten deutschen Rivalen[10] und der aus dem Krieg gestärkt hervorgehenden ‚neuen' Weltmächte USA und Japan rechnen, sondern auch Schlüsselstellungen seiner Leistungsträger im Weltwirtschaftssystem (City, Handels- und Kriegsflotte) wegen ihrer Kompensationsfunktion für Defizite im Handelssektor zu behaupten suchen.

Die *Kombination beider Weichenstellungen* bedeutete: Während Großbritannien nach 1919 (1922) im militärischen Sicherheitsbereich ganz bewußt einseitig „abrüstete", unternahm es in der Finanz- und Währungspolitik alle Anstrengungen zur „Wiederaufrüstung", d. h. zur Rückkehr zum Goldstandard und zur Dollarparität. In der Ära der freiwillig-beispielgebenden militärischen Rüstungsbeschränkung bildete die Währungspolitik jene „Waffe" im britischen Arsenal, die – im Rahmen von Sanierungs- und Stabilisierungsaktionen des Völkerbunds eingesetzt – die betreffenden Länder zur Konformität mit englischen Interessen veranlassen sollte. Der Wirtschafts- und Finanzpolitik oblag die Pflege jenes Symbols des britischen Weltmachtstatus, der Pfund-Währung, das nach der einseitigen Rüstungsbeschränkung in den Vordergrund rückte.

Die Währungspolitik ist nun aber auch jener Bereich, in dem

a) innen- und außenpolitische Rücksichtnahmen nicht immer auf einen Nenner zu bringen waren,
b) Zentralbehörden, und zwar wegen der unmittelbaren Auswirkungen von Veränderungen an den Devisenmärkten etc. auf das Wirtschaftsverhalten der Schaltinstanzen der englischen Ökonomie, eine bis zur Arkanpolitik überhöhte Regulierungsbefugnis/Kompetenz beanspruchten,
c) Abhängigkeiten von Entscheidungen oder Geschehnissen an anderen Finanzplätzen, konkret – wegen der Leit- und Reservefunktionen der Pfund- und Dollar-Währungen – von den USA (Wall Street und Washington), sehr viel direkter und umfassender zur Geltung kommen, als etwa Einwirkungen vom Außenhandelssektor her (Zölle, „non-tariff barriers" etc.) auf die englische Wirtschaft und Politik durchschlagen[11].

[9] M. Howard, The Continental Commitment. The dilemma of British defence policy in the era of the two world wars, London 1972; G. Schmidt, England in der Krise. Grundlagen und Grundzüge der britischen Appeasement-Politik 1930–1937, Wiesbaden 1981, Kap. IV.

[10] Die Reparationsregelung verstärkte die ohnehin auf deutscher Seite wirksame Tendenz, eine Exportoffensive zu starten; die politischen, wirtschaftlichen und militärischen (Groener) Führungsschichten wollten deutsche „Weltgeltung" auf wirtschaftlichem Gebiet wiedererringen.

[11] Die Außenhandelspolitik war und blieb für die englische Regierung ein wichtiges Instrument der Außenpolitik. Binnen- und außenwirtschaftlich gab die Regierung aber die „Verantwortung" im

Jahrgang 29 (1981), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1981_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Aus diesen den Bezugsrahmen absteckenden Bemerkungen folgt, daß in der Analyse Aspekte der Währungspolitik – als geeigneter Indikator für „Kooperationsfähigkeit" des englischen politisch-sozialen Systems – und hierbei besonders die englisch-amerikanischen Beziehungen hervortreten. Zum zweiten signalisiert die Hintansetzung des „Macht"aspekts der Sicherheitspolitik gegenüber der wirtschaftlichen Aufrüstung – und zwar in Verbindung mit dem Tatbestand, daß sich in der Sicherheitspolitik seit 1918/1919 generell, beispielsweise auch in der Verquickung von Schutzbedürfnissen wirtschaftlicher und politisch-strategischer Art in der Reparationspolitik Frankreichs, die Perspektive zugunsten wirtschaftlicher Kontroll- und Interventionsmöglichkeiten bzw. -mittel verschob –, daß traditionelle, am politischen Kalkül („Interesse", „Staatsraison" etc.) orientierte Deutungsmuster wie „balance of power", „Concert of Europe" ihren Kurswert im Urteil der Entscheidungsträger einbüßten.

II. „Politische Tradition"

Angesichts der dezidierten Vorbehalte des amerikanischen Präsidenten Wilson gegenüber der „balance of power"-Doktrin[12] – kulminierend in seinen Verlautbarungen gegen europäische Macht- und Realpolitik, gegen einen „Clemenceau-Frieden" (Ende 1918) – zeigten die britischen Machteliten wenig Neigung, sich offiziell zu diesem Prinzip zu bekennen. Auch und gerade wegen des weitverbreiteten Mißtrauens gegenüber der Einkreisungs- und Blockpolitik der Vorkriegszeit, deren Exponenten sich auf die „balance of power"-Tradition berufen hatten, konnten die Amtsträger sich kaum erlauben, für die Gleichgewichtslehre als Plattform ihrer Friedensziele zu optieren[13]. Das Patt zwischen den europäischen Mächten auf den Kriegsschauplätzen symbolisierte gleichsam die Sackgasse, in der die Wege der „Gleichgewichtspolitik" endeten.

Zuge der „de-control" an Händler und Produzenten („trade") zurück. Die vom Außenhandel ausgehenden Wirkungen auf die englische Wirtschaft und Politik und auf Drittländer sind – im Vergleich zu Währungsstützungsaktionen oder dem Ausnahmefall der Nahrungsmittellieferungen nach „Kriegsende" – indirekter und jedenfalls von Regierungsseite her weniger beeinflußbar. Die Frage, ob Handelsbeziehungen oder Kapitaltransaktionen politisch effektive Einflußstrukturen schaffen, ist m. W. systematisch weder für die Nachkriegsdekade noch für die 30er Jahre am deutschen, englischen oder französischen Beispiel untersucht worden.

[12] Die von den Dissidenten („trouble-makers" im Sinne von A. J. P. Taylor) und von den Völkerbundsbewegungen in der englischen Politik geäußerten Kritikpunkte kehrten in Wilsons „open diplomacy" wieder. Die Angriffe der englischen Imperialisten und „Realpolitiker" auf Wilsons Interventionismus zielten zugleich auch immer auf ihre innerenglischen Widersacher (von der Union of Democratic Control bis hin zu Lord Lansdowne u. a. Befürwortern eines Verhandlungsfriedens).

[13] „... not only men had ceased to believe in the Balance of Power. It had, in any case, ceased to exist ... Defeat could not destroy German predominance of the Continent. Only her dismemberment could have done it; and, in the age of national states, this was impossible" (A. J. P. Taylor, The Struggle for Mastery in Europe, 1848–1918, Oxford 1967, S. 567). Ferner Foreign Office, Memorandum P 52 (Peace Series), „Europe", § 3, in: Public Record Office (PRO), London, Cabinet (Cab.) 29–2; H. I. Nelson, Land and Power. British and Allied Policy on Germany's Frontiers 1916–1919, London/Toronto 1963.

Jahrgang 29 (1981), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1981_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Denn die Koalition der großen Mächte Frankreich/Rußland/Großbritannien hatte sich nicht nur als unfähig erwiesen, die Mittelmächte militärisch entscheidend zu schlagen, sie nötigte Großbritannien sogar noch, die Mängel und Schwächen seiner kontinentalen Verbündeten hinsichtlich der Rüstungsproduktion, Versorgung, Transportkapazitäten, Besetzung der Frontabschnitte wettzumachen und seine wirtschaftlichen, finanziellen und „man-power"-Ressourcen in vollem Umfang und damit – historisch betrachtet – in unerhörtem Ausmaß zu mobilisieren. So gesehen, empfahl sich die vom Foreign Office und vom Generalstab weiterhin verfochtene „balance of power"-Politik gerade nicht zur Nachahmung und Wiederholung.

Vor diesem Hintergrund wird erklärlich, warum selbst die wenigen Verfechter der Lehre – das Foreign Office, Balfour, Sir William Robertson und Sir Henry Wilson als „Chief of the Imperial General Staff" – in den regierungsinternen Debatten über Kriegs- und Friedensziele zwar den Nutzwert des Prinzips bei der Ausarbeitung der Richtlinien für eine britische Delegation bei Friedensverhandlungen betonten, jedoch gleichzeitig sorgsam darüber wachten, daß Großbritannien substantielle militärische und finanzielle Verpflichtungen zur Aufrechterhaltung einer Friedensordnung auf der Grundlage dieser Gleichgewichtslehre vermied.

Solche Zurückhaltung hatte gleichfalls Tradition. Balfour und das Foreign Office führten dem Argumentationshaushalt der Gleichgewichtslehre jedoch neue Elemente hinzu. Sie wollten „balance of power" und nationales Selbstbestimmungsrecht in Einklang bringen. Sie nahmen ein Blatt aus dem Buch ihrer Hauptkritiker heraus[14] und erklärten, daß die bislang einander widerstreitenden Prinzipien durchaus verträglich seien: Die territoriale Neuordnung solle unter Berücksichtigung des Nationalstaatsprinzips erfolgen; man könne auf diese Weise eine gerechte, dauerhafte Friedensordnung schaffen und zugleich das Gleichgewicht der Kräfte im Auge behalten. Die Argumentation war einleuchtend-einfach: Es gelte, die im Krieg belebten nationalen Bestrebungen auf „konstruktive Zwecke" umzuleiten, d. h. ihnen ein nationales Gehäuse mit einer soliden wirtschaftlichen Grundausstattung zu schaffen; saturierte Nationalstaaten könnten am ehesten dem Sog der deutschen Wirtschaftsmacht widerstehen und gleichzeitig innere Abwehrkräfte gegen den „sozialen Gärstoff" des Bolschewismus entwickeln. Von der Annahme ausgehend, im „Nationalismus" einen Immunschutz gegen die deutsche wie gegen die russische (zaristische oder bolschewistische) Expansionsgefahr entdeckt zu haben, konnte man hoffen, mit der Bildung von Nationalstaaten in der Zone zwischen Deutschland und Rußland ein regionales

[14] Der Versuch, die mit den Schlagworten bezeichneten Traditionen auf einen Nenner zu bringen, ist in erster Linie zu sehen als Antwort auf deutsche Manöver, durch Aufwiegelung nationaler Bestrebungen im Nahen und im Mittleren Osten die englische Vormachtstellung zu untergraben, und als Gegenoffensive, um den britischen Interessen im Wettstreit zwischen Lenin und Wilson Gehör zu verschaffen. Vgl. A. J. Mayer, Wilson vs. Lenin. Political Origins of the New Diplomacy 1917/1918, Meridian Book 1964; E. Zechlin, Krieg und Kriegsrisiko. Zur deutschen Politik im Ersten Weltkrieg. Aufsätze, Düsseldorf 1979; F. Fischer, Deutsche Kriegsziele. Revolutionierung und Separatfrieden im Osten 1914–1918, in: HZ, Bd. 187 (1959), S. 249–310; ders., Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914–1918, Düsseldorf 1970[4]; V. H. Rothwell, British War Aims and Peace Diplomacy 1914–1918, Oxford 1971.

Jahrgang 29 (1981), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1981_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Gleichgewichtssystem zu errichten. Auf die „innere Stärke" des Nationalgedankens vertrauend, brauchte Großbritannien sich nicht einmal verpflichtet zu fühlen, einen substantiellen Beitrag für die Aufrechterhaltung des Gleichgewichtszustands aufzubringen.

Mit diesen Thesen leiteten das Foreign Office und Balfour eine Annäherung an den Standpunkt ein, wie ihn die Sprecher der Gruppe „New Europe" propagierten; ihnen pflichteten sie auch darin bei, daß die Nationalstaaten in „Zwischeneuropa" nicht nur eine strategisch motivierte Zweckgemeinschaft mit den Westmächten bilden sollten, sondern daß die neuen Nationalstaaten dank ihres Selbstverständnisses als nationale Demokratien auch als Brücke westlicher Gesellschaftsformen nach Osten fungierten[15].

Innenpolitische Widerstände und interalliierte Rivalitäten, die mit der unterschiedlichen Interessenverflechtung und mit der verschiedenartigen Einschätzung der Chancen einer „Reform" der Habsburger Monarchie bzw. der Folgen einer Auflösung des Donaureiches zusammenhingen[16], verhinderten einen erfolgreichen Durchbruch dieser modifizierten Version der „balance of power"-Lehre noch während des Weltkriegs. Die revidierte „balance of power"-Lehre sollte zwar Auffassungen, die auf gegensätzlichen Prinzipien aufbauten, und damit auch deren Anhänger und Trägergruppen versöhnen; sie konnte sich aber nur vorübergehend nach der Niederlage der Mittelmächte zur Geltung bringen, solange nämlich die englischen Machteliten einerseits die politischen Vorteile der Brückentheorie von „New Europe" in der unübersichtlichen Situation des Zusammenbruchs und der Revolutionswirren im Herrschaftsbereich der ehemaligen Mittelmächte erkannten und andererseits (noch) nicht an die früheren „Balkan troubles" erinnert wurden. Die Fortführung der Kombination von „balance of power" und Nationaldemokratie hing davon ab, ob es den diplomatischen Bemühungen der westlichen Siegermächte gelang sicherzustellen, daß

[15] In der Zeitschrift „New Europe" warben R. W. Seton-Watson, H. Mackinder u. a. für das Recht der Nationalitäten der Habsburger Monarchie auf Autonomie, später auf Unabhängigkeit und Zusammenschluß in Nationalstaaten; sie widersetzten sich den Separatfriedensgedanken mit Oesterreich-Ungarn und der Türkei. Vgl. H. Hanak, The New Europe 1916–1920, in: Slavonic & East European Review, Bd. 39 (1960/1), S. 369–399; K. E. Calder, Britain and the origins of the New Europe 1914–1918, Cambridge 1976.

[16] Gegen die Verzögerungsmanöver des Foreign Office und Balfours drängten insbesondere Smuts und Lloyd George darauf, in Sondierungen die Chancen eines Sonderfriedens zu testen; ein „reformiertes" Habsburger Reich war in ihrer Sicht ein besseres Bollwerk gegen (Preußen-)Deutschland und Rußland, als es die „neuen" Nationalstaaten sein konnten; als weitere Alternative waren – freilich weniger ausgeprägt als in der französischen Debatte – Pläne eines um Bayern kristallisierten „Südbunds" im Gespräch. Vgl. J. Kuropka, Image und Intervention. Innere Lage Deutschlands und britische Beeinflussungsstrategien in der Entscheidungsphase des Ersten Weltkrieges, Berlin 1978; H. Köhler, Novemberrevolution und Frankreich. Die französische Deutschlandpolitik 1918/1919, Düsseldorf 1980; Z. A. B. Zeman, The Break-Up of the Habsburg Empire 1914–1918, London 1961; R. A. Kann, The Multinational Empire, 2 Bde., New York 1950; A. J. May, The Passing of the Habsburg Monarchy 1914–1918, Philadelphia 1968²; H. Hanak, Great Britain and Austria-Hungary during the First World War, London 1962; ferner die Debatte zwischen R. A. Kann und G. L. Weinberg über den Kriegsausgang 1918 „and the European Balance of Power", in: CEA II (1969), S. 237–260.

Jahrgang 29 (1981), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1981_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

keiner der neuen Staaten in Zwischeneuropa auf Kosten eines seiner Nachbarn, aber auch nicht zu stark zu Lasten Deutschlands und/oder Rußlands expandierte. Falls die englische Diplomatie dieses Kunststück fertigbrachte, dann konnte sie sich zur Einrichtung eines regionalen Gleichgewichtssystems gratulieren, das tatsächlich keine ständigen bündnis- und verteidigungspolitischen Verpflichtungen im Gefolge hatte. Eine derartige Regelung hatte den Vorteil, daß sie das mittelfristige Problem löste, ein Provisorium für die Periode bis zur Wiederherstellung Deutschlands und bis zur Konsolidierung Rußlands nach Revolution und Bürgerkrieg zu finden: Einerseits waren bis dahin neue Fakten geschaffen, andererseits behielt England seine „Hände frei", um dann die eine oder andere Option zu ergreifen.

Die wichtigste Bedingung für die Errichtung eines derartigen regionalen Gleichgewichts ohne direkte englische „commitments" war, daß keine andere (dritte) Großmacht (d. h. Frankreich) Kriegs- und Friedensziele durchsetzte, die einen deutschen Revanchismus oder nationalrussischen Irredentismus provozieren könnten. Deshalb versuchten neben Lloyd George auch das Foreign Office und Balfour, Frankreich im Zaum zu halten; man wollte zwar Frankreichs legitime Sicherheitsinteressen anerkennen, unterstützen und notfalls garantieren, warnte aber ebenso entschieden vor einer Überdehnung des Sicherheitsanspruches[17]. Zusammengenommen, bewirkte die Argumentation des Foreign Office und Balfours für die Fortgeltung einer (modifizierten) „balance of power"-Lehre, daß Großbritannien ein aktives Interesse an der Regelung und Gestaltung der westeuropäischen Sicherheitszone (durch die Bereitschaft zur Garantie der französischen Grenzen) bekundete und diplomatisch zugunsten einer Reihe von Staatengründungen in „Zwischeneuropa" tätig wurde. Vom Resultat her betrachtet, endete der regierungsinterne Disput um die Definition der Konturen britischer „national interests" (im Sinne traditioneller Sicherheitsvorkehrungen) damit, daß Großbritanniens verteidigungspolitische Interessen auf dem Kontinent am Rhein endeten und im Nahen/Mittleren Osten wieder auftauchten – mit der Konsequenz, daß London für sich die Notwendigkeit leugnete, im europäischen Sturmzentrum, also im Einzugsfeld einer deutschen „Monroe-Doktrin"[17a] (= „Mitteleuropa") bzw. im „trouble-spot Balkan" präsent zu sein.

Mit der Niederlage Deutschlands und der Isolierung Sowjetrußlands entfielen – kurzfristig– die Anhaltspunkte für „Bündnisse" zur Deckung des Sicherheitsbedarfs; langfristig gesehen, sprach viel für das Bemühen, internationale Beziehungen so zu gestalten, daß „Sicherheit" nicht der Instrumente der Bündnis- und/oder Machtpolitik (Aufrüstung unter dem Aspekt des Wettrüstens) bedurfte. Die ostentative Abkehr von der Blockpolitik und dem Wettrüsten – den Signaturen der „balance of power"-

---

[17] Stellvertretend A. J. Balfour, 18. 3. 1919, zitiert in: B. Dugdale, A. J. Balfour, II, London 1936, S. 277ff.; vgl. auch S. H. Zebel, Balfour. A Political Biography, Cambridge 1973; Nelson, Land and Power, S. 377ff.

[17a] Mit dem Terminus „Deutsche Monroe-Doktrin" brachten Amery/Milner (1917) und Lothian (in den 30er Jahren) zum Ausdruck, daß sie „Mitteleuropa" als deutsches Hinterland akzeptieren wollten, falls die deutschen Machthaber die Interessensphäre ähnlich behandelten wie Großbritannien seine „Monroe"-Zone („Southern British Empire", Anm. 2).

Jahrgang 29 (1981), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1981_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Version vor 1914 – erweckte zugleich den Anschein, als ob für Großbritannien nunmehr allein die eigenen Interessen zählten, selbst auf die Gefahr hin, daß langfristig gültige Gemeinsamkeiten – wie die Betroffenheit als ‚Schicksalspartner' Frankreichs im Fall einer deutschen „Mitteleuropa"-Lösung – Schaden nähmen[17b]. Vor dem Hintergrund englisch-französischer Rivalitäten im Nahen Osten und in Afrika und der gegenläufigen Interessen an Deutschlands Rolle in den Wirtschaftsbeziehungen konnten die deutsche Politik und die an Rankes Konzept der großen Mächte festhaltende historische Zunft (Erich Marcks, Hermann Oncken) die englische Distanzierung von Frankreich und seiner Klientel in Mittel-Osteuropa als Beweisstück für das Wiederaufleben einer weiteren ‚älteren' Version der Gleichgewichtspolitik begreifen, wonach England den Wiederaufstieg der „Macht in der Mitte Europas" begünstigte, um ein Gegengewicht zur französischen Hegemonialstellung auf dem Kontinent zu bilden.

Die Beliebigkeit der inhaltlichen Auslegung der Gleichgewichtsformel zeigt, daß die englische Politik nicht daran interessiert (oder nicht in der Lage) war, die Degradierung zur Leerformel zu ändern und „balance of power" verbindlich zu umschreiben. Ursache dafür sind vor allem Zielkonflikte innerhalb der englischen Regierungskoalition. Die konkurrierenden Friedensziele ergaben sich z. T. daraus, daß gegen verschiedene Herausforderer „Sicherheit" gesucht wurde: Galt die Abwehr dem deutschen Eisenbahnimperialismus (Bagdadbahn)? Oder sollte man die Gelegenheit der „Bürgerkriegssituation" – besonders in Rußlands südlichen Randzonen – nutzen, um die englische Position im östlichen Mittelmeer und/oder in Persien/Afghanistan und auf der arabischen Halbinsel zu konsolidieren? Die von Curzon einerseits und von Milner/Amery andererseits repräsentierten imperialistischen Meinungs- und Interessengruppen nahmen zur Kenntnis, daß die britischen Ressourcen nicht für alle als wünschenswert erachteten Engagements ausreichten und daher bestimmte Regionen in die Obhut anderer Großmächte fallen würden. Sie unterscheiden sich dadurch, daß Milner/Amery bereit waren[18], gegebenenfalls ein deutsches „Mitteleuropa" anzuerken-

---

[17b] Am Beispiel der humanitären Hilfsaktionen („relief measures") könnte man im einzelnen zeigen, daß die Siegermächte die von deutschen Truppen geräumte „Festung Europa" eher wie einen Tummelplatz ihrer spezifischen Ambitionen und weniger als Experiment regionaler Zusammenarbeit behandelten. Von den Zentralstellen in London, Paris und Washington ging die Parole aus: „It would be a good policy on our part to take over the whole provisioning ourselves and to get credit for doing it ... and it would be, both from the political and trading point of view, a great success if we did"; so R. Borden an Lloyd George, 20. 3. 1919, Lloyd George MSS., F 5/3/32; der kanadische Premier war zuständig für die „relief action" des British Empire betr. Oesterreich; London war deshalb daran interessiert, einen Engländer (Lord Reading) – anstelle Hoovers – an die Spitze der „Relief Organisation" zu setzen (vgl. Anm. 113); Davis an Rathbone, 2. 1. 1919, Davis-MSS., Box 11. Vgl. N. H. Davis an H. Hoover, 21. 4. 1920, Leffingwell-MSS., Box 15, LB 43a, f. 244 („we should by all legitimate means reserve to our own business interests whatever trade advantages may incidently attend our relief measures").

[18] L. S. Amery, My Political Life, Bd. II, S. 102ff.; Habil-Schrift d. Verf., Teil I, Kap. 12 und 13. Zur englischen Rußlandpolitik u. a. R. H. Ullmann, Anglo-Soviet Relations, 3 Bde., Princeton 1968/73; St. White, Britain and the Bolshevik Revolution. A Study in the Politics of Diplomacy, 1920–1924, London 1979; A. P. Schmid, Churchills privater Krieg. Intervention und Konterrevolution im russischen Bürgerkrieg 1918–1920, Zürich/Freiburg i. Br. 1974.

Jahrgang 29 (1981), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1981_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nen, während Curzon gedachte, Frankreich die ordnungsstiftende Funktion auf dem Kontinent zu überlassen. Die Zielkonflikte im Kabinett verliefen dahin, daß die Verfechter der Synthese zwischen „balance of power" und „New Europe" (Foreign Office, Balfour) die Vorwärtspolitik Curzons und Milners mit Stoßrichtung Südwestrußland/Persien/Südwestasien kritisierten und eine Ressourcenzuteilung für diese Zwecke zu hintertreiben suchten; in diesem Punkte wurden sie von Lloyd George, Schatzkanzler A. Chamberlain und Mehrheitsparteiführer Bonar Law unterstützt. Umgekehrt hielten sowohl Curzon als auch Milner und Amery wenig von der Idee, auf Polen, Serbien-Kroatien oder die Tschechoslowakei als Sicherheitsfaktoren im Kalkül „England zwischen Rußland und Deutschland" zu setzen, das im Mittelpunkt ihrer Überlegungen stand; das Problem der künftigen deutsch-russischen Beziehungen mit seinen Rückwirkungen auf den Handlungsspielraum britischer Weltpolitik präokkupierte auch Lloyd George, Cecil, Smuts, Hankey, die daher Milners und Curzons Vorbehalte gegen die Position des Foreign Office unterstrichen. Diese dritte, wechselnd zusammengesetzte Gruppierung begegnete dem Anspruch der Nationaldemokratien in „New Europe" mit Mißtrauen (oder Verachtung); sie beschuldigte Frankreich als Protektormacht der Nachfolge- und Randstaaten des Rückfalls in die Politik Ludwigs XIV. und unterstellte der französischen Sicherheitspolitik, daß sie den Spuren des deutschen Militarismus folge. Daraus folgerte sie bei mehr als einer Gelegenheit[19], England müsse den Anfängen französischer Machtpolitik wehren und dem Chaos in Europa durch eine Politik des Wiederaufbaus gegensteuern. Von da aus ergaben sich Berührungspunkte mit den von den Asquith-Liberalen und Teilen der Labour Party aufgestellten Zielkatalogen sowie generell mit Wilsons Entwurf einer Nachkriegsordnung; doch dem Drängen von seiten Cecils, Smuts', Keynes' u. a., die britische Politik in dieses Fahrwasser zu lenken, entzog sich Lloyd George aus vielfältigen Gründen bzw. Gegeneinflüssen. Die Frage war ja, mit welchen Mitteln England Einfluß ausüben konnte. Während Curzon und Milner noch auf „finance" als Druckhebel für die Zwecke britischer Weltmachtpolitik spekulierten[20], zogen sie den Einsatz dieser „Waffe" zum Aufbau einer Sicherheitszone in Zwischeneuropa nicht in Betracht. Chamberlain und Balfour wollten die „retrenchment"-Politik, die Eindämmung der Staatsausgaben, insbesondere gegen Milners und Curzons Imperialismus zur Geltung bringen, doch fast jeder im Kabinett, selbst die Anhänger der modifizierten „balance of power"-Konzeption, bezog sie auf „New Europe"; außer diplomati-

[19] Die Vergleiche zwischen der französischen Sicherheitspolitik und dem deutschen Militarismus wurden im März 1919 besonders von Garvin in einer Artikel-Serie im „Observer" gezogen, die inhaltlich das Fontainebleau-Memorandum vorwegnimmt; selbst „pro-französische" Diplomaten wie Eyre-Crowe und Hardinge (1920) griffen gelegentlich zu dem Vergleichsbild. Die Aversionen gegen den französischen Militarismus mündeten freilich nicht in eine konsequente Haltung und zwar u. a. deswegen, weil die Wechselfälle in der deutschen Politik die „älteren" Befürchtungen reaktivierten oder weil die englische Politik keine Wahl hatte, als sich der „entscheidungsfreudigen" französischen Politik (in der Ära Millerand-Poincaré 1920–1923) anzupassen, die Sicherheit und Gleichgewicht identifizierte; vgl. W. A. McDougall, France's Rhineland Diplomacy 1914–1924, Princeton 1978.

[20] Vgl. Anm. 60.

Jahrgang 29 (1981), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1981_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schen Mitteln (Beschwörung gemeinsamer Interessen) und dem Vertrauen auf die politischen Nebeneffekte von Handelsbeziehungen wußte das Foreign Office keine Instrumente seiner „Gleichgewichtspolitik" zu nennen.

Warum führte „balance of power" in der englischen Außenpolitik (bis weit in die 30er Jahre) ein Schattendasein? Dafür kommen mehrere Gründe in Betracht[21]: Die führenden englischen Politiker (Lloyd George, Bonar Law, Balfour, A. Chamberlain, W. Churchill) glaubten sich mit dem Anfangsstadium einer Revolution konfrontiert, so daß sie anderen Aspekten und Instrumenten der Friedenssicherung den Vorrang einräumten gegenüber den machtpolitischen Gesichtspunkten der Gleichgewichtsdoktrin. Die Ungewißheit, ob die in Rußland erfolgreiche Revolution – seit Ende 1918/Anfang 1919 behandelte Lloyd George gegen alle Widerstände das Lenin-Trotzki-Regime als die de facto-Regierung in „Kern"-Rußland – anderwärts Nachahmung finden und wie sie sich langfristig auf die Beziehungen zwischen den Mächten in Europa und in Asien auswirken werde, entwertete „balance of power" als Eckwert für ihre Tätigkeit als Friedensmacher. Als langfristiges Kalkulationsmodell setzte „balance of power" auf die Annahme, daß die Regime zwar wechseln könnten, aber die staatlich organisierten „nationalen Gesellschaften" permanente und somit absehbare Ziele und Interessen verfolgen würden. Mit dem Kriegsziel, den deutschen Militarismus zu besiegen, hatte man implizit einen Regimewechsel in Deutschland angestrebt; doch als die „Demokratisierung" den für wünschenswert erachteten Stand überschritt bzw. die Ungewißheit einzog, mit wem man auf deutscher (sowie auf russischer) Seite überhaupt verbindlich Frieden schließen könne[22], gewannen kurzfristige – und primär innenpolitisch motivierte – Vorteilsauslegungen die Oberhand über langfristig haltbare Regelungen. Von den Entwaffnungsbestimmungen abgesehen, betrachtete gerade die englische Politik die Friedensvertragsbestimmungen unter dem Aspekt momentan erreichbarer Kompromisse und sorgte dafür, daß in zentralen Fragen – Reparationen oder Rheinlandbesetzung oder Saarfrage – ein Zeitplan vereinbart wurde, der eine dauerhafte Regelung erst noch bringen sollte. Die bequeme Auslegung der Gleichgewichtsdoktrin, die deren Attraktivität ausgemacht hatte – „Europe provides the balance and Britain gets the power" –, ließ sich nach den Substanzverlusten im Weltkrieg und der Erfahrung, daß sich Frankreich und die USA in wichtigen Fragen des Friedensvertrages über den englischen Kopf zu einigen vermochten, nicht länger simulieren. In Reaktion auf diese Feststellungen versuchte London, einerseits Entscheidungen hinauszuschieben und andererseits den englischen Kräftehaushalt aufzufrischen.

---

[21] „Balance of Power"-Politik ist einem Bezugssystem verhaftet, das von der qualitativen Unterscheidung zwischen Innen- und Außenpolitik ausgeht (ohne einen „Primat der Außenpolitik" annehmen zu müssen); charakteristisch für die Ära 1917–1920 ist jedoch, daß man weder in der Sicherheitspolitik noch in der Wirtschaftspolitik zwischen innen- und außenpolitischen Prozessen trennen kann.

[22] Eine weitere Komplikation kommt hinzu: Zum einen schätzte man als „demokratische" Kräfte auf deutscher Seite jene Parteien, die dem deutschen Imperialismus abschworen; zum anderen ging man aber dazu über, als Regime eher jene Koalitionen vorzuziehen, die „Stabilität" versprachen,

Jahrgang 29 (1981), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1981_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dies brachte andere Gesichtspunkte ins Spiel. Sobald man – im Februar/März 1919 im Kabinettsausschuß „on Unemployment and the State of Trade" – feststellte, daß England ein aktives Interesse an der Beruhigung und am Wiederaufbau Europas nehmen müßte, um selbst den Übergang von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft vollziehen zu können, begann man sich Rechenschaft abzulegen über die Bedeutung der Handels- und Finanzbeziehungen mit Europa, insbesondere über Deutschlands Stellung in der Weltwirtschaft. In diesem Kontext mußte man sich mit der für verhängnisvoll gehaltenen französischen These auseinandersetzen, wonach die europäischen Alliierten nach den Kosten des Kriegs nicht auch noch die des Friedens und des Wiederaufbaus auf sich nehmen könnten. Frankreich forderte, daß die Alliierten entschädigt würden, indem der Friedensvertrag Deutschland entsprechend belastete, oder aber die angelsächsischen Kapitalmächte durch Aufbaudarlehen einen Schutz gegen wirtschaftlich-imperialistische Durchdringung seitens Deutschlands sowie gegen die sowjetrussische sozialrevolutionäre Gefahr gewährten.

Im Kontext der skizzierten Standortbekundungen konnte die „balance of power"-Doktrin weder Konsens im Innern über die Grundlagen der Außenpolitik stiften noch war sie gegenüber dem wichtigsten Gesprächspartner, den USA, verhandlungsfähig. Auf der anderen Seite reichte das Schockerlebnis des Weltkriegs, nämlich der mit dem Patt zwischen den europäischen Bündnisblöcken einhergehende Raubbau an den Kräften der kriegführenden Staaten, nicht aus, um eine grundlegende Neuorientierung auszulösen. Das Mißtrauen gegenüber den USA und gegenüber Wilson erschwerte die Option für die „New Diplomacy", belastete aber auch die Hinwendung zur Idee des *„Concert of Europe"*, der milderen, für Liberale traditionellerweise akzeptablen Version eines Kondominiums einiger weniger „großer Mächte". Weder „balance of power" noch „Concert of Europe"-Tradition bezogen ökonomische Faktoren in ihren Denkhorizont ein. Es waren aber gerade die vom Krieg bewirkten „dislocations of industries" und die von Folgewirkungen der Inflation, der Abwertungen und anderen konjunktur- und strukturbestimmenden wirtschaftlichen Faktoren geprägten Verhältnisse, die den „Einsichtigen" den Eindruck vermittelten, daß ohne die USA „nichts ginge". Wie reagierten die englischen Entscheidungsträger auf diese Situation?

Im Hinblick auf die Idee des „Concert of Europe" hatten die Machteliten während des Weltkrieges und erst recht in den Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen Erfahrungen sammeln können, die die Brauchbarkeit des Konzepts in Frage stellten. Das diplomatische Tauziehen um den Abschluß der Geheimverträge mit Italien oder Rumänien – in denen jenen Staaten Kriegsbeute im Gegenzug zum Kriegsbeitritt gegen die Mittelmächte zugesagt worden war[23] – trübte nicht nur die Beziehungen mit

---

weil sie zumindest die „gemäßigte" Rechte einschlossen – diese brachte aber Revisionsforderungen auf die Tagesordnung der europäischen Konferenzen.

[23] W. W. Gottlieb, Studies in Secret Diplomacy during the First World War, London 1957; P. Guinn, British Strategy and Politics 1914–1918, Oxford 1965; C. J. Lowe/M. L. Dockrill, The Mirage of Power. British Foreign Policy, II, 1914–1922, London/Boston 1972; M. Ekstein, The Development of British War Aims, August 1914–March 1915, University of London Ph. D. 1969; V. H. Rothwell, British War Aims.

Jahrgang 29 (1981), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1981_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den USA, sondern belastete vor allem auch die Bemühungen, im Donau- und Balkanraum ein regionales Gleichgewichtssystem nach Kriegsende zu etablieren. Die Geheimdiplomatie des Weltkriegs und die Verhandlungen in der Waffenstillstandsperiode und auf den Friedenskonferenzen um die territoriale und wirtschaftliche Neuordnung waren insgesamt nicht dazu angetan, die USA für die Rolle des Arrangeurs eines „Concert of Europe" anzuwerben. Anders stand es, falls England versuchte, das amerikanische Interesse am wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas anzusprechen. Zahlreiche Beobachtungen veranlaßten die englische Politik ohnehin, nach Wegen zu suchen, auf denen Deutschlands Rückkehr in die Staatengesellschaft („comity of nations") vorbereitet werden könnte – und Deutschlands wirtschaftliche Reintegration ließ sich ohne die USA nicht bewerkstelligen. Unter diesem Aspekt konnte das Konzept eines „Concert of Europe" seine Tugend bewähren, „liberals and radicals", d. h. wichtige Teile der Opposition, von der Notwendigkeit einer Teilnahme Englands und der USA an europäischen Angelegenheiten zu überzeugen.

In der Situation von 1917/19 fand „Concert of Europe" besonders in jenen Kreisen Anklang, die die Notwendigkeit eines Arrangements mit Wilsons Friedensziel eines Völkerbundes anerkannten, zugleich aber die weitergehenden progressiven Tendenzen der „open diplomacy", d. h. Demokratisierung der Außenpolitik und der internationalen Beziehungen, eindämmen bzw. neutralisieren wollten. Verschreckt durch die Konsequenzen einer „open diplomacy", wie sie Trotzki in Brest-Litowsk zelebrierte oder Wilsons Neigung ankündigte, über die Köpfe auswärtiger Regierungen hinweg an bestimmte Parteirichtungen im Ausland zu appellieren, sympathisierten die Spitzenvertreter der englischen League of Nations Union – der Liberale Grey, der Konservative Lord Robert Cecil – mit dem Vorschlag, ein Forum zu schaffen, das internationale Streitfälle an sich ziehen sollte, und zwar in erster Linie in der Absicht, in Krisenmomenten Zeit zu gewinnen („play for time"), also die „Diplomatie" in Aktion zu setzen. Die Option für „Concert of Europe" beruhte auf der Einsicht, daß die militärische Niederlage die „deutsche Frage" nicht aus der Welt schaffen könne; genauso klar erkannte man, daß ein Wirtschaftskrieg nach Beendigung der militärischen Kampfhandlungen zur dauerhaften Schwächung der deutschen Stellung als wirtschaftliche Großmacht für Großbritannien einschneidende Folgen haben müßte. In der Überzeugung, durch einen schwer erkämpften Waffenerfolg wenig an der geschichtlich gewordenen Größe des deutschen Nationalstaates und noch weniger am Wiederaufstieg Deutschlands als Wirtschaftsmacht in der Mitte Europas ändern zu können, hielt man auf englischer Seite wenig von Vorschlägen, die Reichsgründung rückgängig zu machen[24]. Ebensowenig glaubte man, daß – die notwendigen und als berechtigt akzeptierten – Korrekturen an dem von Preußen-Deutschland gegenüber Polen und in Elsaß-Lothringen angerichteten Unrecht die Stellung Deutschlands in

[24] Unter Rückgängigmachung der Reichsgründung ist zu verstehen: die Förderung separatistischer Bewegungen, die Sonderbehandlung Bayerns u. a. Projekte einer „dismemberment"-Politik, die freilich weder bei Clemenceau noch bei Lloyd George Resonanz fanden; Köhler, Novemberrevolution; W. A. McDougall, France's Rhineland Diplomacy; H. Mögenburg, Die Haltung der britischen Regierung zur deutschen Revolution 1918/19, Diss. Hamburg 1975; Kuropka, Image.

Jahrgang 29 (1981), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1981_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Europa untergraben könnten: Also müsse man auf andere, d. h. erfolgversprechendere Methoden und Maßnahmen zur Neutralisierung des deutschen Machtfaktors sinnen. Die unter anderem von Balfour, Garvin, Smuts, Kerr, Hankey gestellte Prognose, daß die auf den eingesperrten deutschen Tiger starrenden Wächter (Frankreich und seine Klientel) früher oder später der Suggestionskraft ihres Furchtkomplexes erliegen müßten – d. h. den Einkreisungsring nicht würden halten können –, ließ ihrer Ansicht nach nur die Alternative zu, Deutschland in ein umfassendes System – die „comity of nations" – hereinzuholen und ihm für Wohlverhalten Gegenleistungen zu offerieren. Ein System, das Deutschland wirtschaftlich integrierte, gleichzeitig jedoch Frankreich und seinen Verbündeten Sicherheitsgarantien für den Fall gab, daß Deutschland nach seiner wirtschaftlichen Erholung aus dem System ausbrechen würde, schien nur lebensfähig, falls die USA ihre Mitwirkung zusicherten. Der Völkerbund sollte den organisatorischen Rahmen für die „comity of nations" abgeben, während die Prinzipien der „international economy" – insbesondere „open door", gleichberechtigter Zugang zu den Rohstoff- und Kapitalmärkten – Deutschland den Anreiz bieten sollten, statt Imperialismus/Militarismus eine Politik der guten Nachbarschaft zu praktizieren. Demokratisierung und Abrüstung Deutschlands einerseits und andererseits die Bereitstellung eines Sanktionsmechanismus, der das in die Weltwirtschaft integrierte Deutschland besonders empfindlich treffen mußte, stellten als Sicherheitsgarantien die Kehrseite eines „comity of nations"-Modells dar, auf dessen Vorderseite die Grundsätze einer „Appeasement"-Politik[25] eingraviert waren.

Die Wiederbelebung des „Concert of Europe" – in Gestalt einer mit Wilson vereinbarten Organisation des Völkerbundes – wurde von Cecil, Garvin, Smuts als Lösung gekennzeichnet, die den Interessen Großbritanniens und der USA am besten diene. Sie baue auf den Wertnormen auf, die in den angelsächsischen Ländern regulativ wirkten; sie würde die USA politisch-strategisch und wirtschaftlich zu einem aktiven Engagement in der Europapolitik verpflichten. Falls die USA einen konstruktiven Beitrag zum europäischen Wiederaufbau leisteten, gewännen sie in Verbindung damit ausreichende Kontrollmöglichkeiten über das Verhalten und Handeln anderer Teilnehmer (Frankreich, Deutschland). Dank dieser Annahme sahen sich die Wortführer des Vorschlags der Auseinandersetzung mit der heiklen Frage enthoben, ob man von den USA verlangen müsse, von Anbeginn eine Streitmacht zur Verteidigung des Status quo in Europa zu stationieren.

Die Verschmelzung der Idee des „Concert of Europe" mit dem Völkerbundsgedanken[26] mochte als einziger Weg erscheinen, das amerikanische Mißtrauen gegenüber

---

[25] „Peace with Appeasement" lautete die der französischen Sicherheitsdoktrin entgegengesetzte Formel, die Garvin, Keynes, Smuts in Umlauf setzten.

[26] Zur Begriffsgeschichte C. Holbread, The Concert of Europe. A Study in German and British International Theory 1815–1914, London 1970. In den regierungsinternen Beratungen – im Herbst 1916 und im November/Dezember 1918 – suchten Cecil, Grey, Smuts den Völkerbundsgedanken mit der Konferenzdiplomatie zu verschmelzen; statt eine „Demokratisierung" der Außenpolitik anzustreben, wie sie R. MacDonald und E. Morels Union of Democratic Control propagierten, sollte nach den Plänen Cecils und Greys die öffentliche Meinung als Schiedsrichter fungieren –

Jahrgang 29 (1981), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1981_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

europäischer Machtpolitik („balance of power") zu zerstreuen und gleichzeitig den USA ein Instrument an die Hand zu geben, um ihrer Stimme im europäischen Konzert Gehör zu verschaffen. Die Bereitwilligkeit der USA, ihren Part in den wirtschaftlichen – direkt – und in den sicherheitspolitischen Beziehungen – indirekt – zu spielen, bildete die Voraussetzung für die Überbrückung des inhärenten Zwiespalts in der englischen Europapolitik, nämlich Frankreichs Sicherheitsverlangen zu entsprechen und gleichzeitig dem englischen Interesse an Deutschlands wirtschaftlichem Aufschwung zu genügen. Beide Zielvorhaben bildeten Ecksteine des „British Interest": Die Balance lag zwischen der Aufgabe, zum einen Frankreich am Rückfall in eine Politik zu hindern, die aus Furcht vor künftiger deutscher Übermacht zu Repressalien griff und auf Alleingänge gegenüber einem temporär entwaffneten deutschen Nachbarn verfiel, und zum anderen Deutschland davon abzuhalten, in den bedrohlichen „Teufelspakt" mit Rußland einzutreten, um die ohne deutsche und ohne russische Beteiligung ausgehandelte Friedensregelung durch ideologische und wirtschaftliche „Aggressionen", späterhin eventuell sogar mit militärischen Mitteln zu zerstören.

Jede Analyse der englischen Europapolitik wird von daher ihre Aufmerksamkeit auf den jeweiligen Stand der anglo-amerikanischen Beziehungen richten müssen. Forschung und Literatur haben schon immer die politischen, diplomatischen und militärischen Aspekte und Episoden[27] untersucht; die Analyse der „diplomacy of finance" und der Außenhandelspolitik ist hingegen jüngeren Datums[28]. Die komplexe Auf-

---

in Analogie zur Funktion von Untersuchungskommissionen in der englischen Innenpolitik sollte der Völkerbund Streitfragen an sich ziehen, Berichte in Auftrag geben und urteilen. Die Hoffnung ging dahin, daß der Bericht und die öffentliche Meinung in der Welt a) übereinstimmend befinden würden, b) dieser Konsens das Verhalten der Konfliktparteien so beeinflussen würde, daß beide Seiten einen Kompromißvorschlag begrüßen würden.

[27] Hervorzuheben sind: A. J. Mayer, Politics and Diplomacy of Peace making. Containment and Counterrevolution at Versailles 1918/19, New York 1967; C. P. Parrini, Heir to Empire. United States Economic Diplomacy 1916–1923, Pittsburgh 1969; S. P. Tillman, Anglo-American Relations at the Paris Peace Conference of 1919, Princeton 1961; W. B. Fowler, British-American Relations 1917/18, Princeton 1969; K. Schwabe, Deutsche Revolution und Wilson-Frieden, Düsseldorf 1971; L. Haupts, Deutsche Friedenspolitik 1918/19, Düsseldorf 1976; E. May, The World War and American Isolation, Harvard 1959; P. Renouvin, Le Traité de Versailles, Paris 1969; G. Levin jr., Woodrow Wilson and World Politics, Oxford 1968; R. H. Ullman, Anglo-Soviet Relations 1917–1923;

[28] P. Abrahams, The foreign expansion of American finance and its relationship to the foreign economic policies of the U.S.A., Ph. D. thesis University of Wisconsin 1967; M. Trachtenberg, French Reparation policy 1918–1921, Ph. D. thesis Berkeley 1974; R. J. Van Meter, The United States and European Recovery 1918–1923. A Study of Public Policy and private finance, Ph. D. thesis University of Wisconsin 1971; G. Schmid, The policy of currency stabilisation, Ph. D. thesis New York 1970; B. Rhodes, The United States and the War Debt Question 1917–1934, Ph. D. thesis University of Colorado 1965; W. A. Williams, The Tragedy of American Diplomacy, New York 1962². Eine „revisionistische" Tendenz sucht nachzuweisen, daß die Verantwortung für die Mängel des Friedensvertrags, bes. in den Reparationsbestimmungen, bei London liege und daß die französische Deutschlandpolitik weniger intransigent gewesen sei als die englische Haltung; M. Trachtenberg, Reparation at the Paris Peace Conference, in: JMH LI (1979), S. 24–55; W. A. McDougall, Political Economy vs. National Sovereignty. French Structures for German

Jahrgang 29 (1981), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1981_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gabe, den Fortgang der Untersuchung in beiden Bereichen zu verfolgen, die Erkenntnisse des Studiums der Teilbereiche zu vergleichen und, gestützt auf eigenes Aktenstudium in den Hauptbereichen der Wirtschafts- und der Sicherheitspolitik, den Einfluß und die Einwirkung des einen Aspekts auf den anderen unter der Perspektive der Grundlagen und Grundzüge britischer Friedensstrategie während des Krieges und in der Übergangsphase 1918/19 zu analysieren, ist hingegen so gut wie noch gar nicht in Angriff genommen worden.

Diese Abhandlung zielt darauf, eine Reihe von begründeten Hypothesen zu formulieren und Zwischenergebnisse zur Diskussion zu stellen. Von der Schilderung der Optionen für eine europäische Nachkriegsordnung ausgehend, wie sie in der Sicht englischer Machteliten im Hinblick auf „British Interests" konzipiert und regierungsintern debattiert wurden, konzentriert sich die Interpretation auf die Herausarbeitung des Profils jener „policies", die in London (und in Washington) die Oberhand gewannen, und auf die Folgen der Interaktion zwischen den Präferenzen der englischen und der amerikanischen Politik.

III. „Wirtschaftliche Faktoren"

Nach traditionellem englischen Selbstverständnis bilden Wirtschaftsmacht und Handelsbeziehungen sowie das darauf gründende Prestige die bewährten und bevorzugten Mittel zur Beeinflussung des Außenverhaltens anderer Staaten und der internationalen Konstellation im britischen Interesse. In der Situation des Weltkrieges und der Nachkriegswirren konnten jedoch die wachsenden Bedürfnisse und Forderungen, die innerhalb der einzelnen politisch-sozialen Systeme entstanden bzw. artikuliert wurden, nicht länger ohne Inanspruchnahme auswärtiger Unterstützungsmittel, d. h. in erster Linie direkte Finanzhilfe oder Anleihen, behandelt und befriedigt werden. Die Kriegführung zerstörte auf der einen Seite zwar die traditionellen Handelswege und Austauschprozesse; auf der anderen Seite bewirkten die zunehmende Konzentration der Kriegführung auf wirtschaftliche Mobilmachung und die Intensivierung der Verteilungskonflikte – zwischen den Ansprüchen der Kriegswirtschaft und der Zivilindustrie ebenso wie zwischen den vom Krieg unterschiedlich betroffenen Klassen und Schichten – jedoch eine wachsende Abhängigkeit von wirtschaftlichen Entlastungsaktionen seitens der Verbündeten. Die konkreten Umstände der Bündnispolitik während des Weltkrieges – insbesondere die Methoden zur Bezahlung der Importe von Nahrungsmitteln und Kriegsmaterial[29] – verliehen den „distributive political processes"[30]

Economic Integration after Versailles, in: JMH LI (1979), S. 4–23; dazu die „comments" von Ch. S. Maier und K. Schwabe, ebenda, S. 56–67 und 68–73. Ferner A. Walworth, America's Moment: 1918. American Diplomacy at the End of World War I, New York 1977.

[29] K. M. Burk, Diplomacy of Finance, S. 360ff.; dies., J. M. Keynes and the Exchange Rate Crisis of July 1917, in: EcHR, 2nd ser., XXXII/3 (1979), S. 405–416; D. Artaud, Question des dettes, S. 16ff.; H. Lippelt, J. M. Keynes und das finanzpolitische Ordnungsproblem auf der Pariser Friedenskonferenz, in: R. von Thadden (Hrsg.), Das Vergangene und die Geschichte (Wittram-Festschrift), Göttingen 1973, S. 106ff.

[30] Zum Folgenden W. F. Hanrieder, Dissolving International Politics. Reflections on the Nation State, in: APSR, Bd. 72 (1978), S. 1276–1287.

Jahrgang 29 (1981), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1981_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

eine immer stärkere Bedeutung. Dies hatte zur Folge, daß die Forderungen nach Umverteilung im allgemeinen und nach gerechter Verteilung der Kriegslasten im besonderen in Konflikt gerieten mit den Ansprüchen der Verbündeten an ihre jeweils wohlhabenderen Alliierten, den von ihnen angemeldeten Bedarf an Rohstoffen, Nahrungsmittellieferungen, Tonnage etc. gebührend zu berücksichtigen. „Distributive politics" auf der nationalstaatlichen und auf der interalliierten Ebene vermischten sich; es konnte nicht ausbleiben, daß Innen- und Außenpolitik auf dem Aktionsfeld der Wirtschafts-, Währungs-, Finanz- und Handelspolitik gleichsam fusionierten. Je mehr die interalliierten politischen Aktionen und Prozesse sich auf Aktivitäten verlagerten, die die Wirtschaft tangierten und daher „distributive politics" waren, desto stärker ähnelten sie dem traditionellen innenpolitischen Geschehen. Die Unterschiede zwischen innerstaatlicher und internationaler Politik verschwammen für die europäischen Staaten, besonders im Zeitraum 1917–1920. Die politisch-administrativen Systeme, vor allem jedoch die Regierungschefs, mußten ihre Aufmerksamkeit einerseits den innenpolitischen Angelegenheiten in ihren nationalen Hauptstädten und andererseits dem temporären Weltkabinett in Paris (Supreme War Council; Council of Four; Supreme Economic Council) widmen. Die englischen Politiker mußten lernen, die Tätigkeit auf der englischen Aktionsbühne und in der temporären Welthauptstadt zu koordinieren und zu synchronisieren, eindeutige Ziele und Prioritäten festzulegen und damit Richtlinien für beide Aktionszentren vorzuzeichnen sowie Verantwortung zu delegieren[31]. Umstände und Notwendigkeiten brachten „penetrierte Systeme" hervor[32].

Die Kongruenz zwischen innenpolitischer Befriedung und internationalem Friedensschluß wurde objektiv zum Gebot der Stunde; man denke an die Implikationen der Blockadefrage[32a] oder an den Komplex von Reparations- und interalliierter Schul-

[31] Faktisch gelang die Koordination bestenfalls in Ansätzen; ohne einen arbeitsfähigen Entscheidungsapparat war die englische Politik den Wechselfolgen der Weltpolitik und -wirtschaft erst recht ausgeliefert. Die Politiker gerieten in den Sog einander überlagernder innen- und außenpolitischer Konfliktsituationen. Konzessionen, die man Wilson in der Blockadefrage – mit wie guten Gründen auch immer – vorenthalten hatte, machte man indirekt Lenin, indem man unter dem Druck der „Bolschewisierungsgefahr" auch offiziell von der Idee eines Wirtschaftskriegs nach dem Krieg abließ und der deutschen Politik zu Hilfe eilen wollte – freilich wiederum, ohne in der Reparationsfrage dem amerikanischen Standpunkt faktisch (und nicht nur verbaliter oder auf der Ebene der „Experten") und im „richtigen" Moment (Mitte März 1919!) soweit entgegenzukommen, wie es das englische Interesse am Erfolg eines Planes zur Wiederankurbelung der europäischen Kreditströme erfordert hätte. In einem anderen Feld bezeichnete Lloyd George einmal die Verhinderung der deutschen Einflußnahme auf Rußland als Ziel, dann wollte er Rußland der deutschen Wirtschaftsmacht gleichsam „als Kolonie" überantworten, damit sie dort ihren Absatzmarkt und ihre Rohstoffbasis finde, um die Reparationen aufbringen zu können.

[32] J. R. Rosenau, International aspects of civil strife, 1964; W. Link, Der amerikanische Einfluß auf die Weimarer Republik in der Dawesplan-Phase. Elemente eines penetrierten Systems, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 45/73, S. 4; ders., Deutsche und amerikanische Gewerkschaften und Geschäftsleute 1945–1975. Eine Studie über transnationale Beziehungen, Düsseldorf 1978. – Als Beispiel sei genannt J. M. Keynes, Collected Writings, Bd. XVI, S. 387ff.

[32a] In der Blockadefrage bestand der Zielkonflikt darin, daß England und die USA wegen der aus

Jahrgang 29 (1981), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1981_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

denfrage, Finanzhilfe und Budget- sowie Währungspolitik. Auf einer subtileren Ebene wartete man mit der gedanklichen Konstruktion auf, daß die Systemkongruenz zwischen innen- und zwischenstaatlicher Friedensordnung der Politik zur zweiten Natur werden müsse; für sie beanspruchte man ähnliche Geltung wie für nationale Interessen im traditionellen Sinnverständnis. Die Regierungschefs sollten – so gab Lloyd George im Zusammenhang mit der Verteidigung des Fontainebleau-Memorandums die Ratschläge seiner Chefideologen[33] an Clemenceau weiter – das englische Beispiel beherzigen; nach der Beilegung von Streiksituationen in England – durch die Einberufung einer „National Industrial Conference" – wollte Lloyd George nunmehr auch in Paris zum Mann des gerechten Friedens werden. „War and Peace spring from the same causes in London and Paris. We cannot be honest at home and dishonest abroad."[34] Das anläßlich der Beilegung sozialer Konflikte gelernte ABC eines „social appeasement" sollte auf die zwischenstaatlichen Bemühungen um die Regelung einer Friedensordnung übertragen werden[35]. Wer sich als Regierungschef in der Außenpolitik Sporen verdienen wolle, müsse sich gleichsam zuvor als Sozialminister versuchen.

---

innenpolitischen Gründen beschleunigten Demobilmachung die Regulative für den Handel mit Feindstaaten als einziges Instrument behielten, das sie aufbieten konnten, um Deutschland zur Unterschrift unter den Friedensvertrag zu zwingen; auf der anderen Seite forderten die Wirtschaftsressorts die Lockerung oder Aufhebung mit dem Hinweis, daß es widersinnig sei, die Lage von „trade, employment and the exchanges" verbessern zu wollen, gleichzeitig aber dem Handel – u. a. mit den Neutralen (!) – „politische Fesseln" (Blockade) anzulegen; außerdem werde die Beibehaltung der Restriktionen unglaubwürdig und unzumutbar, da doch in der Wirtschaftspolitik generell die Maßgabe gelte, den Staatshaushalt unter dem Aspekt durchzuforsten, ob die „controls" den Übergang zur Friedenswirtschaft begünstigten oder nicht. Schließlich zitierte man Beispiele französischer und amerikanischer Verstöße gegen die im wesentlichen von englischen Instanzen gehandhabten Blockademaßnahmen, mit dem Ziel, angesichts der von den Verbündeten praktizierten Wirtschaftsrivalität müßten die englischen Exportinteressen gleichfalls von den (während des Kriegs nur widerwillig akzeptieren) „temporären" Beschränkungen entbunden werden. Board of Trade-Memorandum, 18. 1. 1919, GT 6682, S. 2, in: Cab. 24–73, S. 279; Geddes-Committee on Unemployment, 5. 3. 1919, GT 6925, und 28. 3. 1919, GT 7059, in: Cab. 27–58, S. 41. Das Board of Trade, das Department of Overseas Trade und Emmott hatten 1917 hervorgehoben, daß „the degree of interference with industry and the ordinary course of trade contemplated as possible (in the resolutions of the Paris Economic Conference) is far in excess of what is being proposed in the Import & Export Regulations Bill", siehe Board of Trade-Memorandum, Herbst 1917, (7) Geo. 5, 1917, im Lloyd George-Nachlaß, F 194/2/3; vgl. Emmott, Blockade Restrictions on Exports, 25. 1. 1919, in: Cab. 24–74, S. 353 ff.; Board of Trade-Memo., GT 6790, 11. 2. 1919, und GT 6682, 18. 1. 1919, in: Cab. 24–74, S. 357 ff., bzw. Cab. 24–73, S. 278 ff.

[33] Gemeint sind in erster Linie Philip Kerr und Lord Riddell sowie Garvin (Observer), ferner Th. Jones, D. Davies, F. Wise. Über diesen Beraterkreis jetzt John Turner, Lloyd George's Secretariat, Cambridge 1980.

[34] Lloyd George, 27. 3. 1919, in: P. Mantoux, Les Délibérations du Conseil des Quatres (24. 3.–28. 6. 1919), Bd. I, Paris 1955, S. 45 (English translation S. 27). Zur Thematik vergl. G. Schmidt, Wozu noch ‚politische Geschichte'?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 17/75, 26. 4. 1975.

[35] G. Schmidt, Effizienz und Flexibilität politisch-sozialer Systeme. Die deutsche und die englische Politik 1918/19, in: VfZ 25 (1977), S. 137–187; R. Lowe, The Failure of Consensus. The National Industrial Conference 1919–1921, in: HJ XXI/3 (1978), S. 649–675.

Jahrgang 29 (1981), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1981_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

IV. Bezugsrahmen: Erster Weltkrieg

Die wichtigsten Streitfragen, mit denen sich die Friedensmacher in Paris konfrontiert sahen, resultierten entweder direkt aus den Erfahrungen und Experimenten interalliierter Kooperation im Krieg oder aus den Positionsgefechten in der Schlußphase, mit dem Ziel, in den essentiellen Bereichen nach Möglichkeit vollendete Tatsachen zu schaffen. Dies gilt sowohl für die sicherheitspolitischen Fragen – beispielsweise für die Auflösung der Habsburger Monarchie und die Opportunität des Schulterschlusses mit „New Europe", für die in den Geheimverträgen abgesteckte Kriegsbeute oder für die Behandlung des deutsch-russischen Komplexes – als auch für die hinsichtlich ihrer Tragweite bedeutsamen Erfahrungen und Eindrücke im Aktionsfeld der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Die Dauerdebatten innerhalb und zwischen den englischen Ressorts, auf bilateraler Ebene und im Kreis der interalliierten Agenturen und Organisationen hatten den Regelungsbedarf der Kriegs- und der Übergangswirtschaft und zugleich die Tendenz zu erkennen gegeben, innenpolitische Schwierigkeiten – unter Berufung auf Gebote der Solidarität – auf Verbündete abzuwälzen. Die Studien von Kathleen Burk zur „Diplomacy of Anglo-American Finance"[36], von Denis Artaud zur Frage interalliierter Schulden, „reconstruction finance" und Reparationen[37] und von Bunselmeyer über Kriegskosten und deutsche Reparationen[38] erschließen das bezeichnete Themenfeld.

Dieser Beitrag unternimmt nicht die Aufgabe, im Detail die Ergebnisse jener Studien und die eigenen Untersuchungen zu referieren oder auch nur die wichtigsten Episoden auszuwerten; vielmehr geht es primär darum, jene Gesichtspunkte hervorzuheben, die den Kontext der nachfolgenden Interpretation der englischen Politik in der Übergangsphase ausmachen.

1. Die beharrliche Forderung des amerikanischen Schatzamtes[39], die Diskussion über

---

[36] K. M. Burk, British War Missions to the United States 1914–1918, Ph. D. thesis Oxford University 1976; s. auch Anm. 3 und 29.

[37] D. Artaud, L'Impérialisme américain en Europe, au lendemain de la première guerre mondiale, in: Relations internationales, 1976, S. 323–341; dies., Le Gouvernement américain et la question des dettes de guerre au lendemain de l'Armistice de Rethondes (1919–1920), in: Revue d'histoire moderne et contemporaine XX (1973), S. 201–229; dies., Die Hintergründe der Ruhrbesetzung 1923. Das Problem der interalliierten Schulden, in: VfZ 27 (1979), S. 241–259; vgl. Anm. 5.

[38] Robert E. Bunselmeyer, The Cost of the War 1914–1919. British Economic War Aims and the Origins of Reparation, Hamden (Conn.) 1975.

[39] Glass (Treasury) an W. Wilson, 2. 1. 1919, Davis-MSS., Box 11; Glass an Polk, 7. 2. 1919, Leffingwell-MSS., Box 8, LB1, ff. 499ff.; Glass an Davis, 8. 3. 1919, ebenda, Box 9, LB1, ff. 55ff. Die englischen Schuldtitel waren „demand obligations" (mit Zinssätzen zwischen 3 und 4¼%, seit November 1918 5%), so daß für die USA keine Verpflichtung bestand, einer Konversion in langfristige Schulden (mit niedrigeren Zinsen) zuzustimmen. Vielmehr konnte Washington die sofortige Rückzahlung zu seinen Bedingungen verlangen; die Regelung betr. die Schuldtitel war in jedem Einzelfall einzig eine Angelegenheit zwischen Schuldner und Gläubiger. Daher konnte Washington einer Generallösung im Sinne eines Junktims interalliierter Schulden oder gar zwischen Reparationen und interalliierten Schulden die Zustimmung verweigern.

Jahrgang 29 (1981), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1981_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

alle mit der Konsolidierung, Fundierung und Aufteilung der Kriegsschulden zusammenhängenden Fragen in Washington zu führen, und zwar auf bilateraler Ebene, machte unmißverständlich deutlich, daß die USA – und in ihrem Gefolge auch Großbritannien als zweiter Kreditgeber der Allianz – sich das Recht vorbehalten wollten, einseitig über Umfang, Methoden und Bedingungen künftiger Finanzhilfe zu befinden. Diese Positionsbestimmung ließ keinen Zweifel, daß das Hauptanliegen der amerikanischen Außenwirtschaftspolitik dem Schutz der amerikanischen Währung, der Verteidigung des Dollar, galt, und daß das Hauptaugenmerk der Entscheidungsträger in Washington sich auf die innerstaatliche politische Szene richtete. Während also die Mitglieder der verschiedenen Friedensdelegationen in Paris bemüht waren, „working agreements" auszuhandeln, strebte das Schatzamt in Washington (und seit Februar 1919 auch die Treasury in London) danach, die anderen Regierungen auf Vordermann zu bringen, d. h. dem Standard einer „sound finance" anzupassen, so wie dieser von Washington definiert werden und für die amerikanische Wirtschaft verbindlich gelten sollte. Die beiden Kreise, in denen die Entscheidung über die Wiederherstellung der Weltwirtschaftsordnung fallen konnte, Washington (ebenso London) und Paris (interalliierte Friedenskonferenz), waren somit nicht nur räumlich getrennt, sondern agierten auch in verschiedenartigen Arbeitsatmosphären: In Washington insistierte man auf „unilateralism", auf der Pariser Friedenskonferenz versuchte man sich im Kompromisseschmieden und im Schnüren von Lösungspaketen („bargaining procedures").

2. Die bis zur Konferenz von Lausanne im Juli 1932 zentrale Frage der Verbindung zwischen interalliierten Schulden und Reparationszahlungen tauchte erstmals im Herbst 1918 auf. Während die USA von Ende 1918 bis weit in die dreißiger Jahre ein „linkage" als unzulässig hinstellten[40], erhoben sie selbst – freilich vor einem anders gelagerten Interessenhintergrund – in der Schlußphase der Gespräche zwischen Crosby und dem französischen Hochkommissar Tardieu, im Oktober/November 1918, die Forderung, daß Frankreich von jeder Zahlung auf Reparationskonto während der ersten drei Jahre nach Unterzeichnung des Friedensvertrages wenigstens einen Teil für die Rückzahlung amerikanischer Vorschüsse („ad-

[40] Zur Frage, wann die europäischen Regierungen einsahen, daß die Streichung der Kriegsschulden nicht durchzusetzen sei, und ob bzw. seit wann sie dementsprechend ihre Reparationspolitik änderten, neben D. Artaud vor allem G. Soutou, Die deutsche Regierung und das Seydoux-Projekt 1920/21, in: VfZ 23 (1975), bes. S. 262. Beide Autoren legen dar, daß Frankreich noch zur Zeit der Pariser Konferenz Mitte Januar 1921 mit dem Schuldenerlaß rechnete, während Lloyd George nicht länger an diesen Ausweg geglaubt habe. In dieser Annahme und beeinflußt durch die Rezession in England (und in den USA) 1920/21, habe der englische Premier sein Interesse auf möglichst früh einsetzende und substantielle deutsche Zahlungen gerichtet. Die Rathbone-Blackett-Gespräche (im Februar/Mai 1920) und Lloyd Georges Korrespondenz mit W. Wilson (August-November 1920) widerlegten Lloyd Georges Hoffnungen auf die „linkage"-Strategie. Hierzu R. A. Dayer, The British War Debts to the U.S. and the Anglo-Japanese Alliance 1920–1923, in: Pacific Historical Review XLV (1976), S. 569–595. Die amerikanische Regierung verdächtigte Lloyd George (zurecht), mit Frankreich auf der Hythe-Konferenz einen Kompromiß auf der Basis eingegangen zu sein, der französischen Forderung nach Schuldenerlaß zu entsprechen und dafür die Zustimmung zu einer deutschen Pauschalsumme einzuhandeln.

Jahrgang 29 (1981), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1981_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

vances") aufwenden sollte[41]. Anzeichen einer steigenden Tendenz unter den Alliierten, die Kriegsschulden nicht zurückzuzahlen[41a], aber auch die englischen Bestrebungen, in Verhandlungen mit Belgien und anderen Verbündeten durchzusetzen, daß Wiederaufbaukredite vorrangig bedient werden sollten, veranlaßten die Hüter der amerikanischen Währungs- und Wirtschaftspolitik, die Treasury[41b], zum einen von den Kreditnehmern Gleichbehandlung zu verlangen und zum andern mit Großbritannien Vereinbarungen betreffend die Schuldenfundierungen und die Verwendung von deutschen Schadensausgleichsleistungen („indemnities") für die Bedienung von Schuldverpflichtungen und Zahlungszielen der Kriegszeit zu erzielen.

3. Aufgrund seiner Stellung als Finanzier der alliierten Kriegsanstrengungen war Großbritanniens Rolle auf dem Gebiet der interalliierten Kriegsschulden und künftiger internationaler Investitionen und Kapitaltransaktionen („international lending") von entscheidender Bedeutung. Zum einen durften die USA, der Hauptgläubiger, nicht die Möglichkeit ausschließen, daß die Schuldner einschließlich Großbritanniens wegen der enormen Höhe der Nominalschuld die Rückzahlung – unter Berufung auf moralisch unanfechtbare Gründe – verweigerten. Zum anderen war Großbritannien in der Lage, seine Schuldendienste (Tilgung und Zahlung der Zinsen) gegenüber den USA zu leisten; die Treasury in London und die Bank von England wollten die englische Zahlungsfähigkeit nicht in Zweifel ziehen lassen. Die Rückzahlung der Schulden war vordergründig ein technisches Problem, abhängig vom Rhythmus der laufenden Posten (current account). Dahinter verbarg sich jedoch das Problem, durch Exporte in Hartwährungsländer wertbeständige Devisen zu erlösen. Anders gesagt: Die Regelung mußte so ausfallen, daß den englischen Entscheidungsträgern die Wahl erspart blieb, entweder Dollarschulden zu erstatten („reimbursing dollar debts") und Auslandsguthaben zu verpfänden – mit negativen Auswirkungen auf die Stabilität des Pfundkurses – oder auf Neuemissionen zu verzichten („dispensing with new overseas investment"). In jedem Fall hatte Großbritannien – wenigstens auf dem Papier – die Wahl, entweder gemeinsam mit den USA auf eine Fundierung und Regulierung der Schuldenforderungen zu drängen oder sich in die französisch-italienische Phalanx einzureihen und die USA aufzufordern, die Kriegsschulden als Frage politischer Solidarität unter Verbündeten zu werten und daher auf ihre Eintreibung zu verzichten. Aus der Absicht heraus, der britischen Regierung die Hände zu führen, insistierte Washington stets darauf, daß

[41] D. Artaud, Question des dettes, S. 46f.

[41a] Rathbone (Treasury) an N. Davis (Paris Peace Conference Delegation), 13. 3. 1919, Leffingwell-MSS., Box 9, LB 1, ff. 265–267. Den Eindruck, daß die europäischen Schuldnerstaaten sich gegen eine Rückzahlungsverpflichtung sperrten, verzeichnet House in seinem Tagebuch erstmals am 4. 1. 1919 (Bd. 15); House, der mit der europäischen Politik vertraut war und sich für den französischen Standpunkt in Finanzfragen gegenüber England verwendete, machte jedoch kein Hehl daraus, daß die USA einen Schuldenerlaß (im Unterschied zur Streckung der Fristen, Regelung der Laufzeit und der Zinssätze etc.) nicht gewähren würden.

[41b] Rathbone an Crosby, 13. 12. 1918, Leffingwell-MSS., Box 7, LB 1, ff. 169f.; Rathbone an Davis, 18. 1. 1919, ebenda, Box 7, LB 3, ff. 224ff.; Rathbone an Polk, 6. 2. und 8. 2. 1919, ebenda, Box 8, LB 2, ff. 49–52, 59ff.

Jahrgang 29 (1981), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1981_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Großbritannien sich anteilig an allen „reconstruction and relief operations" beteiligte. Denn dies stellte sicher, daß die britischen und amerikanischen Gläubiger ihren Schuldnern die gleichen Konditionen setzten. Die USA wollten England in der Zwischenschalt-Funktion halten, die das Land während der gesamten Kriegsdauer gehabt hatte, nämlich als solventer Schuldner den USA gegenüber sowohl auf Konto der Alliierten als auch aufgrund eigenen Kapitalbedarfs im Obligo zu sein und gleichzeitig als Gläubiger eigenen Rechts zu fungieren, jedoch gegenüber zahlungsunwilligen bzw. -unfähigen Schuldnern. Großbritannien befand sich in der unangenehmen Doppelrolle, gegenüber den USA auf eigene Titel und zugunsten Dritter als Kreditnehmer zu Buche zu stehen, während es gegenüber den ihm verschuldeten Staaten Gläubigeransprüche sowohl für direkte, aus englischen Quellen gewährte Kapitalhilfe als auch für indirekte, bei den USA aufgenommene Zahlungsmittel geltend machen durfte.

4. Die Hauptursache für den Mißklang in den englisch-amerikanischen Beziehungen war strategischer Natur: Großbritannien hatte – vergeblich – versucht, die USA zu veranlassen, wenigstens nach ihrem Kriegseintritt die Finanzhilfe an die Alliierten in toto zu übernehmen und insoweit Großbritannien von der Bürde zu befreien, die es während der Dauer der Neutralität der USA 1914–1917 getragen hatte. Die USA hingegen, die Londons ungebrochene Vorteile als Finanzzentrum der Weltwirtschaft und als Transporteur des Welthandels im Auge hatten und ihrer eigenen, neu erworbenen Führungsrolle im Weltwährungs- und Welthandelssystem unsicher waren, wollten am Prinzip der geteilten Verantwortung festhalten. Die Fortführung der Strategie geteilter Verantwortung gewährleistete, daß Washington die in der ersten Kriegsphase 1914–17 erzielten Gewinne einstecken, d. h. die eingetretene Veränderung vom Schuldner zum Gläubiger Großbritanniens und zum Spitzenreiter im Machtgefüge der kapitalistischen Staaten aufrechterhalten konnte. Auf englischer Seite betrachtete man es – in Austen Chamberlains Worten – als absurd und wenig lohnend, daß Großbritannien mit der einen Hand in den USA Gelder aufnahm und Schuldtitel unterzeichnete und mit der anderen Hand fast den gleichen Betrag an seine europäischen Verbündeten verlieh[42]. Für die USA hingegen ergab das Verfahren einen Sinn, weil es die USA davor bewahrte, 1917/18 in ähnlicher Weise gesamthaft für den Finanzbedarf alliierter Kreditbeschaffung aufzukommen, wie es England 1915/17 getan hatte[43]. Dieser Prozeß hatte zur Folge, daß die Gläubigermacht USA ihren solventen Schuldner Großbritannien immer fester in den Griff bekam, während umgekehrt mit fortschreitender Kriegsdauer die Wahrscheinlichkeit stieg, daß Großbritanniens Schuldner jede Rückzahlung verweigerten. Der englischen Seite drängte sich der Gedanke auf, die USA von der Notwendigkeit zu überzeugen, die interalliierten Kriegsschulden zu streichen; dies würde jene Disparität beseitigen, die aus den beiden Phasen der Finanzierung der alliierten

[42] A. Chamberlain, 22. 4. 1918, House of Commons; vgl. Artaud, Question S. 23.

[43] Den besten Einblick in die finanziellen Arrangements zwischen Großbritannien, den Alliierten und den USA vermitteln Keynes' Memoranden; sie sind z. gr. T. gedruckt in: John Meynard Keynes, Collected Writings, Bd. XVI, hrsg. von E. Johnson, Cambridge 1971, bes. S. 252ff., 274.

Jahrgang 29 (1981), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1981_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Kriegführung resultierte, der englischen Gesamthaftung während der amerikanischen Neutralitätsphase 1914–17 und der Phase offizieller doppelter englisch-amerikanischer Verantwortung 1917/18.

5. Auf den ersten Blick könnte man den Eindruck gewinnen, daß die amerikanische Führungsspitze (Wilson, McAdoo und die US-Treasury) daran Gefallen fand, Großbritannien in finanzielle Abhängigkeiten zu verwickeln[44], um daraus politisches Kapital zu schlagen. Faktisch gelang es den USA jedoch nur selten, einen kontrollierenden Einfluß auf die englische Außenpolitik aufgrund finanzieller Machtstellung auszuüben[45]. Die Bank von England und die Treasury gewöhnten sich zwar daran, ihre amerikanischen Gegenüber vor der Inangriffnahme bestimmter Schritte zu konsultieren und amerikanischen Vorbehalten nachzugeben; doch in Washington und New York gewann man das Gefühl der Abhängigkeit von Vorgängen in London. Die amerikanischen Zentralen blieben sich der Elemente englischer Stärke vollauf bewußt: das Netzwerk der City, die Handelsflotte, die Rohstoffreserven des British Empire und Großbritanniens Auslandsinvestitionen schufen Gegengewichte, deren Einflußpotential die amerikanischen Regierungsämter und die Banken respektierten. Die Tatsache, daß Großbritannien – und Frankreich – während der Phase 1917/18 von den USA finanziell abhängig waren, bedeutete noch keineswegs, daß Washington diesen Hebel nutzen konnte, um Londons Außenpolitik zu bestimmen. Die Verlagerung im Machtgefälle der Weltwirtschaft und der Währungspolitik versetzte Washington freilich in die Lage, den Schuldnern Zahlungsziele und Bedingungen hinsichtlich der Verwendung der aufgenommenen Kredite aufzuerlegen; auf diese Weise erhielten die USA eine Handhabe, ihre Standards der britischen Währungs- und Finanzpolitik indirekt nahezubringen. Wie weit die USA von den Einflußchancen Gebrauch machen konnten, hing davon ab, ob die englische Politik meinte, auch ohne die Hilfe oder die Kooperation der USA ihre Zielsetzungen erreichen zu können, oder ob sie es umgekehrt vorzog, auf Ziele zu verzichten.

---

[44] J. M. Keynes, 8. 5. 1918, zitiert in: Burk, Diplomacy of Finance, S. 370; Keynes, Writings, XVI, S. 287; vgl. ferner Parrini, S. 262, Fowler, S. 214, S. 26f., 36ff., 212f.

[45] In der Herbstkrise 1916, als die USA – dem ersten Eindruck zufolge – Wilsons Friedensvermittlungsfühler durch eine gegen englische Interessen (und die Morgan Bank als englischen Interessenwalter) zielende Erklärung des Federal Reserve Board begleiteten, setzte sich Lloyd George gegen die von Lansdowne einerseits und von McKenna und Runciman andererseits geäußerten Bedenken gegen eine forcierte Kriegführung im Sinne des „Knockout"-Interviews durch; interministerielle Ausschüsse hatten bei der Prüfung der Frage nach Englands Abhängigkeiten von den USA festgestellt, daß London durchaus eine Gegenrechnung aufmachen konnte und amerikanischem Druck (jedenfalls vorerst) nicht wehrlos gegenüberstand. Zur Einschätzung der komplexen Situation Heide-Irene Schmidt, Wirtschaftliche Kriegsziele, Reconstruction-Planung und britische Außenpolitik im Ersten Weltkrieg, in: MGM 1980/2.

Jahrgang 29 (1981), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1981_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

V. Möglichkeiten englischer Friedensstrategie

Vor diesem Hintergrund war eine englische Friedensstrategie denkbar a) im Rahmen eines wirtschaftlichen Völkerbundes auf der Basis anglo-amerikanischer Partnerschaft – indem die Verbündeten und assoziierten Mächte gleichsam den Kampf für eine „world safe for democracy" mit wirtschaftlichen Mitteln fortführten – oder b) unter der Voraussetzung, daß Englands Ressourcen ausreichten, um durch selektive Eingriffe, beispielsweise wirtschaftlichen Druck oder Anerbietung von Finanz- und Wirtschaftshilfe, eine als befriedigend erachtete Vorzugsstellung in für England interessanten Ländern/Regionen zu sichern, also die Unterstützungsbereitschaft von Drittmächten zugunsten Englands zu mobilisieren.

Die erste Konzeption liegt beispielsweise einem detailliert ausgearbeiteten englischen Plan zugrunde, der Washington Ende Oktober/Anfang November 1918 zugestellt wurde[46]. Er sah für eine Übergangsperiode die Aufrechterhaltung und Verbesserung der interalliierten Organisationen und der entsprechenden nationalen Kontrollinstanzen vor, um ein sofortiges Wiederaufleben nationalstaatlicher Rivalitäten um essentielle Rohstoffe, Kapital- und Absatzmärkte zu verhindern. Dieses Programm ähnelte im Grundzug und in der Zielsetzung dem von Frankreich (Clémentel) präsentierten Aktionsplan für die Übergangs- und Nachkriegswirtschaft[47].

Mitte November 1918 verkündeten Premierminister Lloyd George und Smuts – der Koordinator der britischen „Economic Defense and Development"-Programme und

[46] Economic Defence and Development Committee (EDDC), Nr. 51, vom 21. 10. 1918, in: Cab. 27–44; EDDC, Nr. 31, 10. 8. 1918; EDDC, Nr. 67, 8. 11. 1918; EDDC, Nr. 37 („turn-over of inter-allied executives into an economic league of nations"), alle in: Cab. 27–44; Cabinet Meeting, 1. 11. 1918, WC 495 A, in: Cab. 23–14; auch Papers Relating to the Foreign Relations of the USA, 1918-Supplement, I/1, S. 567ff.; Cecil an Lloyd George, 8. 3. 1919, Cecil-MSS., British Museum, London.

[47] M. Trachtenberg, „A New Economic Order". Etienne Clémentel and French Economic Diplomacy during the First World War, in: French Historical Studies X/2 (1977), S. 315–341; Y-H. Nouailhat, Français, Anglais et Américains face au problème de la réorganisation du commerce international (1914–1918), in: Relations internationales, 1977, S. 95–114; ders., La France et les Etats-Unis, août 1914–avril 1917, Paris 1975; A. Kaspi, La France et le concours américain, février 1917–novembre 1918, Paris 1974; G. Soutou, Seydoux-Projekt, S. 246, meint, daß anfangs die französische Regierung geglaubt habe, weiter nach den Mechanismen der interalliierten wirtschaftlichen Zusammenarbeit während des Krieges verfahren zu können, um die französische Industrie zu günstigen Bedingungen zu versorgen und gleichzeitig die deutsche durch eine Art Blockade in Friedenszeiten zu beschränken. Die Asquith-Regierung hatte das Balfour of Burleigh-Committee u. a. mit dem Studium der Resolutionen der Pariser Konferenz vom Juni 1916 beauftragt; Ausschüsse des Ministry of Munitions und des Ministry of Reconstruction, das Economic Defence and Development Committee (zuvor Economic Offensive Committee!) sowie inter-imperiale Gremien kümmerten sich um die Fragen der Rohstoffversorgung etc. Anfang 1918 fragte die englische Regierung bei den Alliierten um Prioritätenlisten an. Die Imperial Conference debattierte zahlreiche Aspekte (August 1918), doch der Waffenstillstand intervenierte, bevor die Antworten der Alliierten in Whitehall oder bei den interalliierten Organisationen eintrafen; hierzu im einzelnen die Habil-Schrift des Verf. und H. I. Schmidt (Anm. 45).

Jahrgang 29 (1981), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1981_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Beauftragte für Völkerbundsfragen –, daß „European reconstruction" nicht auf Nahrungsmittelhilfe beschränkt werden dürfe; vielmehr müßten die USA und das British Empire auch die Versorgung der Nachfolgestaaten, eventuell (später) auch der „Feindstaaten" mit Rohstoffen zur Bekämpfung von Hungersnot und Arbeitslosigkeit – als Nährboden für den „Bolschewismus" – in Betracht ziehen[48]. Ihren Vorschlag, den Nachfolgestaaten und Deutschland die Chance zur Rückkehr auf die Weltmärkte zu eröffnen, präsentierten sie im Rahmen eines weitergespannten Programms: Wie man die Welt für den Sieg über den Militarismus organisiert habe, so müßten die Siegermächte nunmehr im eigenen Interesse Europa als Ganzes wiederbeleben und die Welt als „willing, creative peace system" reorganisieren. Sie forderten dazu auf, Europa solle sich als Alternative zur bolschewistischen Ideologie des Klassenkampfes formieren[49], und gaben die Parole aus, daß die Gründung des Völkerbundes „was no longer an ideal or an inspiration, but a sheer practical necessity"[50]. Die interalliierte Kriegsmaschinerie, insbesondere die wirtschaftlichen Kooperationsstellen, sollten in ein Organisationsgefüge umgewandelt werden, das zur Förderung wirtschaftlicher Zusammenarbeit taugte; auf konstruktive Aufgaben umgestellt, sollten die interalliierten Wirtschaftsgremien den Kern eines wirtschaftlichen Völkerbundes bilden und dann zu gegebener Zeit in eine solche internationale Organisation umgegründet werden.

Die englische Außenpolitik wurde jedoch in die Richtung der Alternative gelenkt, als die USA klarstellten, daß sie ihre Entscheidungen in keiner Weise durch interalliierte Kooperationsgremien präjudiziert sehen wollten; weder die Versorgung mit Nahrungsmitteln, Rohstoffen und Kaufkrediten noch die Kontrolle über den Geldumlauf und den Dollarkurs sollte unter den Einfluß der „interallied executives" geraten[51]. Die frühe Entscheidung der USA[52] gegen die Fortführung und Weiterentwick-

---

[48] G. Schmidt, Wozu noch politische Geschichte?, S. 36ff.; Th. Jones, Whitehall-Diaries, hrsg. von K. Middlemas, Bd. I, Oxford 1969, S. 67f., 69f.; Th. Jones-Memorandum, November 1918, Jones-MSS., National Library of Wales, F 194/4/1; EDDC, Nr. 73, 20. 11. 1918, in: Cab. 27–44.

[49] Neben der in Anm. 48 genannten Literatur O. P. Fitzgerald IV, The Supreme Economic Council and Germany. A Study of Inter-Allied Cooperation after World War I, Ph. D. thesis Georgetown University 1971; E. Clémentel, La France et la politique économique interalliée, New Haven 1931; F. Delaisi, Political Myths and Economic Realities, New York 1927; J. L. Garvin, The Economic Foundations of Peace, London 1919; League of Nations, Europe's Overseas Needs 1919–20 and How They Were Met, Genf 1943; dies., Relief Deliveries and Relief Loans 1919–1923, Genf 1943; R. St. Baker, Woodrow Wilson and the World Settlement, Bd. III, Garden City 1923; F. M. Surface/R. L. Bland, American Food in the World War and Reconstruction Period 1914–1924, Stanford 1931; F. S. Marston, The Paris Peace Conference of 1919. Organisation and Procedure, New York 1944; F. Maurice, Lessons of Allied Cooperation 1914–1918, New York 1942; H. W. V. Temperley (Hrsg.), A History of the Paris Peace Conference, Bd. VI, New York 1924; D. Trask, The United States in the Supreme War Council, Middleton (Conn.) 1961; H. Hoover, Memoirs, 2 Bde., New York 1951/52.

[50] J. C. Smuts, in: Times, 15. 11. 1918, S. 5.

[51] Washington (Botschaft) an Foreign Office, 19. 11. 1918, Tel.Nr. 5166, in: Cab. 27–44.

[52] Die Schlußfolgerung ist seit langem in der Literatur akzeptiert. Die relativ frühe Veröffentlichung

Jahrgang 29 (1981), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1981_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lung der interalliierten Wirtschaftsorganisationen, die auch von grundsätzlichen Vorbehalten gegenüber den England und Frankreich angelasteten „selfish economic aims" beeinflußt war, wirkte sich auf die Stimmung in Whitehall aus[53]; sie verschärfte die von den ungleichen Bedingungen der Kriegswirtschaft genährten Konkurrenz- und Rivalitätsmomente und gab denen Auftrieb, die dem Motto folgten: Jeder sorge sich um seinen eigenen Vorteil. Aus dem Bestreben heraus, Terrain zurückzugewinnen, suchte London in den Sondierungen über Reconstruction-Hilfe (für Belgien, Serbien) als erster in den betreffenden Ländern Fuß zu fassen und Sondervereinbarungen zu treffen. Auf der anderen Seite reagierte die amtliche Politik allerdings zurückhaltend-abwehrend gegenüber Schutzzollbegehren zur Bekämpfung amerikanischen Dumpings; denn in diesem Fall fielen politische Befürchtungen um den Bestand der Koalitionsregierung mit der Überlegung zusammen, daß die englische Politik auf der Friedenskonferenz den guten Willen der USA gebrauchen könne und schon deshalb Wilsons wiederholten Warnungen vor Protektionismus, „Imperialismus" und „economic selfishness" der Alliierten nicht neue Nahrung geben dürfe. Die geringfügigen Aussichten auf eine konstruktive Mitwirkung der USA in einer (zunächst) interalliierten, dann internationalen Wirtschaftsorganisation verstärkten auf englischer Seite den wirtschaftsnationalistischen Tenor, gleichfalls mehr auf die Wahrnehmung wirtschaftlicher Vorteile zu achten und überall, wo verbündete Regierungen gemeinsame Sicherheitsinteressen hervorkehrten, in erster Linie ökomische Profitsucht am Werke zu sehen (z. B. in Frankreichs Rheinlandpolitik).

„The French proposal to set up a new Inter-Allied Control over the resumption of trade with the Balkans ... looks to me very much like an attempt on the part of the French to

---

der einschlägigen Noten und Depeschen in den „Papers Relating to the Foreign Relations of the USA" trug zur Verfestigung der Ansichten bei; die Durchforstung der Nachlässe von N. H. Davis, Leffingwell, Rathbone, Glass, Baruch, Hoover, House u. a. verbreitert zwar ständig die Kenntnisse, doch in den Grundzügen findet man die „älteren" Interpretationen von Tillman, A. Link, Gelfand, Abrahams, Parrini bestätigt. Die Studie von D. Artaud schöpft z. gr. T. aus dem Davis- und Leffingwell-Nachlaß.

Die zögernd-mißtrauische Haltung der USA hatte den Aufbau und die Aktionsfähigkeit der „Inter-Allied Executives" im Krieg behindert; die im amerikanischen Wahlkampf erkennbaren „nationalistischen" Tendenzen und Wilsons – nach anfänglichem Entgegenkommen – Absage an interalliierte Projekte (27. 9. 1918) löste schon vor den offiziellen Mitteilungen (Mitte November 1918) auf englischer Seite Reaktionen aus, bes. seitens derer, die für die englische Wirtschaft Terrain zurückerobern wollten. In London wurde fortan darüber debattiert, ob es sich lohne, aus generellen politischen Rücksichtnahmen gegenüber Wilson (als Partner auf der Friedenskonferenz) auf die Wahrnehmung wirtschaftlicher Vorteile ggf. zu verzichten, und ob es möglich wäre, beide Bereiche auseinanderzuhalten.

[53] Die Aussage geht nicht dahin, daß im November 1918 ein Wendepunkt erreicht worden sei. Die Befürworter der Idee anglo-amerikanischer Partnerschaft versuchten auf beiden Seiten des Atlantik – im März, Juni und November/Dezember 1919 – ein „comeback" und sahen Chancen, doch noch das Sagen zu haben. Die Aussichten, die Entscheidung des US-Schatzamtes vom November 1918 zu korrigieren, hingen in der Sicht aller Beteiligten davon ab, wie Wilson nach der Rückkehr aus Europa das von ihm gewünschte und durchgesetzte Junktim zwischen Ratifikation des Friedensvertrags und Amerikas Eintritt in den Völkerbund handhabte.

Jahrgang 29 (1981), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1981_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

benefit themselves and in so far as they are not able to do trade to stop it when it might be done by others."[53a]

Im Rückzug aus interalliierten Abmachungen und Gremien erblickte man in Washington und in London die Vorbedingung, um sich Startvorteile gegenüber weniger begünstigten Staaten im Wettlauf um kontinentale und überseeische Märkte zu sichern. Da die USA und Großbritannien einerseits einander als Konkurrenten empfanden und andererseits jeder von ihnen Rohstoffquellen kontrollierte, über „capital" verfügte und mit Exporten zugleich auch wirtschaftlich-strukturelle und soziale Probleme auslagern wollte, agitierten einflußreiche Kräfte in beiden Ländern für nationales Recht auf Nutzung von Wettbewerbsvorteilen.

„(To prevent us from) selling our surplus of manufactured goods (would) directly lead to the slump in trade which I so much dread ... Unless goods are to go at all manufactured goods are to be sent to the Central Powers directly or indirectly, our trade rivals will benefit and we shall obtain little or no advantage."[53b]

VI. These und Kernargumente:

England war die Rückkehr zu einer stabilisierenden Gleichgewichtspolitik – in Gestalt einer „economic pax britannica" oder eines „British Peace" in sicherheitspolitischer Perspektive – versagt. Die Deutung, die die Eliten den Strukturen und den restriktiven Bedingungen britischer Politik entnahmen, ergab eine Priorität für die Demobilmachung und die Sorge um Englands Kreditwürdigkeit. Beide Zielsetzungen hatten bestimmte Implikationen: Wählte die englische Außenpolitik die Durchsetzung ihrer machtpolitischen-territorialen Ambitionen im Friedensschluß als Hauptanliegen, dann mußte England infolge der aus innenpolitischen Gründen getroffenen Entscheidung für eine möglichst beschleunigte Demobilmachung das Zusammenwirken mit Frankreich als vorrangig betrachten. Wählte sie die Neuordnung auf der Basis einer Wiederherstellung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen als Hauptanliegen, dann mußte sie wegen der Entscheidung für die Aufrechterhaltung der Kreditwürdigkeit des Sterling-Gebiets die Zusammenarbeit mit den USA anstreben. Hingegen war es fraglich, ob London zwischen Paris und Washington, insbesondere zwischen Clemenceau und Wilson, den Vermittler spielen konnte.

[53a] A. Steel-Maitland (Department of Overseas Trade) an Harmsworth (Blockade-Ministerium), 13. 2. 1919, in: FO 800-250.

[53b] Emmott, 25. 1. 1919, GT 6789, in: Cab. 24–74, S. 356; vgl. GT 6835 (Minutes, Committee on Unemployment), 18. 2. 1919, in: Cab. 27–58, S. 15; Report des Committee on Unemployment, G 237, Cab. 27–58, S. 127. In der Annahme, daß von Nahrungsmittel- und Rohstoffexporten in erster Linie die USA profitieren würden, beanspruchten die englischen Wirtschaftsressorts die Lockerung der Exportrestriktionen betr. Fertigwaren; das War Office schloß sich dem im April 1919 mit der Begründung an, daß Rohstoffexporte ein größeres Sicherheitsrisiko bedeuten würden, weil sie den Mittelmächten hinsichtlich der Verwendung größeren Spielraum erlaubten. Lloyd George befürwortete Rohstofflieferungen an Deutschland in den Phasen, in denen er die „Politik der leichten Hand" für angemessen hielt.

Jahrgang 29 (1981), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1981_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Notwendigkeit zur Anbindung an andere Hauptmächte resultierte daraus, daß die englische Regierung aus *innenpolitischen* Gründen bestimmte Entscheidungen für unumgänglich hielt, diese Maßnahmen aber außenpolitische Abhängigkeiten mit sich brachten. Die Entscheidung für den Vorrang der Demobilmachung räumte Frankreich die Vormachtstellung in Militär- und Sicherheitsbelangen ein; die Präferenz für die Wiederherstellung der Parität mit den USA in den Bereichen Handel, Währung und Seeherrschaft (Schiffahrt und Kriegsmarine) beinhaltete aufgrund der Verschuldung und des Defizits in der bilateralen Handelsbilanz ein hohes Maß an Abhängigkeit von den USA. Ausmaß und Modalität der Zusammenarbeit und Koordination hingen nun nicht nur von dem Entgegenkommen der Partner (USA und/oder Frankreich) ab, sondern mindestens ebenso von der Konsistenz der englischen Regierungspolitik und ihrer Fähigkeit, vernünftige und dauerhafte Kompromisse zu erreichen zwischen den Zielsetzungen, die innerhalb der „Herrschaftssynthese"[54] dominierten, und den von unterschiedlichen Interessengruppen angestrebten Zielen; die Interessengruppen verfügten über ausreichende Instrumentarien, um ihre eigenen „multinationalen" Interessen wahrzunehmen. Die Zielkonflikte spiegelten sowohl Traditionen als auch eine Vielzahl struktureller Gegebenheiten und Faktoren wider, welche die Ansichten über wirtschaftlichen Aufschwung oder Niedergang prägten. So gesehen, war es für jede Regierungskoalition schwierig, sich auf ein Aktionsprogramm zu einigen und auf dieser Grundlage im interalliierten Rahmen zu verkehren.

Die Kompromißfindung im innerstaatlichen Kontext wurde 1917–19 noch dadurch erschwert, daß die Alliierten, die von England Dienstleistungen erwarteten, gerade die Guthaben („assets") in Beschlag nehmen wollten: Frankreich behandelte die Frage der Baumwoll- und Kohlelieferungen auf der Basis von Sterling-Krediten so, als ob hier selbstverständliche Obligationen des englischen Partners bestünden; die USA gingen ebenfalls davon aus, daß Großbritannien Transportdienste (vor allem für die demobilisierten Truppen) zur Verfügung stellte und die Schuldendienste sofort aufnehmen könne, auch wenn es dafür noch die „restlichen" Auslandsguthaben liquidieren, d. h. in amerikanischen Besitz überschreiben müßte; außerdem verlangten die USA, daß London ihnen helfen solle, den Zugang zu den Rohstoffen des British Empire zu erleichtern. Die Entscheidungsträger in London waren demzufolge in Dispute über die „richtige" Reaktion auf die von den USA, Frankreich und den kleineren Verbündeten erhobenen Ansprüche verwickelt und gleichzeitig aufgefordert, zwischen den widersprüchlichen programmatischen Vorstellungen der innerenglischen Kräfte in Fragen der Steuer-, Sozial- und Wirtschaftspolitik zu wählen. Die „goldene Mitte" lag darin, jene Aspekte hervorzuheben, die Aufschwung und Wachstum förderten und dennoch eine aus gesellschaftspolitischen, aber auch aus außenpolitischen Gründen unerläßliche Kontrolle über die Aktivitäten der „kapitalistischen" Interessen im innerstaatlichen Bereich ermöglichten.

Doch wurden nicht nur die „assets" Großbritanniens zu Einsätzen in der internationalen ebenso wie in der innerstaatlichen Politik, sondern ähnliches betraf auch die

[54] G. Ziebura et alii, Bestimmungsfaktoren der Außenpolitik in der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts, Berlin 1974, S. 39f.

Jahrgang 29 (1981), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1981_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„liabilities": Die latente Generalstreiksituation, das überhöhte Kostengefüge englischer Produkte, Wettbewerbsverzerrungen (aufgrund staatlicher Regulative – Steuerarten, Sozialabgaben – u. a. Determinanten der Innenpolitik) wurden in gleicher Weise direkt zu Bedingungsfaktoren der Außenbeziehungen. So beanspruchten die Alliierten, insbesondere Frankreich, Italien und die Staaten in „New Europe" nicht nur die Fortführung von Kohlelieferungen[55], sondern sie verlangten auch, daß die Lieferungen weiterhin mit einem Preisnachlaß erfolgten. Dies geschah zu einem Zeitpunkt, zu dem die Kontroverse über die Nationalisierung des Bergbaus noch voll im Gange war und die Bergarbeiter einen ersten Abschlag auf ihre Lohnforderungen erhalten hatten; die Kostenstruktur gegenüber der Weltkriegszeit war verändert worden, die Kohleexporte sollten eigentlich als Devisenbringer fungieren und einen Teil der Mehrbelastungen über höhere Auslandspreise wieder hereinholen.

Mit dem zunehmenden englischen Interesse an der Rückeroberung europäischer Märkte und am Wiederaufbau Europas[56] und angesichts der immer noch starken Verflechtung Englands in die Weltwirtschaft verschärften sich die Auseinandersetzungen um die Zielprioritäten und um die Verteilung eines in Relation zu steigenden innen- und außenpolitischen Ansprüchen immer unzureichender werdenden Sozialprodukts. Sie schienen das innenpolitische Kräftegleichgewicht zu gefährden. Die Zeiten, als Großbritannien sich nach einem siegreich beendeten Krieg vom europäischen Kontinent zurückziehen und darauf verlassen konnte, „that Europe provides the balance and Great Britain gets the power", schienen endgültig vorüber. Wünschte Whitehall den Frieden zu sichern – als Vorbedingung für die Wiederherstellung des politischen und wirtschaftlichen Friedenszustandes in England selbst –, dann mußte es den für gefährlich gehaltenen Präferenzen und Methoden französischer Sicherheitspolitik entgegentreten; zum anderen mußte die englische Regierung versuchen, den rigiden, von der amerikanischen Treasury ausgehenden Deflationsdruck auf die europäischen Staaten abzuschwächen, gegebenenfalls konstruktive Alternativen anbieten. Letzteres implizierte jedoch, daß die Regierung abermals dem englischen Wählervolk

[55] Minutes of a Ministerial Conference, 18. 11. 1919, und Cabinet Meeting, 23. 11. 1919, in: Cab. 23-18, S. 103ff., 137ff.; s. bereits War Cabinet (WC) 564, vom 8. 5. 1919, Cab. 23-10, S. 37; WC 589, vom 8. 7. 1919, Cab. 23-11, S. 13ff.; FR, PPC, Bd. X, S. 492ff., 561ff., 626ff. u. a. O.; G. Soutou, Problèmes concernant le retablissement des relations économiques franco-allemandes après la première guerre mondiale, in: Francia, II (1974), S. 585ff.; s. auch Anm. 74. Die gesellschafts- und wirtschaftsordnungspolitischen ebenso wie die internationalen Implikationen der Kohlen-Krise vom Herbst 1919 bis zum Winter 1920/21 analysiert Ch. S. Maier, Recasting Bourgeois Europe, Princeton UP 1975, S. 194–208, 224.

[56] Der Kabinettsausschuß „On Unemployment and the State of Trade" hob im März 1919 hervor, daß Großbritannien an der Wiederherstellung der Ordnung in Europa und an „European recovery" mitwirken müsse, um die Grundlage für die erfolgreiche Bewältigung der Probleme einer Übergangswirtschaft zu schaffen. Der im Frühsommer 1919 einsetzende kurze Nachkriegsboom und die gespannten „industrial relations" ließen andere Interessen und Aspekte in den Vordergrund rücken. Der Zusammenhang wurde in der Depression 1920/21 wieder voll bewußt. Vgl. B. Dohrmann, Die englische Europapolitik in der Wirtschaftskrise 1921–1923. Zur Interdependenz von Wirtschaftsinteressen und Außenpolitik, München 1980; Ch. Stamm, Lloyd George zwischen Innen- und Außenpolitik. Die britische Deutschlandpolitik 1921/22, Köln 1977.

Jahrgang 29 (1981), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1981_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

eine Kompromißlösung unter dem Aspekt plausibel machte, daß die „Opfer" einem gemeinsamen Anliegen dienten, der Wiederankurbelung des Wirtschaftslebens. Je stärker England in internationale Aufgabenbereiche („European recovery and relief actions") oder auf den nicht minder kostenaufwendigen Kurs der Entwicklungshilfe an das Empire gezogen zu werden drohte, desto nachhaltiger meldeten sich Stimmen zu Wort, die erst das englische Haus in Ordnung gebracht sehen wollten. Die innerstaatliche „balance" schien gefährdet, je nachhaltiger England bedrängt wurde, für das Kräftegleichgewicht in Europa und in der Welt Sorge zu tragen. Verkürzt formuliert, lagen drei Interessenrichtungen im Widerstreit: eine Empire-Schule, eine Europa-Schule und die Fürsprecher einer auf die Volkswirtschaft konzentrierten Investitionspolitik.

Die Imperialisten behaupteten, England müsse sein Heil in „imperial preference" suchen und dürfe erst nach der Konsolidierung als Empiremacht wieder versuchen, das europäische Gleichgewicht von außen einzupendeln; sie nahmen in Anspruch, daß durch ihre Pläne der englische Kräftehaushalt aufgefrischt und England als Industriemacht erneuert werden könnte. Die Regierung mußte hingegen mit dem Druck einheimischer Interessengruppen rechnen, die Vergünstigungen an die Kolonien und an die Dominien bei der Aufnahme von Investitionskapital kritisierten. Die Europaschule erinnerte daran, daß England seine Rolle als Bankier und als Zentrum des Welthandels mit europäischen Geldeinlagen in der City wahrgenommen hatte: England müsse daran interessiert bleiben, den „free intercourse of trade in Europe" zu begünstigen und zu verteidigen; daher sollte die Regierung den Schutzzollbestrebungen im eigenen Hoheitsbereich entgegenwirken. Da die englische Erholung von den Kriegsfolgen vom europäischen Wiederaufbau abhängig sei, könne Großbritannien seine Verantwortung für die Sanierung der wirtschaftlichen Verhältnisse in „Zwischeneuropa", in Deutschland und in Rußland nicht verleugnen.

Je mehr sich dieser Meinungsstreit zuspitzte, desto nachhaltiger setzten sich jene Kräfte ins Bild, die zuerst die Defekte im englischen Wirtschaftssystem ausmerzen wollten[56a]. Eine Gruppierung (Addison, A. Geddes), der sich Lloyd George zeitwei-

---

[56a] Das Schwergewicht der Wirtschaftsinteressen lag in der Boomphase auf dem Binnenmarkt: Sowohl die ‚reconstructionists' als auch das Cunliffe-Committee argumentierten „in favour of a policy which made the employment of capital at home more remunerative than its removal abroad"; Cunliffe-Committee, Report, Cmd. 9182 (1919), §§ 17ff., gedruckt auch in: T. E. Gregory (Hrsg.), Selected Statutes, Documents and Reports Relating to British Banking 1832–1928, Oxford 1929, Bd. II, S. 344ff.; Geddes-Committee on Unemployment and the State of Trade, 8. Sitzung, 17. 3. 1919, GT 7002, in: Cab. 27–58, S. 39; Treasury-Memorandum on the financial position and future prospects of this country, G 257, 18. 7. 1919, in: Cab. 27–72, S. 52ff. Vgl. P. B. Johnson, Land Fit for Heroes. The Planning of British Reconstruction 1916–1919, London 1969; I. Drummond, Imperial Economic Policy 1917–1939. Studies in Expansion and Protection, London 1974. Ein weiterer Aspekt kommt hinzu: „You can hardly realize the difficulties which we meet every day in finding capital for all sorts of undertakings in conquered enemy countries that might be most beneficial both to British commerce and to us politically in future ... those who have finance at their disposal or commodities to sell, especially commodities required for reconstruction, have an immense field of choice and are naturally inclined to satisfy old customers first and follow

Jahrgang 29 (1981), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1981_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lig näherte[57], bewegte sich in den Bahnen eines „halbstaatlichen Sozialismus"; sie wollte die Praktiken der Kriegsfinanzierung in der Übergangsphase fortsetzen, also „deficit spending" in Kauf nehmen, um Arbeitsplätze zu schaffen, die Landwirtschaft zu fördern oder den Wohnungsbau zu beschleunigen[58]. Sie wollte damit den Beweis antreten, daß nicht-sozialistische Regime sehr wohl in der Lage seien, soziale Fragen zu lösen. Eine zweite Gruppierung (Schatzamt, konservative „backbencher", in Agitationsverbänden hervortretende Wirtschaftsführer) huldigte dem Primat der Schuldentilgung und der Begrenzung der Staatsausgaben, der Stabilisierung der Währung (möglichst zur alten Parität) und dem Budgetausgleich. Sie verglich die Erleichterung der Kreditaufnahme zur Durchführung sozialstaatlicher Präventivaktionen und die sicherheitspolitisch begründete Kapitalhilfe an (ehemalige bzw. künftige) Verbündete mit der Öffnung von Schleusen, wodurch das gesunde England in den Sog unheilvoller Strömungen auf dem Kontinent geraten würde[59]. Im Unterschied zu seiner in den Kriegsjahren ausgegebenen Devise, aufs Geld dürfe es bei der Abwerbung von deutschen Bundesgenossen oder bei der Anwerbung ungebundener Staaten nicht ankommen, betätigte sich Lloyd George 1919 als Mahner vor kostspieligen imperialen oder außenpolitischen Unternehmen, die zu Lasten der englischen Staatskasse gehen sollten. Er gab den Debatten das entscheidende Stichwort: „Macht Großbritannien zum Modell sozialen Friedens". Er verdankte den Slogan einer Anregung Philip Kerrs, der Argumente Hoovers übernahm und sie mit Versatzstücken aus Hobsons Imperialismustheorie kombinierte. Die Argumentation lief darauf hinaus, daß die soziale Unzufriedenheit und die Unruhen in England aus der Auflehnung gegen den Kapitalexport resultierten. Die Schlußfolgerung spricht für sich selbst:

> „If we add too much to our burdens, either our territories or our homes will go short. I am in favour of restricting our commitments until we set our own country thoroughly in order. I think it is America's turn to take on some of the burdens of developing and

---

familiar channels of business ..." So Hardinge (FO) an Butler (Wien), 25. 10. 1919, in: Documents on British Foreign Policy 1919–1939, First Series, Bd. VI, Nr. 229, S. 307/308.

[57] Geddes-Committee on Unemployment, Report, G 237, § 14; ferner G 237 A, § 1, in: Cab. 27–58, S. 92; Lloyd George, 25. 2. 1919, GT 6887, Cab. 24–75; Jones, Whitehall-Diaries, I, S. 79ff. (19. 2. 1919).

[58] P. B. Johnson, Land Fit For Heroes; S. Armitage, The Politics of Decontrol of Industry. Britain and the United States, London 1969; P. Abrams, The Failure of Reform 1918/20, in: Past & Present XXIV (1963); R. H. Tawney, The Abolition of Economic Controls 1918–21, in: EcHR, 2nd ser., XIII (1943); S. Howson, The Origins of Dear Money 1919–20, in: EcHR, 2nd ser., 1974/1, S. 88–108; R. Lowe, The Erosion of State Intervention in Britain 1917–1924, in: EcHR, 2nd ser., XXXI (1978), S. 270–286; ders., Failure of Consensus; G. Schmidt, Effizienz; K. und J. Morgan, Portrait of a Progressive. The Political Career of Christopher, Viscount Addison, Oxford 1980, S. 103ff.

[59] Der Exponent dieser Richtung war der einflußreiche Joint Permanent Secretary to the Treasury, Sir John Bradbury; Schatzkanzler A. Chamberlain folgte dessen Ratschlägen. Bradbury-Memo., 21. 2. 1918, in: T 170–125, S. 4; Treasury-Memorandum, G 257, 18. 7. 1919, in: Cab. 27–72; vgl. Vassar-Smith-Committee on Financial Facilities, Report, zitiert in: A. W. Kirkaldy, British Trade during and after the War 1914–21, London 1921; Cunliffe-Committee Interim Report (August 1918), in: Gregory (Hrsg.), Statutes, II, S. 344ff.

Jahrgang 29 (1981), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1981_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

financing the backward parts of the earth. We must see that she makes her money available for this."[60]

Lloyd George trat für Kreditschöpfung zugunsten innenpolitischer Reformprogramme ein, ohne freilich darauf zu achten, ob die Ressorts seine Impulse aufgriffen und was aus seinen verbalen Kraftakten in Kabinettssitzungen in der Alltagspolitik gemacht wurde[61].

Die Gefahren eines finanziellen „over-commitment" Englands, die aus dem kumulativen Effekt des im Wahlkampf verkündeten „Home Fit for Heroes"-Programms und den „Empire Development Schemes" resultierten, dienten als Hilfsargumente für anderweitig begründete Abneigungen gegen die wirtschafts- und finanzpolitischen Praktiken der Verbündeten (Frankreich, Italien, Serbien, Polen, Rumänien). Schatzkanzler Austen Chamberlain übertrug die für den innenpolitischen Hausgebrauch gemünzten konservativen Schlagworte von der sinkenden Arbeitsmoral und den überhöhten Lohnforderungen in die Außen(wirtschafts)politik, insofern er die Ansprüche der „never-do-well" an die Besitzenden im innerstaatlichen und im internationalen Bereich über einen Leisten schlug[62]. Aus der Auffassung heraus, daß Großbritannien seine Ressourcen schonen und pflegen und seine derzeitige Lage durch erhöhte Anstrengungen erst noch verbessern müsse, verlangte er von den anderen Staaten die Nachahmung seiner konsequenten Bemühungen um den Budgetausgleich und um die Erfüllung von Schulden- und Zinsdienstverpflichtungen; die anderen Staaten sollten lernen, nicht über ihre Verhältnisse zu leben[63]. Er wies die Vorschläge, den Verbündeten und den Nachfolge- bzw. Randstaaten durch Aufbaudarlehen den Eintritt in das von England gewünschte freie Handelssystem zu erleichtern, mit der Formulierung zurück, die kontinentalen Länder könnten sich aus den zerrütteten Verhältnissen retten, wenn sie nur wieder zu arbeiten lernten.

---

[60] Ph. Kerr an Lloyd George, 22. 2. 1919, Lloyd George-MSS., F 89/2/29. Lloyd Georges Interesse am Keynes-Plan ist auf diesem Hintergrund zu sehen. Charakteristisch ist ferner ein Kommentar Lloyd Georges zum Vorschlag Curzons, in Persien strategische Straßen zu bauen und dafür 40000000 Pfund abzuzweigen: „I should like to be able to spend 40 m. on building roads in this country, but we can't afford it and if we can't afford it here, we can't afford it in Persia. Does anyone dissent?" (F. Leith-Ross, Money Talks, London 1968, S. 57). Zu Lloyd Georges Reform-Aufruf vor dem Provisional Joint Committee am 4. 3. 1919 s. Lowe, Failure of Consensus, S. 649.

[61] Zu den Gründen für Lloyd Georges „Versagen" als Reformer und zu seiner Regierungsführung generell P. Rowland, Lloyd George, London 1975, S. 523; K. O. Morgan, Consensus and Disunity. The Lloyd George Coalition Government 1918–1922, Oxford 1979.

[62] A. Chamberlain, 3. 2. 1920, CP 580, in: Cab. 24–84, S. 536; ders., 15. 12. 1919, House of Commons (Stellungnahme der Regierung zum Bericht des Cunliffe-Committee); Chamberlain-Interview mit der Paish-Parmoor-Deputation, 13. 11. 1919, S. 24f., in: T 172–1011; Chamberlain, 18. 6. 1919, WC 580, Cab. 23-10; ders., 24. 7. 1919, GT 7814, in: Cab. 27–71 (Finance Committee); St. Baldwin, 13. 4. 1920, House of Commons, Bd. 127, Sp. 1532.

[63] „With the cessation of the creation of credits by Government borrowing must come in each country sufficient taxation and sufficient curtailment of expenditure to make the annual revenue balance the annual expenditure", sagte Baldwin, Financial Secretary to the Treasury, am 13. 4. 1920 im House of Commons; ähnlich auch R. H. Brands Kommentar zum Keynes-Plan, 17. 4. 1919, in: T 172–988.

Jahrgang 29 (1981), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1981_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

In Struktur und Zuschnitt ähnelt diese Einstellung der Haltung der Wilson-Administration in Washington. Die Ähnlichkeit in der politischen Zielformulierung Washingtons und Londons resultierte daraus, daß man in beiden Hauptstädten jenen Vorschlägen ihrer europäischen Verbündeten mißtraute, in denen von Beistandsaktionen zur Stabilisierung der Währungsverhältnisse, von der Bildung eines Rohstoffpool, von der Garantie bzw. Ausfallbürgschaft für deutsche Reparationsverpflichtungen u. a. m. die Rede war. In der Sicht des englischen und des amerikanischen Schatzamtes, der konservativen Mehrheit im Unterhaus und im Kongreß waren die Vorschläge nicht viel mehr als ein Versuch der leichtfertig vorgehenden ehemaligen Waffenbrüder, die USA bzw. Großbritannien mehr oder weniger direkt als Geldgeber in Beschlag zu nehmen. In Washington und in Whitehall hatte man den Eindruck, daß jede Teilnahme an der Stabilisierung der Währungsverhältnisse – z. B. durch „pegging" des Franc oder der Lira – lediglich zur Folge hätte, daß die Regierungen und Zentralbanken in Paris oder Rom fortfahren würden, die Banknotenpresse zu betätigen und den Tag der Abrechnung in weite Ferne zu rücken, an dem sie ihren finanziellen Verpflichtungen doch einmal nachkommen müßten. In beiden Administrationen befürchtete man ferner, daß jene Beistandsaktionen nur bedeuteten, daß die USA bzw. Großbritannien die Handelsbilanzdefizite der Europäer mit allen Teilen der Erde, besonders gegenüber den Neutralen, wettmachen sollten, was die Parität des Dollar bzw. Pfundes gegenüber den lateinamerikanischen, skandinavischen und anderen harten Währungen weiter verschlechtern mußte; sie gingen also davon aus, daß ihre Währungen „at a discount" plaziert würden.

Dieses ökonomisch begründete Mißtrauen wurde durch politische Verdächtigungen wirkungsvoll ergänzt: London und Washington unterstellten ihren unbotmäßigen europäischen Partnern die Absicht, von den USA bzw. Großbritannien über Wasser gehalten zu werden, die so erreichte Vitalität aber zu nutzen, um eigensinnige politische Ziele – z. B. Annexionen – auf Kosten ihrer Nachbarn zu verfolgen. Um solche Bestrebungen zu unterbinden, entschlossen sich die USA und Großbritannien, den Verbündeten lediglich das Versprechen zu geben, ihre Unterstützungsgesuche wohlwollend von Fall zu Fall „on its merits" zu prüfen[64].

[64] Die amerikanische Regierung proklamierte diesen Kurs zuerst, doch die Londoner Treasury folgte bald (im Frühjahr 1919). Das US-Schatzamt erwartete, daß die USA – falls die Administration vom Kongreß die Vollmacht zur Durchführung der „relief programmes" und des War Finance Corporation Scheme (zur Exportförderung) erhielte – jene Bedingungen und Modalitäten bestimmen könnten, auf deren Basis Großbritannien würde kooperieren müssen; N. Davis an Wilson, 2. 2. 1919, Davis-MSS., Box 11, File 1918/21; Leffingwell an Davis, 6. 5. 1919, Tel.Nr. 1030, Leffingwell-MSS., Box 10, LB 2, ff. 48–51; N. Davis an Rathbone, 9. 12. 1919, Davis-MSS., Box 48, File Rathbone; J. M. Keynes, Collected Writings, XVI, S. 406ff. (betr. Disput mit dem französischen Finanzminister Klotz im Februar/März 1919). Die „Philosophie" des US-Schatzamtes („sound finance", „strict economy", Budgetausgleich mit Mitteln der Steuerpolitik, Wiederherstellung des „Privatkreditsystems") ist bes. deutlich zu erkennen in: Leffingwell an Gouverneure des Federal Reserve Board, 6. 9. 1919, Leffingwell-MSS., Box 12, LB 1, ff. 390ff.; Rathbone an London Treasury, 21. 2. 1920, in: Davis-MSS., Box 48; Davis an Rathbone, 27. 2. 1920, ebenda; ferner in: Leffingwell-MSS., Box 14, LB 2, ff. 334ff. Zu den Aversionen des US-Schatzamtes, von den Europäern als „Melkkuh" mißbraucht zu werden, und gegen Inflation,

Jahrgang 29 (1981), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1981_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VII. „Sicherheitspolitik" und „European Reconstruction"

Betrachtete man mit einigen Beratern Lloyd Georges (Keynes, Kerr, Garvin) „Sicherheit" nicht als bloße Frage territorialer Grundausstattung, sondern der politisch-sozialen Grundordnung und wirtschaftlicher Entwicklungschancen, dann mußte Großbritannien den politisch begründeten Widerstand gegen exzessive territoriale Ambitionen der neuen Staaten Europas, Frankreichs und Italiens durch Wiederaufbauhilfe, durch das Angebot von „aid and trade" kompensieren. Wer – wie Lloyd George oder Keynes – das Theorem Lenins akzeptierte, daß die Zerrüttung der Geldwert- und Währungsstabilität den sicheren Weg zur Zerstörung des kapitalistischen Systems und der bürgerlichen Demokratie bilde, mußte Aktionen zur Stützung bedrohter Staaten an der Währungsfront einen hohen Stellenwert in der Friedensstrategie zuweisen. Um die sozialen Folgewirkungen eines Zusammenbruchs der Stützsäulen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung abzufangen, sollten die Friedensmacher eine großangelegte Aktion zur Mobilisierung von Kapitalreserven in Angriff nehmen. Der Zweck dieser dem Marshallplan ähnlichen Aktion – deren Finanzierung zum größten Teil den USA obliegen würde – sollte darin bestehen, das ökonomische und soziale Gefälle zwischen Schuldner- und Gläubigerstaaten auszugleichen, indem man in den bedrohten Regionen einkommenswirksame Produktionsverhältnisse schaffen half; so hoffte man die sozialen Konfliktsituationen einigermaßen zu mildern.

> „If the first condition of recovery is peace between the countries of the world, the next is peace within each of them and the establishment of conditions which will allay the social unrest that is at present impeding and reducing production, and which will restore social content and with it the will and desire to work."[65]

Die Vorbedingung für die Verwirklichung eines derartigen Aktionsplanes bildete die Bereitwilligkeit der Regierungen in Washington und in London, die Initiative zu ergreifen für die Durchführung eines „comprehensive scheme of international cooperation in the grant of credits"[66]. Eine derartige Bereitschaftserklärung, so hofften die „reconstructionists", würde als Unterpfand dafür dienen, daß die USA und Großbritannien die Weltwirtschaft von politischen Willkürakten, d. h. in erster Linie von

---

Machtpolitik etc.: N. Davis an Wilson, 2. 2. 1919, Davis-MSS., Box 11; Leffingwell an Davis, 6. 5. 1919, Leffingwell-MSS., Box 10, LB 2, ff. 48 ff.; Davis an Rathbone, 9. 12. 1919, Davis-MSS., Box 48.

[65] International Financial Conference, Brüssel, Oktober 1920, CP 1967, S. 6, in: Cab. 24–112, S. 353. Die Resolutionen der Brüsseler Konferenz verraten die Handschrift der englischen Delegierten und Experten.

[66] Zum Keynes-Plan und seinem ‚Schicksal' Keynes, Collected Writings, XVI, S. 428 ff., 437, 448, 465, 472; T 172–988; D. Artaud, Question des dettes, S. 123 ff., 133 ff., 150 ff., 172, 205; Parrini, S. 42 ff.; Levin, S. 144 ff.; Leffingwell an Davis, 28. 4. 1919, Tel.Nr. 1769, Davis-MSS., Box 16 A, File 3; Polk an Davis, 7. 5. 1919, Tel.Nr. 1894, ebenda; Davis/Lamont an Leffingwell, 27. 5. 1919, ebenda; Cecil an Lloyd George, 31. 5. 1919, Lothian-Papers, Scottish Record Office, Edinburgh, GD 40–17, Bd. 70, S. 12 ff.; Brand-Kommentar, 7. 6. 1919, ebenda, S. 16 ff.; Gower-Note, 29. 5. 1919, in: Steel-Maitland-Papers, Scottish Record Office, GD 93/73/5. Cecil-Diary, British Museum, Eintragungen vom 17. 4. und vom 2., 10., 17., und 24. 5. 1919; Foreign Relations, PPC, Bd. V, S. 151 ff. (23. 4. 1919), S. 396 (1. 5. 1919), Bd. VI, S. 521 ff. (9. 5. 1919).

Jahrgang 29 (1981), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1981_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

einer gewaltsamen Eintreibungspolitik in der Reparationsfrage, freihalten wollten. Die „reichen" Siegermächte müßten jener solidarischen Tendenz[67] zum Sieg verhelfen, die sie in den Schlagworten „war to end war" und „world safe for democracy" angekündigt hatten. Blieben die „Reichen" derartigen Grundsätzen verpflichtet, dann könnten sie die weniger begünstigten Partner veranlassen, von überhöhten – spätere Grenzkriege provozierenden – Sicherheitsforderungen Abstand zu nehmen[68] und sich mit Wiederaufbauhilfe zur inneren Konsolidierung zufriedenzugeben.

Doch gerade der „benevolent despotism" solcher anglo-amerikanischen Partnerschaftsaktionen tendierte dazu, in den Empfängerstaaten Ressentiments zu wecken. Die Hoffnung, mit „wirtschaftlicher Vernunft" nationale Aspirationen eindämmen zu können, erwies sich als trügerisch. Die Empfehlung der „reconstructionists" scheiterte freilich auch aus anderen Gründen. In Whitehall fühlte man sich zwar dem Grundsatz verpflichtet, daß konstruktive Innenpolitik die Vorbedingung einer Politik internationaler Zusammenarbeit und Glaubwürdigkeit sei. Die Lloyd George-Koalition zögerte jedoch, den „Kapitalismus" in der Übergangsphase zur Friedenswirtschaft zu zwingen, neue Organisationsformen zu erproben. Dies wiederum konnte die Chancen für die internationale Zusammenarbeit gefährden: Das Ausweichen vor Beschlußfassungen in wirtschafts- und sozialpolitischen Kontroversfragen, etwa im Kohlebergbau, beeinträchtigte die englischen Beziehungen zu Frankreich, Italien und anderen europäischen Staaten; generell verstärkte sich die Tendenz – besonders in der Außenhandels- und Währungspolitik –, das Augenmerk hauptsächlich auf die Bedürfnisse der eigenen Wirtschaft zu richten[69].

---

[67] Die Partnerschaftshilfe – in Form von Anleihen oder Darlehen – sollte den ausgepowerten Staaten die Zuflucht zur Notenpresse ersparen und ihnen helfen, die sozialen Folgen der kriegsbedingten Inflation abzuwehren. Die Kapitalhilfe von außen – die mit Auflagen versehen sein sollte – würde Wege zum inneren Frieden und zur Harmonisierung zwischenstaatlicher Beziehungen in den gefährdeten Regionen bahnen; sie galt als geeignetes Mittel, da es zunächst darum gehe, die Einfuhrüberschüsse der „kapitalarmen" Staaten zu finanzieren. Auf der anderen Seite wußte man, daß eine auf Kredit basierende Prosperität eher eine Gefahr bedeutete. Die Tatsache, daß einige der „neuen" Staaten ihre Ressourcen ohne „Fremdkapital" entwickeln wollten – und zwar auch, um eine unabhängige Außenpolitik zu betreiben (Rumänien) –, unterschätzten die „reconstructionists"; sie gingen davon aus, daß die seit den Balkankriegen ausgezehrten Staaten Kapital zur Erschließung ihrer vernachlässigten Regionen, zur Entwicklung einer Infrastruktur, zur Umdirigierung des Potentials nach ökonomischen statt nach strategischen Gesichtspunkten (vor allem in den sog. Randstaaten des Zarenreiches und den Nachfolgestaaten der Donaumonarchie) benötigten und dieses nicht aus eigener Kraft aufbringen könnten.

[68] J. M. Keynes, The Treatment of Inter-Allied Debt arising out of the war, 20. 3. 1919, § 8, S. 4, in: T 172–988, gedruckt in: Collected Writings, XVI, S. 426. Die Frage, ob nicht nur Sicherheitsgarantien, sondern auch Finanz- und Wirtschaftshilfe seitens der USA und Großbritanniens die französische Politik gegenüber Deutschland hätte mäßigend beeinflussen können, ist in London und in Kreisen der Friedensdelegation erörtert worden; auf französischer Seite scheint eine Diskussion über die Prioritäten jedoch nicht stattgefunden zu haben (z. T. weil konkrete Zusagen bzw. definitive Angebote Wilsons und Lloyd Georges ‚nur' in der Garantiefrage erfolgten); vgl. auch H. Köhler, S. 328 f.

[69] In der Forschung hat sich die Auffassung durchgesetzt, daß „social reform" von politischen Konditionen, wirtschaftlicher Lage usw. und weniger von der Fortführung des „Kriegssozialismus"

Jahrgang 29 (1981), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1981_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

In der Sicht der „reconstructionists" war der „peace effort on a war scale", den sie Lloyd George nahezubringen suchten, nur möglich, wenn man auf dem „Kriegssozialismus", den „controls", weiterbauen konnte; „planned economy" war für sie die Grundlage für die Weiterentwicklung der interalliierten Organisationen zu einem wirtschaftlichen Völkerbund. Die Hinhaltetaktik der Lloyd George-Regierung in den Grundfragen der Reorganisation der englischen Wirtschaftsordnung – entsprechend den von den Reconstruction Committees entwickelten Leitvorstellungen[70] – kam dem Siegeszug der „back to normal"-Devise zugute; die Aufhebung der staatlichen „controls" beseitigte die Ansatzpunkte für eine Institutionalisierung der internationalen Zusammenarbeit.

VIII. Politisch-strategische Interessen und Wirtschaftsinteressen

Kriegserfahrungen und revolutionäre Ereignisse in Deutschland, in Ost- und in Mitteleuropa bewirkten eine Atmosphäre, in der so gut wie niemand in verantwortlicher Position es wagen wollte, die Parole einer Rückkehr zur Gleichgewichtspolitik der Vorkriegszeit als Richtlinie für die englische Friedenskonferenzdelegation auszugeben. Mit dieser Einengung der außenpolitischen Optionen kontrastierte die innenpolitische Konstellation; denn hier konnte sich die „back to normal"-Devise schrittweise Geltung verschaffen[71]. Obgleich Lloyd Georges Absage im Fontainebleau-Memorandum, „we shall never make a lasting peace by attempting to restore the conditions of 1914", dem privatkapitalistischen System ebenso wie der Block- und Einkreisungspolitik galt, blieb sie gegenüber restaurativen Tendenzen in der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik wirkungslos.

Die Politik der „decontrol", die den Triumph der „back to normal"-Parole signalisierte, hatte Konsequenzen für die Führung und für den Inhalt der britischen Außenpolitik[72]. Auf englischer Seite diente das von Unternehmerverbänden, Handelskreisen

(„controls") abhängt; in den Außenbeziehungen bildeten jedoch Reorganisationen der Beziehungen zwischen Staat und Wirtschaft und innerhalb der Industrie einerseits und andererseits (institutionalisierte) internationale Zusammenarbeit einen Zusammenhang.

[70] Die Akten der verschiedenen Reconstruction-Committees sind ausgewertet in der in Anm. 45 genannten Studie von H. I. Schmidt.

[71] Die notwendigen Qualifikationen zur These bietet (abgesehen von den Arbeiten von R. Lowe, Armitage und Johnson) P. K. Cline, Reopening the Case of the Lloyd George Coalition and the Post-War Economic Transition 1918–1919, in: Journal of British Studies, 1971, S. 162–175.

[72] Die Argumentation beruht auf der Voraussetzung, daß für die englische Außenpolitik der Außenhandel wichtige politische Wegbereiter-Dienste leisten sollte. Ferner war vorauszusehen, daß das zur Entwaffnung gezwungene, aber als wirtschaftliche Großmacht tolerierte Deutschland in der auch in Zukunft bedeutsamen „strategischen" Region Mittel-Ost-Europa mit Mitteln der „economic penetration" Macht und Einfluß zu erwerben suchen würde. Daraus kann man folgern – und daraus wurde gefolgert (z. B. in den Debatten über Kriegsziele im Herbst 1916, im Winter 1917/18 und im August 1918) –, daß die englische Außen- und Sicherheitspolitik in die Außenhandelspolitik gewisse Vorgaben der Sicherheitspolitik einbauen müsse, Vorgaben, die der Generalrichtung besser entsprochen hätten als die faktisch erfolgende Kombination von „decontrol" und

Jahrgang 29 (1981), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1981_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und Konservativen lancierte Wunschbild als Instrument, um die Ansprüche der Alliierten an den englischen Geldbeutel (Staatssäckel) abzuwehren[73]. Falls die englische Regierung die staatlichen Kontrollmaßnahmen über die englische Wirtschaft in der Übergangsphase beibehielte, würde sie sich kaum dem Drängen der Kriegsverbündeten widersetzen können, die an die Aufrechterhaltung der interalliierten Versorgungsgremien die Erwartung knüpften, bei der Feststellung von Prioritäten und bei der Verteilung von Rohstoffen, Tonnage etc. wie im Krieg mitzureden. Dies hätte eine im Prinzip gleichrangige Behandlung englischer mit französischen, italienischen und anderen Bedarfsanmeldungen bedeutet[74], und zwar unabhängig von der Zahlungsfähigkeit der in den interalliierten Exekutivorganen vertretenen Mitgliedsstaaten.

„... It is not right ... that an inter-ally body should sit in judgment on the international distribution of British Empire supplies of wool or jute or tin or rubber ... Of course, if Mr. McAdoo (US-Treasury, d. Verf.) accepts our proposal for taking off our shoulders the burden of French and Italian finance the position will be greatly altered. The Americans can justly ask for an inter-ally body to pronounce on the propriety of allocations which they are expected to finance."[75]

Großbritannien hatte ein vitales Interesse an der Koordinierung und Entwicklung der Ressourcen des British Empire und an der Kontrolle der Versorgungslinien. Denn wegen der Abhängigkeit der USA von Kautschuk- oder Zinnimporten aus Teilen des

---

„trade facilities" (Exportförderung in bezug auf die politische Risikozone). Auch wenn die Regierung wünschte, daß die Firmen im Ausland Geschäfte machten, so mußte sie andererseits daran interessiert bleiben, daß dadurch ihr außenpolitischer Handlungsspielraum nicht eingeschränkt wurde. Im politischen Alltag dominierten die Argumente, daß der französische Partner, auf den man die Sicherheitslasten überwälzte, seinerseits englische Handelsinteressen in den Gebieten, in denen französische Truppen stationiert waren („Balkan" und Rheinland), behinderte und so gesehen in der großen Politik und im Außenhandel eine jeweils verschiedene „Moral" praktizierte.

[73] Die Argumentation ähnelt den Begründungen, die die Regierung Ebert-Scheidemann gegen die Sozialisierung aufbot: Man gäbe den Alliierten einen Druckhebel in die Hand, mit dem sie die deutsche Regierung zur Eintreibung und Transferierung der Reparationen zwingen könnte; vgl. G. Schmidt, Effizienz, S. 170f.

[74] Im Fall der Kohlelieferungen prallten unterschiedliche Interessen aufeinander. Wegen der Rückkehr Elsaß-Lothringens und der lothringischen Schwerindustrie stieg der französische Kohlebedarf; Frankreich wünschte gleichsam Kohleimporte zu Discountpreisen, wie sie England während des Kriegs gewährt hatte. Im Umfeld der Bergarbeiterstreiks und der Lohnerhöhungen wollte aber England die Preise für Exportkohle heraufsetzen und die Sonderkonditionen zurücknehmen. Je mehr Frankreich Sachlieferungen von Deutschland eintrieb (Kohle, Holz), desto stärker unterstützte England die deutsche Forderung, Reparationskohle zu „fairen" Preisen zu verrechnen (u. a. um die Chancen englischer Exportkohle zu verbessern). Ferner erzielte die französische Regierung Profite aus der Preisdifferenz zwischen den (von England) subventionierten Kohleimporten aus England und dem Weiterverkauf an französische „Verarbeiter"; das spielte eine Rolle bei dem Vorstoß, die Stützungshilfe für den Franc („pegging") im März 1919 einzustellen. G. Soutou, Seydoux-Projekt, S. 239f.; ders., Problèmes concernant, S. 585ff.; Rodd an Curzon, 30. 5. 1919, FO 800-15B; Cecil-Diary, 2. 5. 1919; Jones/Geddes-Memorandum, GT 7180, 2. 5. 1919, in: Cab. 24–78, S. 341ff.

[75] Keynes an Chamberlain, 19. 4. 1918, C.I.C. 3, in: Cab. 21–123; Keynes, Collected Writings, XVI, S. 289/290.

Jahrgang 29 (1981), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1981_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

British Empire eröffnete sich für Großbritannien die Perspektive, daß die Ausfuhren in die USA die Dollarreserven der zum Sterling-Währungsraum gehörigen Gebiete des British Empire aufstocken würden. London – die City, die Bank von England und die Regierung – hätte für den Fall, daß die englisch-amerikanischen Beziehungen von der Schuldenfrage her eine Wendung zum Nachteil Großbritanniens nähmen, ein Druckmittel in Reserve: Man konnte durch Preissteigerungen für Kautschuk oder Zinn einen von den USA erzwungenen höheren Dollarbedarf Englands den USA als abhängigem Importeur selbst wieder aufbürden. Um diesen Spielraum gegebenenfalls nutzen zu können, bestand für London ein weiterer Anlaß, die Rohstoff-Frage alliierter Mitbestimmung zu entziehen.

Die englische Außenwirtschaftspolitik zielte darauf ab, die Verzerrungen in der Handels- und Zahlungsbilanz zu korrigieren; diese gingen auf die von den Erfordernissen der Kriegführung bedingten Umleitungen der Warenströme (Konzentration auf Importe aus Nordamerika aufgrund der Engpässe in der Tonnagefrage) und generell auf die Priorität der Kriegsproduktion gegenüber den Export- und Konsumgüterindustrien zurück. Das Hauptaugenmerk galt dem Bestreben „to make good losses of imports due to sales of securities abroad and provide for the new claims created by our borrowing abroad"[76]. Die auf Exportexpansion und Wiederaufnahme der Auslandsinvestitionen gerichteten wirtschaftlichen Zielsetzungen der englischen Regierung implizierten, daß die im Krieg als notwendig akzeptierte Koppelung zwischen politisch-strategischen Bündnisinteressen[77] und Wirtschaftsinteressen so schnell und so weitgehend wie möglich gelöst wurde. Selbst die Asquith-Regierung, die aus politisch-strategischer Räson weitreichende Verpflichtungen insbesondere gegenüber dem französischen Verbündeten auf sich genommen hatte, war dennoch bestrebt geblieben, die Resolutionen der Pariser „Economic Conference" vom Juni 1916 restriktiv zu interpretieren:

> „We are left practically free in this country to pursue the policy which is best adapted and most suited to our own economic and industrial needs."[78]

---

[76] Board of Trade-Memorandum, Proposed Trade Policy, GT 7906, in: Cab. 24–86, S. 97–105.

[77] Englands Interesse an der Stabilisierung des Pfund-Kurses schloß ein, daß die deutsche Mark nicht zu tief stürzte; denn wenn die deutsche Währung zusammenbrach – aufgrund „überhöhter" Reparationszahlungen –, dann würde der deutsche Export dank des Währungs-Dumping die englische Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigen. Aufgrund solcher „struktureller" Faktoren stand Englands ökonomisches Eigeninteresse in einem Gegensatz zu französischen Intentionen, die Reparationszahlungen als Mittel der Sicherheitspolitik (zur Schwächung der deutschen Wirtschaft) zu nutzen.

[78] Asquith, 27. 6. 1916, House of Commons, Bd. 86, Sp. 341. Die Studien von Bonwetsch, Wendt, Bunselmeyer überschätzen die verbalen Bekundungen zugunsten „imperial preference", „state intervention", „allied solidarity" etc. und unterschätzen den dilatorischen Charakter der Formelkompromisse, auf denen die Kriegskoalitions-Regierungen beruhten; hierzu H. I. Schmidt (Anm. 45); B. Bonwetsch, Kriegsallianz und Wirtschaftsinteressen. Die Stellung Rußlands in den Wirtschaftsplänen Englands und Frankreichs 1914–1917, Düsseldorf 1973; B. J. Wendt, War Socialism. Erscheinungsform und Bedeutung des Organisierten Kapitalismus in England im Ersten Weltkrieg, in: H. A. Winkler (Hrsg.), Organisierter Kapitalismus, Göttingen 1974, S. 117–149.

Jahrgang 29 (1981), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1981_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Mit der faktischen Suspendierung des Kriegszustandes – sichtbar in der beschleunigten Demobilmachung der Streitkräfte seit dem Waffenstillstandsabkommen vom 11. November 1918 – wurde die englische Außenhandels- und Finanzpolitik maßgeblich von Erwägungen bestimmt, wie Großbritannien am besten seine Position in der Weltwirtschaft zurückerobern und behaupten könne. Die geradlinige Absichtserklärung der Asquith-Bonar Law-Koalition fand Widerhall in den noch unverhohleneren Regierungserklärungen nach dem Waffenstillstand. „We must think of what is best for our own people."[79] Die Kluft, die sich zwischen bündnispolitischen und nationalökonomischen Geboten in der englischen Politik – ausweislich der zitierten Stellungnahmen der Führer der Koalitionsregierung, Lloyd George und Bonar Law – auftat, läßt sich in einer Reihe von Fällen beobachten[80]. Besonders markant ist das Argument, England könne seine Exporterlöse nur dann erheblich steigern, wenn es zahlungskräftige Kunden, vor allem Hartwährungsländer, beliefere; zu diesem exklusiven Kreis bevorzugter Handelspartner zählten die England gegenüber bereits stark verschuldeten Verbündeten – Frankreich, Italien, Serbien usw. – gerade nicht[81].

> „Mr. Chamberlain pointed out that it was preferable to stimulate the export of goods to neutral countries rather than to the Allies, and thus keep the transaction on a cash basis, rectify our exchanges, and get trade flowing."[82]

Trugen die wirtschaftspolitischen Verhältnisse und Zielformulierungen wenig dazu bei, die Aufrechterhaltung der Bündnisbeziehungen attraktiv zu machen, so sorgten umgekehrt politische Zweckargumente dafür, daß bereits im Frühsommer 1919 das Interesse an intensiven Wirtschaftsbeziehungen mit den Mittelmächten wiederauflebte. Die Aussicht auf vorteilhafte Investitionen in Deutschland und in Österreich, das Interesse, Absatzmärkte für die wegen überhöhter Produktionskosten benachteiligten englischen Exportindustrien zu finden, die Rückbesinnung auf die Funktionen

---

[79] Lloyd George, 2. 9. 1920, in: Cab. 21–173; Lloyd George, 17. 2. 1919, im Committee on Unemployment; Lloyd George, 13. 4. 1919, in: Mantoux, I, S. 244; Bonar Law, 5. 3. 1919, House of Commons; Bonar Law, 12. 2. 1919, WC 531, in: Cab. 23-9; Cecil-Diary, 6. 3. 1919; G. A. Riddell (Hrsg.), Lord Riddell's Intimate Diary of the Peace Conference and After, New York 1934, S. 28f. Daß diese Haltung auf die „relief measures" durchschlug, ist schon erwähnt worden (Anm. 17b).

[80] „In the final report (des Balfour of Burleigh-Committee, d. Verf.) ... Allied solidarity was almost entirely forgotten ... it was the industrial and commercial situation of Great Britain which took the dominant place"; W. K. Hancock, Survey of British Commonwealth Affairs, Bd. II: Problems of Economic Policy 1918/1939, Oxford 1964 (reprint), S. 97. Die englischen wirtschaftlichen Interessen (Regierungsressorts und Verbände) forderten dazu auf, die Politik der „decontrol" im Innern durch die Lockerung der Blockade nach außen abzurunden und den englischen Exporteuren die Chance zu geben, auf den europäischen Märkten „vor der Haustür" Fuß zu fassen – man solle den Zeitvorteil gegenüber den Amerikanern nicht verschenken!

[81] Habil-Schrift des Verf., S. 586ff.; EDDC, Nr. 51, § 18, S. 7, in: Cab. 27–44; Cunliffe-Committee-Report, zitiert von Chamberlain in seiner Antwort an die Paish-Parmoor-Deputation, 13. 11. 1919, in: T 172–1011; Chamberlain, 15. 12. 1919, House of Commons; Geddes/Board of Trade-Memorandum, GT 7906, in: Cab. 24–86, S. 97–105; Minutes of Meeting, Committee on Unemployment, 18. 2. 1919, GT 6835, Cab. 27–58, S. 16; Chamberlain an Curzon, 11. 4. 1919, in: T 172–1058.

[82] A. Chamberlain, 18. 2. 1919, GT 6835, S. 19, in: Cab. 27–58.

Jahrgang 29 (1981), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1981_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Deutschlands im Wirtschaftsaustausch zwischen dem British Empire, Großbritannien und Mittel-Südosteuropa sowie der Verdruß über verschiedene Aspekte der französischen Außenwirtschaftspolitik – all diese Elemente vereinten sich in der Ideologie des „economic appeasement":

> „It was in our interest to see that the present German Government, which is anti-militarist, should be enabled to get firmly established and it could only do this if trade relations were freely renewed."[83]

Die hier angedeutete politisch-ökonomische Option wurde in eine historische Perspektive eingebettet. Das historische Argument lautete, daß die „Tariff Reform"-Kampagne vor 1914 und die Gerüchte über die Absicht der Alliierten, den Wirtschaftskrieg nach dem militärischen Krieg fortzuführen, die unheilvolle Allianz zwischen Militarismus und „Big Business" in der deutschen Politik zementiert habe[84]. Die Schlußfolgerung daraus war, vor einer wirtschaftlichen Offensive gegen Deutschland zu warnen und dementsprechend Distanz zu wahren gegenüber sicherheitspolitisch motivierten Ansinnen Frankreichs.

Die Distanzierung von Bündnisinteressen einerseits und wiederauflebende Interessen am Kontakt mit Deutschland sind vergleichsweise weniger bedeutsam als ein dritter Trend. Je deutlicher sich im Lauf des Jahres 1919/20 die katastrophale wirtschaftliche Lage in Europa abzeichnete, desto stärker drängten die englischen Wirtschaftsinteressen (FBI, NCEO) und die Wirtschaftsressorts (Board of Trade, Department of Overseas Trade) auf direkte (finanzielle) Hilfsmaßnahmen der englischen Regierung zugunsten der englischen Industrie:

> „One fact of the big problem of carrying Europe through what lies ahead is the carrying through of this country ... The Board of Trade point of view must necessarily be so focused, so narrowed down, that it looks at British industry as the first and almost the only thing it has to think of."[85]

Nach mehrmonatigen Auseinandersetzungen (vom April bis zum August 1919)[86] setzte sich das Board of Trade mit seinem Programm der Exportförderung gegen die

[83] Derby an Curzon, 16. 9. 1919, in: FO 800-15B, Nr. 53; vgl. Emmott, 5. 3. 1919, GT 6925, Cab. 27–58, S. 32: „It was absolutely necessary for us to do something to steady Germany at the present time and ... the best way of doing so was to give her trade a chance." Anläßlich einer Lagebesprechung am 8. 3. 1919 kamen Lloyd George, Chamberlain, Cecil und Hankey zu ähnlichen Ergebnissen, vgl. Cecil-Diary, 8. und 12. 3. 1919. Der Streit mit Frankreich um die Nahrungsmittellieferung an Deutschland, die Verwendung deutscher Goldreserven und Handelstonnage ist in diesem Zusammenhang zu sehen.

[84] Die innerenglische Debatte über das Ausmaß und die Instrumente der Implementierung der Resolutionen der Alliierten Wirtschaftskonferenz vom Juni 1916 berücksichtigte zwei Rahmenbedingungen: die Aussicht auf Mitwirkung der USA an Kooperationsprojekten und die Rückwirkung auf das Interesse, in Deutschland eine „gute" („orderly and progressive") Regierung zu begünstigen; vgl. die Habil-Schrift des Verf., Kap. „Die Ideologie des ‚economic appeasement'".

[85] Geddes, 13. 11. 1919, in: T 172–1011, S. 20/21.

[86] Der Entwurf des Board of Trade wurde im Kabinett am 16./17. 4. 1919 erörtert; Chamberlain präsentierte Lloyd George den Keynes-Plan am 17. 4. 1919; die Beschlußfassung im Kabinett über den Plan des Handelsministeriums erfolgte am 5. 8. 1919.

Jahrgang 29 (1981), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1981_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

von Keynes und dem Schatzamt vorgelegten Projekte eines internationalen Kreditfonds zur Belebung der Volkswirtschaften und zur Wiederherstellung der freien „international economy" durch[87].

Obgleich dem Board of Trade und dem englischen Kabinett die Bedürfnisse der europäischen Länder bekannt waren, fanden sie sich damit ab, daß deren Anforderungen „could not generally be made (to) fit with the condition of giving employment in this country. Their real requirement is cash at their own free disposal"[88]. Weder Lloyd George noch das Schatzamt oder das Board of Trade und deren industrielle „constituency" wollten ungebundene Anleihen bereitstellen. Im verständlichen Bestreben, nicht mit englischen Krediten oder Steuergeldern in den Empfängerstaaten die direkte Konkurrenz zu ihrem eigenen Warenangebot zu fördern[89], hörten sie nicht auf Argumente, wonach Kapital- und Entwicklungshilfe die von Kriegsspuren gezeichneten „neuen" Staaten instandsetzen könnten, die Friedensproduktion wieder aufzunehmen und damit die allgemeinen Bedingungen für den Aufschwung des Welthandels zu verbessern.

Im Gegenteil: Die englische Politik versuchte, den Spieß umzukehren. Lloyd George lancierte einen derartigen Gegenstoß, als er Beneš – gewiß auch unter taktischen Gesichtspunkten – vorhielt, daß England und die Dominions, falls sie allein den Schuldendienst für die im Interesse der Kriegsallianz eingegangenen finanziellen Verpflichtungen (Verschuldung gegenüber den USA) zu tragen hätten, ihre Landwirtschaft und ihre Industrie durch Steuerabgaben entsprechend höher belasten müßten. Die Folge wäre, daß die Landwirte und Unternehmen im British Empire gegenüber der ausländischen Konkurrenz benachteiligt sein würden. Lloyd George kündigte daher den Regierungen der Nachfolgestaaten an, daß seine Regierung von ihnen die Übernahme eines Anteils an den Reparations- und Schuldenregelungen erwarte. Er beant-

[87] Board of Trade, Export Credits (Guarantee and Insurance) Bill, GT 7112, 15. 4. 1919, in: Cab. 24–78; der Entwurf trat am 8. 9. 1919 als Gesetz-Overseas Trade (Credit and Insurance) Act – in Kraft; die Laufzeit war zunächst auf 3 Jahre festgelegt. Vgl. Johnson, S. 364ff.; Cmd. 620 (1920). Den Unterschied zwischen den Zielsetzungen des Keynes-Plans und den vom Board of Trade angestrebten Zielen hob Chamberlain gegenüber Cecil hervor, 22. 4. 1919, in: T 172–988. Siehe ferner WC 606 A, 5. 8. 1919, in: Cab. 23–15, S. 172; WC 557 und 558, 16/17. 4. 1919, in: Cab. 23–10; G 237, 14. 3. 1919, § 20, S. 4, in: Cab. 27–58. Das Board of Trade betonte, daß die Ausgaben für Erwerbslosenunterstützung wöchentlich (im Frühjahr 1919) £ 1200000 betrugen; mit dem vorgeschlagenen Versicherungsfonds in Höhe von £ 26000000 (für eine dreijährige Laufzeit) würde man die Arbeitslosigkeit wirksamer bekämpfen können; außerdem würde die Exportrisikoversicherung- anders als die „unproduktive" Auszahlung von Arbeitslosengeldern – der Staatskasse neue oder bessere Steuerzahler (mit der Erhöhung der Beschäftigung) rekrutieren. Zur Inanspruchnahme des Fonds s. M. L. Recker, England und der Donauraum, Stuttgart 1976.

[88] WC 557 und 558, 16./17. 4. 1919, in: Cab. 23–10; GT 7112, 15. 4. 1919, in: Cab. 24–78. Das US-Schatzamt wollte mit der War Finance Corporation gleichfalls für Rahmenbedingungen sorgen, um „reasonable long term credits for the movement of manufactured goods out of America" zu mobilisieren. Den USA und dem Board of Trade ging es nicht um „lending in aid of Europe", sondern um die Begünstigung von Fertigwarenexporten nach Europa; Leffingwell-Memorandum, 6. 5. 1919, Leffingwell-MSS., Box 10; vgl. Parrini, S. 55, 86ff.; Abrahams, S. 134ff.

[89] Weir an Lloyd George, 23. 11. 1920, in: Lloyd George-MSS., F 175/4, S. 12; vgl. CP 360 (23), Juli 1923, Board of Trade-Memo., re Imperial Conference, in: Cab. 23–46, S. 240.

Jahrgang 29 (1981), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1981_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wortete die Forderung, Großbritannien und das British Empire sollten den Verbündeten finanziellen Beistand, d. h. Aufbaudarlehen aus englischen Steuergeldern gewähren, mit der Gegenrechnung, daß die englische Regierung gedenke, von ihren Schuldnern – ebenso wie von Deutschland und den anderen Feindstaaten – einen Beitrag zum Abbau der englischen Steuerlastquote einzuholen[90].

IX. England und Frankreich

Politisch-strategische Interessen und wirtschaftspolitische Gesichtspunkte traten in der englischen Außenpolitik deutlicher auseinander[91]. Die einsetzende Abrüstung, die im Juli/August 1919 vom Finanzausschuß des Kabinetts und vom Kabinett vorwiegend aus Gründen der Budgetpolitik und der Befriedung sozialer Unruheherde beschlossen worden war, akzeptierte bewußt die englische Abhängigkeit von Frankreichs Militärmacht als Sicherheitsfaktor[92]. Die für die englische (Außen)Wirtschaftspolitik Verantwortlichen, die gleichzeitig die Rolle der City als Steuerungszentrum des Welthandels untermauern, die Pfundwährung als Leit- und Reservewährung kräftigen und die Chancen des Exporthandels verbessern wollten, stellten sich jedoch der französischen kontinentalen Sicherheitspolitik in anderer Hinsicht in den Weg. Mit der Aufhebung der Unterstützungsaktion („pegging") für den französischen Franc im März 1919[93] begann eine Reihe von Pressionsmanövern gegenüber Paris; sie verfolg-

[90] Lloyd George an Smuts, 26. 5. 1919, über ein Gespräch mit Beneš, in: Lloyd George-MSS., F 45/9/37. Die Federation of British Industries ersuchte die Regierung, von den befreiten Staaten gleichsam eine Abgabe zu verlangen, um Großbritannien für die „Kriegsopfer" zu ihren Gunsten zu entschädigen; GT 6822, 30. 1. 1919, in: T 172–903; GT 6854, 18. 2. 1919, in: Cab. 24–75, S. 237ff.

[91] Die folgenden Ausführungen beruhen auf der Deutung, daß die englische Sicherheitspolitik sich auf die Schicksalsgemeinschaft mit Frankreich verließ. Zu prüfen ist, ob die englische Politik in wichtigen Fragen das Zusammengehen mit Frankreich praktizierte oder ob wirtschaftliche Interessen – in Verbindung mit „Verärgerung" über französische Aktionen im Bereich der Sicherheitspolitik – die politische Vorgabe im Einzelfall durchkreuzten. Zur französischen Politik St. Schuker, The End of French Predominance in Europe. The Financial Crisis of 1924 and the Adoption of the Dawes Plan, Chapel Hill 1976; C. A. Wurm, Die französische Sicherheitspolitik in der Phase der Umorientierung 1924–1926, Frankfurt/Bern 1979; J. Bariéty, Les Relations franco-allemandes après la première guerre mondiale, Paris 1977; H. Köhler, Novemberrevolution. Dem Verf. geht es an dieser Stelle nur darum, erneut auf das Problem aufmerksam zu machen, und zwar gegenüber der Tendenz von Trachtenberg, McDougall, S. Marks, die englische Politik als kurzsichtig und „profitgierig", ohne jeden sicherheitspolitischen Fixpunkt, zu charakterisieren.

[92] G. Schmidt, Strategie und Außenpolitik des „Troubled Giant", in: MGM XIV (1972), S. 200–220; ders., Britische Strategie und Außenpolitik. Wahlchancen und Determinanten britischer Sicherheitspolitik 1897–1929, in: MGM IX/1 (1971), S. 197–218.

[93] Auf Empfehlung des Schatzamtes hatte die englische Regierung beschlossen, „to unpeg the £:$ exchanges" (mit Wirkung zum 20. 3. 1919). „Thus it was quite impossible that we should undertake to support the French franc in its highly artificial and insecure position"; A. Chamberlain an Montagu, 31. 3. 1919, in: T 172–1025. Montagu stand in Kontakt mit House und Rothschild und hatte versucht, die französische Regierung zu überreden, die Stützung des Franc-Kurses einzustel-

Jahrgang 29 (1981), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1981_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ten unter anderem auch das Ziel, Frankreichs Wirtschaftspolitik am englischen Beispiel einer gesunden Finanzpolitik[94] auszurichten oder aber Frankreich daran zu hindern, auf wirtschaftlichem oder finanziellem Gebiet ein Gegenstück zur militärischen Vorrangstellung auf dem europäischen Kontinent zu schaffen[95].

In der hektischen Phase der Friedenskonferenz, im Februar/März 1919, prallten England und Frankreich also nicht nur in der Frage der West- und Ostgrenzen Deutschlands, wegen der Anteile an den Reparationszahlungen und wegen der Nahrungsmittellieferungen an Deutschland (im Zeichen der Eindämmung der sog. bolschewistischen Gefahr) aufeinander, sondern es kam auch zu heftigen Kontroversen wegen des englischen Rückzugsgefechts vom Währungsstützungsabkommen[96].

---

len. Die Weigerung des US-Kongresses, weiterhin die Arrangements aus der Kriegszeit zu tolerieren, beeinflußte die englische Entscheidung. Die Gründe für den Schritt waren unterschiedlich. Das Board of Trade sprach sich für „unpegging the exchanges" aus, weil die amerikanische Finanzhilfe den Warenstrom nach England hatte anschwellen lassen; nach Kriegsende sei es aber nicht nötig, amerikanische Exporte nach England zu unterstützen. Das gleiche Argument hielt das US-Schatzamt Hoover entgegen, dem es um den Absatz amerikanischer Agrarüberschüsse auf den europäischen Märkten ging. Andere in der englischen Regierung befürchteten, daß das Pfund im Verhältnis zum Dollar absacken könnte und die Nahrungsmittelimporte entsprechend verteuert würden. Gegen überhöhte amerikanische Exporte wollte das Board of Trade Schutzmaßnahmen ergriffen sehen: WC 609 A, 8. 8. 1919, in: Cab. 23–15, S. 214ff.; Geddes-Committee on Unemployment, 14. 3. 1919, G 237, S. 3, in: Cab. 27–58. House ließ sich von Klotz' Vorstellungen soweit beeindrucken, daß er auf Lloyd George Druck ausübte, Frankreich während einer Überbrückungszeit Beistand zu gewähren. Frankreich hatte eine Unterstützung des Franc im Ausmaß von 100000000 Pfund beansprucht. Keynes, Chamberlain, Lloyd George, Churchill u. a. dachten nicht daran, den maßlosen Anspruch zu erfüllen. Man sah keinen Anlaß, die Franc-Parität auf einem überhöhten Niveau zu halten oder Frankreich zu erlauben, kostengünstig zu importieren. Da die englische Regierung den Kapitalmarkt für eigene Vorhaben – Victory Loan – reservieren wollte, schied die Möglichkeit, eine französische Staatsanleihe in London aufzulegen, vorerst aus. Auf englischer Seite wertete man die französische These, ohne die beantragte Hilfe müsse Frankreich Konkurs anmelden, als plumpes Erpressungsmanöver; Keynes, Collected Writings, XVI, S. 410ff.

[94] Exponent dieser „lehrerhaften" Interventionspolitik war Sir John Bradbury; sein Name stand stellvertretend für die Eigenheiten englischer Außenwirtschaftspolitik, die man auf französischer Seite abstoßend fand („... as at one time our financiers like Bradbury thought they could teach the French their methods of finance" – Botschafter Tyrrell an Vansittart, 11. 2. 1930, in: FO 371–14 365, C 1234/230/18, über ein Gespräch mit Serruys); vgl. R. Boyce, Britain's First „No" to Europe. Britain and the Briand Plan 1929–30, in: European Studies Review X (1980), S. 28.

[95] Die Handhabung der Kriegsschuldenfrage bietet dafür das meiste Anschauungsmaterial, vgl. C. A. Wurm, Französische Sicherheitspolitik, S. 55ff.

[96] WC 536 A, 25. 2. 1919, in: Cab. 23–15, S. 21ff.; WC 564, 8. 5. 1919, in: Cab. 23–10, S. 37; Cecil-Diary, 4. 3. 1919; House-Diaries, Bd. 15, Eintragungen vom 24. 2., 25. 2., 28. 2., 7. und 12. 3. 1919; Chamberlain an Montagu, 31. 3. 1919, T 172–1025; Keynes, Collected Writings, XVI, S. 406ff.; Rathbone an Davis, 6. 3. 1919, Leffingwell-MSS., Box 8, LB 3, ff. 475–478; Rathbone an Davis, 17. 3. 1919, ebenda, Box 9, LB 1, ff. 323–335 (die amerikanische Version der Gründe der „pegging crisis"); Rathbone an Davis, 12. 2. 1919, ebenda, Box 8, LB 2, ff. 201–205; Rathbone an Blackett (London), 6. 3. 1919, ebenda, Box 8, LB 3, f. 481. Die Zusage des US-Schatzamtes vom 6. 3. 1919, „to establish credits from time to time in favour of Great Britain (limited to $200000000) in order to facilitate an arrangement whereby Great Britain could extend further credits to France", erleichterte die Aushandlung eines Kompromisses zwischen Chamber-

Jahrgang 29 (1981), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1981_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die englische Regierung hatte sich generell für die Einstellung der Kreditexpansion und der Kredithilfe – besonders an die europäischen Verbündeten – entschieden, da sie es buchstäblich leid war, die Rolle der Melkkuh für diese „easy-going comrades-in-arms" zu spielen. Man ließ die Verbündeten frühzeitig – Anfang Dezember 1918 – wissen, daß sie auf keine neuen Kredite rechnen, sondern lediglich die Abwicklung bestehender Verpflichtungen erwarten dürften[97]. Whitehall bezweckte mit der Ankündigung, die Alliierten dazu anzuhalten, ihre Prioritäten zu überprüfen und insbesondere ihre Ansprüche an die englische Hilfsbereitschaft, vor allem an die Treasury, beizeiten herunterzuschrauben[98]. Die Regierung erklärte sich zwar bereit, über Übergangsregelungen zu verhandeln; doch aus dem Wunsch heraus, die Kreditaufnahme für politisch motivierte Zielsetzungen generell zu reduzieren, setzte das Schatzamt immer häufiger die Margen fest, ohne die Verbündeten zu konsultieren. In den meisten Fällen waren diesen einseitigen Festlegungen ähnliche amerikanische, vor allem auch an die englische Adresse gerichtete Standortbekundungen vorausgegangen[99].

In Übereinstimmung mit den Ratschlägen des amerikanischen Schatzamtes verwies auch die Treasury in London offizielle französische oder polnische Gesuche auf den Weg der Privatanleihen auf dem Kapitalmarkt; die Petenten sollten ihren Kreditbedarf über die City decken[100]. Die Regierungsämter erhofften sich dabei, daß die Citybanken auf bestimmte Gegen- oder gar Vorleistungen insistieren würden; zu diesen Bedingungen zählten Verpflichtungen, den Staatshaushalt zu sanieren und die Normen der internationalen Verkehrswirtschaft zu respektieren. Das Schatzamt wußte, wie

lain, Klotz und N. Davis (am 13. 3. 1919): Das Kabinett autorisierte Chamberlain, 2000000 Pfund zur Stützung des Franc und zur Kreditfinanzierung französischer Einkäufe über englische Departments zuzusagen.

[97] A. Chamberlain, 2. 12. 1918, in: Cab. 21–123; vgl. D. Hunter-Miller, My Diary at the Conference of Paris, 1924, Bd. I, S. 26 (Bonar Law, 3. 12. 1918).

[98] Chamberlain-Memo., 2. 12. 1918, Cab. 21–123; EDDC, Nr. 51, § 18, S. 7; Hunter-Miller-Diary, I, S. 25ff.; A. Sauvy, Histoire économique de la France entre les deux guerres, Paris 1965, Bd. I, S. 41. Die US-Treasury informierte London – nach Vorankündigungen im Juni/Juli 1918 –, daß sie die „advances" einstellen, aber eine Kreditlinie („special credits") im Umfang von 250 Mill. Dollar einräumen wolle; Rathbone an Lever, 18. 12. 1918, Leffingwell-MSS., Box 7, LB 1, ff. 309–310; Rathbone an Davis, 17. 3. 1919, ebenda, Box 9, LB 1, ff. 323–325.

[99] Das Schatzamt in London und die US-Treasury zeigten sich besorgt über ihre Schwierigkeiten, Gelder zu beschaffen, die sie für „internal requirements" brauchten. Ihre Bereitschaft, anderen Regierungen Beistand zu leisten, war auf Beträge beschränkt, die ihrer Ansicht nach als Flankenschutz ausreichen sollten, um Paris, Rom u. a. zu helfen, die Staatsausgaben zu reduzieren; Chamberlain an Montagu, 31. 3. 1919, in: T 172–1025; Rathbone an Lever, 4. 12. 1918, Leffingwell-MSS., Box 6, LB 3, f. 374.

[100] Rückkehr zu den „ordinary channels as soon as possible" lautete die englische und die amerikanische Devise. Außer den zuvor genannten Zeugnissen vgl. Geddes, 5. 8. 1919, WC 606, in: Cab. 23–11. Chamberlain – 1. und 29. 7. 1919 im Kabinett, 13. 11. 1919 in der Antwort an die Paish-Parmoor-Deputation, 3. 2. 1920 gegenüber den „Memorialists" und 11. 4. 1919 in seinem Brief an Curzon – verknüpfte seine finanztechnischen Argumente mit harten Urteilen (Vorurteilen) über die Korruptheit der Empfängerstaaten, den Mißbrauch der Kapitalhilfe für Rüstungszwecke etc.; die Pläne des Board of Trade beurteilte er negativ, weil die Exportversicherung sich als verdeckte Staatsanleihe entpuppen würde, denn auf der Gegenseite stehe hinter den Handelspartnern eine Regierungsagentur (vgl. T 172–1011; Cab. 24–84, S. 497ff.; T 172–1058).

Jahrgang 29 (1981), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1981_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

begrenzt die Kapazität des Kapitalmarktes war, und konnte deshalb gewiß sein, daß die Bankiers der City die Zahlungsfähigkeit und die wirtschaftlichen Prospekte der hilfesuchenden Staaten sorgfältig prüfen und strenge Maßstäbe bei der Bewilligung anlegen würden. Das Schatzamt setzte sich für seine eigene Budgetkalkulation schon im Frühjahr 1919 die Richtlinie, „that all fresh loans to Allies will have ceased"[101]. Unter Hinweis auf die Ansprüche, die seitens der englischen Regierung an den Kapitalmarkt gerichtet wurden – Victory Loan, Empire Development Loans –, bezeichnete das Schatzamt „a dearth of capital" als unübersehbare Tatsache; das verbiete jede Festlegung auf eine Mitwirkung Englands an internationalen Kredittransaktionen[102].

> „Their Lordships of the Treasury think it well to point out ... that the amount of credit which may be raised in this country is not likely to be at all considerable."[103]

Die „retrenchment"-Politik, die vom Cunliffe-Committee im Interim Report vom August 1918 für den innerstaatlichen und für den internationalen Bereich empfohlen und von der Bank von England unterstützt und aufgegriffen wurde, fand in der Innenpolitik anfänglich noch ihre Grenze an sozial- und gesellschaftspolitischen Gesichtspunkten. Mit dem im Frühsommer 1919 einsetzenden Nachkriegsboom setzte sie sich jedoch über die Restriktionen hinweg – in den Außenbeziehungen hingegen kam die Doktrin bereits kurz nach dem Waffenstillstand zum Tragen. Im Winter 1919/20 gewann der Standpunkt des Schatzamtes und Austen Chamberlains die Oberhand, daß England seine Wirtschafts- und Finanzverhältnisse sanieren und Kreditverpflichtungen ablehnen müsse. Damit schied Bündnis- oder Machtpolitik, ebenso aber auch eine „European reconstruction"-Initiative, die mit finanziellen oder wirtschaftlichen Einsätzen operierte, aus der Liste der Orientierungsmöglichkeiten für die Beeinflussung der europäischen Nachkriegsordnung, für eine positiv-konstruktive Friedensstrategie, weitgehend aus. Es ist eine zweite Frage, ob Privatinitiativen, denen die Regierungspolitik bewußt die Vorhand einräumte, eine auch politisch ins Gewicht fallende Präsenz englischer Interessen in Europa aufzubauen vermochten[104].

---

[101] CP 597, International Financial Situation, vom 9. 2. 1920, in: Cab. 24–84, S. 646; vgl. CP 580, 3. 2. 1920, ebenda, S. 497ff.; Treasury-Memo. on the financial position and future prospects of this country, G 257, S. 4, 18. 7. 1919; die Entwürfe und Vorarbeiten dieses Memorandums datieren vom Februar 1919 und sind auf den Tenor des Zitats abgestimmt. Die ausdrückliche Anweisung ergab sich aus der Feststellung, niemand habe gewußt, nach welchen Kriterien und Prinzipien „loans to Allies ... were made". „At the present moment we are being pressed to assist the Italians, Roumanians, and Serbians, but why we should do so he had not yet been able to discover."

[102] Chamberlain, 18. 6. 1919, WC 580, Cab. 23–10, S. 87; ders., 23. 7. 1919, House of Commons, Bd. 118, Sp. 1373ff. Die ersten enttäuschenden Ergebnisse der Victory Loan-Kampagne schienen das Urteil des Schatzamtes über die finanzielle Situation der Regierung zu bestätigen. Die US-Treasury machte ähnliche Erfahrungen und gab entsprechende Erklärungen und Voten zur „reconstruction"-Initiative der Bankiers (Kent, Vanderlip etc.) ab.

[103] Treasury an Foreign Office, 20. 8. 1919, in: BD, 1st ser., Bd. VI, Nr. 278, S. 375, Anm. 6; vgl. G 248, Treasury-Memo., in: Cab. 24–5, und GT 7729, 18. 7. 1919, in: Cab. 24–84, für Details.

[104] B. J. Wendt, England und der deutsche „Drang nach Südosten". Kapitalbeziehungen und Warenverkehr in Südosteuropa zwischen den Weltkriegen, in: I. Geiss/B. J. Wendt (Hrsg.), Deutschland

Jahrgang 29 (1981), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1981_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

X. Finanz- und währungspolitische Prioritäten und außen(wirtschafts)politischer Handlungsspielraum

In dem Bewußtsein, daß Großbritannien während des Krieges keine Reserven bilden konnte, die dem Pfund als Leit- und Reservewährung die notwendige Stabilität zu geben vermochten, erklärte sich die englische Politik außerstande, ein „European recovery and reconstruction"-Programm zu finanzieren. Sie achtete statt dessen darauf, den Goldabfluß aus London so weit wie möglich in Grenzen zu halten. Der Kampf um die Stabilisierung des Pfundes schloß Kredithilfen an andere Staaten zumindest solange aus, bis die englischen Exportindustrien die ihnen zugewiesene Aufgabe erfüllten, zum Ausgleich der Zahlungsbilanz beizutragen, insbesondere Devisenüberschüsse im Handel mit Hartwährungsländern zu erzielen, und bis die England verbliebenen Auslandsguthaben und Auslandsinvestitionen wieder Gewinn abzuwerfen begannen. Solange England den USA und anderen Hartwährungsländern gegenüber verschuldet bleibe, wäre es verhängnisvoll, so argumentierte das Schatzamt beharrlich, wenn England seinen zahlungsunfähigen und zahlungsunwilligen Schuldnern langfristige Kredite einräumte, d. h. verlorene Zuschüsse ohne Erfolgskontrolle gewährte. Diese Vorbehalte und Einwände waren generell an eine Art Generalklausel gekoppelt: Die englische Regierung wollte in allen Projekten für die Wiederherstellung der Weltwirtschaft oder zur Garantie der im Friedensvertrag geregelten europäischen Neuordnung (im Rahmen des Völkerbundes) ihre Entscheidung in der Schwebe halten, bis der mächtige Verbündete und Rivale – die USA – vorausgegangen sein und sich festgelegt haben würde[105]. Angesichts des Zögerns der USA wollte London weder territoriale Bestimmungen garantieren noch „any guarantee of any Government loan for any foreign exchequer" übernehmen.

Das Schatzamt schien damit nachträglich den Kritikern der „totalen Mobilma-

---

in der Weltpolitik des 19. und 20. Jahrhunderts (Festschrift für Fritz Fischer), Düsseldorf 1973, S. 483–512. In diplomatischen und in Wirtschaftskreisen Englands gab es Bestrebungen, den Kampf um Einflußzonen aufzunehmen, ohne dadurch den Staatshaushalt direkt zu belasten. Das bevorzugte, da wirkungsvollste Einflußmittel bildete der Versuch, die Ernennung britischer Finanzberater oder Währungsexperten bei den Regierungen in Prag, Belgrad u. a. O. zu erreichen. Sie galten als „ungekrönte Könige" im Gastland, und mancher neigte zum Vergleich mit der Rolle englischer „Ratgeber" in Ägypten, Persien, China oder der Türkei vor 1914; siehe z. B. BD, Bd. VI, Nrs. 1, 23, 61, 192, 316, 359, 379. Vgl. M. L. Recker, England und der Donauraum 1919–1929, Stuttgart 1976.

105 Meeting of Ministers, 18. 11. 1919, in: Cab. 23–18, S. 103 ff.; vgl. auch Lord Reading an Britische Botschaft in Paris, 31. 12. 1918, GT 6536, in: Cab. 24–72, S. 102 ff.; ferner Curzon an Grey (Washington), 21. 11. 1919, in: BD, Bd. VI, Nr. 295, S. 396 ff. Chamberlain wollte es zur Regel machen, daß England an Weltwirtschaftskonferenzen nur dann offiziell teilnehmen sollte, falls auch die US-Regierung vertreten sein würde; andernfalls stehe zu befürchten, daß Großbritannien Gefahr läuft, von allen Seiten bedrängt zu werden, finanzielle Zusagen zu geben, um den erfolgreichen Abschluß der Konferenz zu retten; Chamberlain, 3. 2. 1920, CP 580, in: Cab. 24–84, S. 506 ff., 511, 513, 531 ff.; Chamberlain, 13. 11. 1919, in: T 172–1011, S. 18/19; Hawtrey-Memorandum, 26. 1. 1920, in: T 172–1157.

Jahrgang 29 (1981), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1981_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

chung" (McKenna, Runciman) die Berechtigung ihrer Warnung zu bestätigen, welche Lloyd George in der Krise des Herbstes 1916 mit dem Bemerken abgetan hatte, eine Nation, die vier Milliarden Pfund Sterling Auslandsguthaben in die Waagschale werfen könne, dürfe und brauche sich nicht durch Handels- und Kapitalexportinteressen von ihrer Aufgabe abbringen lassen, den Krieg durch forcierte Mobilmachung zu verkürzen und zu gewinnen. Daran enthüllt sich das Dilemma der britischen Friedensstrategie: Mit der Bildung des Kabinetts Lloyd George hatten Ende 1916/Anfang 1917 jene Tendenzen die Oberhand gewonnen, die die deutschen *und* amerikanischen Friedensfühler abwiesen, weil die Alliierten zum damaligen Zeitpunkt keinen ausschlaggebenden Einfluß auf die Gestaltung Mittel- und Osteuropas hätten nehmen können. Durch die Anspannung aller Kräfte für einen Siegfrieden sorgten sie freilich (unbeabsichtigt) für einen Gesamtzustand, in dem England nach der deutschen Niederlage kaum noch Reserven für eine Starthilfe an die befreiten Völker verfügbar hatte, um deren Unabhängigkeit zu konsolidieren und sie gegenüber künftiger deutscher ökonomischer und politischer Durchdringung abzuschirmen[106].

XI. Abhängigkeiten von den USA

Von den möglichen – da traditionell verwendeten – Instrumenten englischer Einflußnahme auf Vorgänge außerhalb des „Formal Empire" – nämlich Anknüpfung von Handelsbeziehungen, Unterstützung national-staatlicher Bestrebungen, Wiederherstellung der englischen Wirtschaftsmacht und Prestigewirkung als gefestigtes Gemeinwesen – stand nach dem Ersten Weltkrieg keines unangefochten und ungebrochen zur Verfügung. Noch entscheidender war, daß die britische Außenpolitik objektiv und in ihrem Selbstverständnis in ein ambivalentes Abhängigkeitsverhältnis zu den USA geriet, das sei weitgehend unfähig machte, die erwünschte Gesamtkonstellation, den

[106] GT 7729, 18. 7. 1919, in: Cab. 24–84. – Chamberlain, 5. 8. 1919, WC 606 A, in: Cab. 23–15, S. 170. Unter Hinweis auf die verzerrte Bilanz der englisch-amerikanischen Wirtschaftsbeziehungen gab Chamberlain – gegenüber der Paish/Parmoor-Deputation – nachträglich McKennas und Runcimans Kritik recht: „There is an idea that we are still in a position to do what we might have done if we had stood neutral in this war and piled up money, instead of lavishing it on the struggle. Our means are so narrowly limited that it is quite impossible for us to undertake this task by ourselves, or to do more than play a part in a general world scheme, if such could be arranged ... At the present time I do not see any chance of it, because I think America holds the key to the position, and she is not willing."
Zum Umfang der englischen „relief measures" vgl. Surface/Bland und die League of Nations-Reports (Anm. 49) sowie Keynes, Collected Writings, XVI, S. 391, 417ff., 460, 464f., 448, 472f.; Keynes zufolge reichte der im Februar 1919 vom Parlament bewilligte Finanzierungsrahmen von 12500000 Pfund für die definierten Zwecke aus. Der Betrag schloß ein „the whole of Britain's outgoings on Belgian relief". Zur Tätigkeit der englischen „Relief Missions" siehe die Abschlußberichte von Goode, Cmd. 521 und 624, Economic Conditions in Central Europe, 1920; ferner P. E. Schmidt, The Relief of Austria, 1919–1922, Ph. D. thesis. Case Western Reserve University 1977. Der Kapitalbedarf für „reconstruction"-Zwecke lag weitaus höher; vgl. Habilschrift des Verf., Teil III.

Jahrgang 29 (1981), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1981_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„British Peace", auch tatsächlich ins Werk zu setzen. Gerade Politiker, die, wie Lloyd George oder Smuts, das Wort vom „British Peace" im Munde führten und innerlich dagegen rebellierten, daß ein Jahr direkter amerikanischer Kriegsteilnahme die drei Jahre britischer Führung in der Allianz in den Schatten stellte, konnten nicht mehr tun, als entweder gegen Frankreich zu optieren, um Englands mäßigender Stimme in der europäischen Politik Gehör zu verschaffen, oder Wilson Zugeständnisse abzuringen, die – wie die bewußt gegen Frankreich gerichtete Aufblähung des Reparationskatalogs – das Grundanliegen ihrer eigenen Friedensbemühungen durchkreuzten, indem sie die Ressentiments auf deutscher Seite gegen die Friedensvertragsbestimmungen steigerten und den Gründern der Weimarer Demokratie durch die Kriegsschuldthese – welch begrenzte Interpretation man dem Artikel 231 auch immer geben mochte – eine schwere Last aufbürdeten.

Lloyd George verkörpert ein gewisses Unvermögen der englischen Machteliten, ein Verhältnis zur neuen Weltmacht USA zu finden. Die krampfhaften Bestrebungen, England die Seniorrolle zu sichern, standen im krassen Widerspruch zu den mehrfach – im Juli und September 1917, im Frühjahr 1918[107] und dann wieder im Frühjahr 1919 – ausgestoßenen SOS-Rufen, in denen die britische Weltmacht signalisierte, daß nur die USA dank ihrer ungebrochenen Wirtschafts- und unverbrauchten Finanzkraft in der Lage seien, die Verbündeten vor der Katastrophe zu retten.

Von den Irritationen einmal abgesehen, die Lloyd Georges Manöver hervorriefen[108], weckten seine Reden und Taten das latente amerikanische Mißtrauen gegenüber Großbritannien. Sein offenkundiges Bestreben, die USA effektiver – militärisch, wirtschaftlich und finanziell – in den Krieg zu verwickeln[109] und sie aufzufordern, Abschnitte an der Westfront zu übernehmen, schürte den Verdacht, die USA sollten in Europa für England die Kastanien aus dem Feuer holen, während Großbritannien seine Position in „Übersee" – vorrangig im Nahen Osten – wiederherstellte[110]. Lloyd Georges Beharren auf der englischen Vorherrschaft auf den Weltmeeren[111], vor allem

---

[107] Lloyd George an Wilson, 3. bzw. 27. 9. 1917, gedruckt in: Lloyd George, War Memoirs, S. 1418; im einzelnen Habilschrift des Verf., Teil III Kap. „America in Britain's place".

[108] Die Tagebücher von House und Cecil, Th. Jones und Hankey verzeichnen die Irritationen.

[109] Lord Esher an Lord Murray of Elibank, 9. 8. 1917, in: Lloyd George-MSS., F 41/5/17. Esher riet Lloyd George: „We had better to look after our own skins. The first and simplest remedy is to commit the Americans. They know this ... They must *go in now* and be killed, or President Wilson *will go out.*"

[110] Lloyd George, Milner, Amery wollten die englischen Erfolge auf den Nebenschauplätzen seit dem Herbst 1917 nutzen, um Prestige zu gewinnen und englische „claims" abzustecken. Die Vorbereitungen führten im Februar/März 1918 zu Truppenabzügen in den Mittleren und Nahen Osten; gleichzeitig suchte Lloyd George die USA zum Eingreifen an der Westfront zu drängen – vor der deutschen Märzoffensive 1918.

[111] Der Konflikt entzündete sich immer wieder an der amerikanischen Interpretation der „Freiheit der Meere"; an der Stärkerelation der Kriegsflotten und an den Beteiligungen der Handelsmarine im Konvoysystem und zur Versorgung der Alliierten. Vgl. Lloyd George, Imperial War Cabinet (IWC), Nr. 39, 28. 11. 1918, in: Cab. 23–42. Hankey beeinflußte Lloyd George bes. in diesen Fragen. Flottenstärke galt allen Beteiligten als Symbol wirtschaftlicher Stärke. Für England spielte die Schiffahrt die Rolle des Devisenbringers („invisible incomes") zum Ausgleich der Zahlungsbi-

Jahrgang 29 (1981), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1981_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

jedoch der seit dem Herbst 1917 deutlich erkennbare Hintergedanke, angesichts der nachlassenden französischen Kampfkraft und des drohenden Ausfalls Rußlands die USA stärker einzuspannen und das englische Potential so weit wie möglich nur noch rationell einzusetzen, um den Abstand zwischen der alten und der neuen Weltmacht nicht übergroß werden zu lassen – all diese Indizien englischen Führungsstrebens übersah man auf amerikanischer Seite ebensowenig wie man Lloyd Georges provokatives „Knockout"-Interview Ende September 1916 oder seine Zurückweisung der Wilsonschen Vermittlungsabsichten vergessen wollte. Statt den Versuch zu machen, Washington so weit wie möglich für eine Mitwirkung beim europäischen Wiederaufbau zu gewinnen, wiederholte Lloyd George die Fehler, die er selbst den amerikanischen Politikern ankreidete, nämlich 1) bilateralen Abmachungen den Vorzug vor internationalen Maßnahmen zu geben, 2) den Versuch zu machen, aus einer schwächeren Verhandlungsposition herauszugelangen, indem man die Sprache recht willkürlich auf andere Themen brachte[112]. Auch die Absicht, die bestehenden interalliierten Organisationen zusammenzuhalten und einen Engländer (Lord Reading) an ihre Spitze zu stellen, um mit der Führung der Nothilfemaschinerie Einfluß in Europa zu gewinnen bzw. Hoovers Ambitionen zuvorzukommen[113], paßte schlecht zu dem gegenüber Frankreich abgelegten Eingeständnis, daß England ohne die Mitwirkung der USA kaum in der Lage sein werde, die im Krieg getroffenen interalliierten Verabredungen über den Wiederaufbau zerstörter Gebiete und die Fortführung interalliierter Zusammenarbeit in der Übergangsphase einzuhalten[114].

Hatte England bereits im Krieg Washington aufgefordert, Großbritannien und das Empire von den Bürden als Schaltzentrum der Kriegsfinanzierung zu entlasten und direkt die klassische Rolle als Finanzier der Koalition gegen die kontinentale Hegemo-

lanz. Ob die USA ihre Neutralität erklärten – wie 1914/17 und in den 30er Jahren – oder in den Krieg eingriffen (bzw. sich an Völkerbundssanktionen beteiligten), bedeutete für England einen Unterschied wie zwischen Tag und Nacht; im Fall der Neutralität würden die Kriegskosten England zum Schuldner der USA machen, mit allen Folgen für die Position in der Weltpolitik und in der Weltwritschaft. Zur Bedeutung des Streits um die „Freiheit der Meere"-Formel M. Beloff, Imperial Sunset, Bd. I: Britain's Liberal Empire, London 1969, S. 334; A. J. Marder, From the Dreadnought to Scapa Flow. The Royal Navy in the Fisher Era 1904–1919, Bd. V, S. 140; Hankey, Towards a National Policy, 17. 7. 1919, Cab. 21–159.

[112] Lloyd George suchte die Abhängigkeit der USA – beim Rücktransport ihrer Truppen – von der Bereitstellung englischen Schiffsraums auszunutzen, um die USA zu Konzessionen in anderen zur Verhandlung stehenden Fragen zu drängen; die Irritationen von Cecil und House, die die Probleme „sachgerecht" aushandeln wollten, rühren von der Auflehnung gegen Lloyd Georges „linkage"-Taktik her.

[113] IWC, 39. Sitzung, 28. 11. 1918, Cab. 23–43, und Cab. 23–42; I.C. 102, 3. 12. 1918, S. 4, in: Cab. 23–42. A. J. Mayer, Politics, S. 267ff.; T. Wilson (Hrsg.), The Political Diaries of C. P. Scott, London 1970, S. 366 (29. 12. 1918); H. Hoover, Memoirs, I, S. 387ff.; St. Roskill, Hankey. Man of Secrets, Bd. I: 1877–1918, London 1970, S. 584ff., 620ff.; Jones, Whitehall-Diaries, I, S. 69f.; Lloyd George an Clemenceau, 21. 11. 1918, in: Lloyd George-MSS., F 50/3/60.

[114] 21.–31. 12. 1918, GT 65436, in: Cab. 24–72, S. 102ff.; Hunter-Miller-Diary, 3. 12. 1918, I, S. 25ff. Die Erklärung stellt die Antwort auf eine französische Anfrage – Note vom 12. 12. 1918 – betr. die Aufrechterhaltung der Preisbeschränkungen, Kontrolle von Rohstoffexporten, Sicherung und Garantie der Lieferung „wichtiger" Importartikel nach Frankreich u. a. m. dar.

Jahrgang 29 (1981), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1981_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nialmacht zu übernehmen[115], so suchte Lloyd George den USA nach dem Waffenstillstand zu suggerieren, daß die freie Welt den Frieden verlieren werde, falls die USA nicht England in der Opferwilligkeit für eine gemeinsame Sache nachahmten. Anläßlich der Beratung des Keynes-Plans, der logischen Ergänzung zum Fontainebleau-Memorandum auf wirtschaftlichem Gebiet, wiederholte Lloyd George den Appell besonders eindringlich und offenherzig:

„Europe cannot do its own financing. Nor can Great Britain help in this process ... The responsibility for the reconstruction of the world, therefore, depends in an exceptional measure on the United States, for the United States is the only country in the world which is exceedingly prosperous and is not overburdened, in proportion to her population and resources, by internal or external debts."[116]

XII. Die Perzeption der Wirtschaftsmacht der USA

Auf englischer Seite konnten Politiker und Wirtschaftsführer sich nicht dem Eindruck entziehen, daß die USA auf Kosten Großbritanniens vom Krieg profitiert hatten und daß die USA die Expansion ihres Außenhandels fortsetzen wollten, ohne dies für die Ankurbelung wirtschaftlichen Aufschwungs und für die Umstellung von der Kriegs- auf die Friedenswirtschaft so nötig zu haben wie Großbritannien[117]. Obwohl Treasury und Board of Trade erkannten, „that we have even in our own interest to do our best to restart Europe", schwankten sie zwischen der Auffassung, daß die Aufgabe ohne die USA unlösbar sei, und der Auflehnung dagegen, daß die USA aufgrund ihres größeren Handlungsspielraums eher Betriebskapital bereitstellen konnten; England sahen sie dadurch benachteiligt, daß es den Schuldendienst gegenüber den USA aufnehmen, also Gold- und Devisenabflüsse in Kauf nehmen mußte.

Trotz der Wettbewerbsvorteile legten die USA England gegenüber ein ähnliches Verhalten an den Tag wie die englische Politik gegenüber Frankreich. Ebenso wie Großbritannien seine Alliierten im Verdacht hatte, daß sie die geforderte bzw. gewährte Kredithilfe nutzten, um Einflußzonen zu entwickeln und dann Großbritannien den Zugang zu ihren Kolonialmärkten zu verwehren[118], so argwöhnten auch die USA, daß ihre Großzügigkeit schlecht belohnt werden könnte. Sie befürchteten etwa, daß London die im Namen von „reconstruction" angeforderte Kapitalhilfe mißbrauchen

---

115 J. M. Keynes, Collected Writings, XVI, S. 255ff., 272ff., 437ff.; Burk, Diplomacy of Finance; Artaud, Impérialisme américain, S. 338ff.; dies., Question des dettes, S. 64ff., 95ff.

116 Lloyd George an Wilson und an Clemenceau, 23. 4. 1919, in: FR, PPC, Bd. V, S. 151ff.; der Entwurf und Chamberlains Begleitschreiben an Lloyd George, 17. 4. 1919, sind in Keynes, Collected Writings, XVI, S. 428f., gedruckt; G 241, in: Cab. 24-5, sowie in: T 172-988.

117 Die von Parrini, Abrahams u. a. beschriebenen Bestrebungen der National City Bank/Standard Oil-Gruppierung, den Moment englischer Schwäche zu nutzen, um den amerikanischen Einfluß im Nahen/Mittleren Osten und in Lateinamerika auszudehnen, waren der englischen Seite bekannt.

118 A. Chamberlain, 17. 6. 1919, siehe F. Oppenheimer, Stranger Within. Autobiographical Pages, London 1960, S. 395. Vgl. N. H. Davis an Rathbone, 9. 12. 1919, Davis-MSS., Box 48.

Jahrgang 29 (1981), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1981_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

könnte, indem englische Stellen die Gelder weiterleiteten, als ob es sich um englische Kapitalexporte handele – z. B. nach Belgien –, um Marktvorteile für den englischen Außenhandel zu sichern – „with the United States footing the bill"[119].

Die Einladung europäischer Finanziers, Banken und Regierungen an die amerikanische Regierung und an amerikanische Privatinvestoren, ihr Kapital in der europäischen Industrie anzulegen, um kontrollierende Mehrheiten zu erwerben, rief auf englischer Seite die Furcht vor einer amerikanischen Investitionsschwemme hervor. Das Angebot der US-Treasury, Europa Finanzkapital durch Privatinvestoren zur Verfügung zu stellen, weckte die Besorgnis, daß möglicherweise auch englische Unternehmen – im Ausland und in Großbritannien selbst[120] – aufgekauft werden könnten; dies würde den englischen Einfluß weiter verringern. Die Besorgnis ist vor dem Hintergrund der vom Schatzamt bekundeten „Ohnmacht" zu sehen[121], auf die verlockenden Angebote einzugehen, die auch den englischen Banken, Handelshäusern und Unternehmen aus Österreich, Italien, Deutschland zugingen[122]. Die Offerten spielten darauf an, daß es England leichtfallen sollte, in den von Inflation bedrohten und an Kapitalmangel leidenden Ländern Kontrollmehrheiten sicherndes Aktienkapital zu erwerben; es winkte die Aussicht, „to get a stake in the economy of those countries on the cheap"[123]. Die Verbindung von Inflation und Mangel an harten Devisen bedeute, daß britische Investoren ihre Interessen „at a discount" erreichen könnten. Im Vergleich zu den von der Treasury betonten Schwächen der englischen Wirtschaft wirkten die selbstbewußten Verlautbarungen der amerikanischen Bankwelt, des Schatzamtes und Hoovers wie eine Demonstration von Wirtschaftsmacht und Unternehmerinitiative, dem England – nach dem Kräfteraubbau des Weltkriegs – wenig entgegenzusetzen hatte[124].

---

[119] Rathbone an Davis, 18. 1. 1919, Leffingwell-MSS., Box 7, LB 3, ff. 224–226; Rathbone an Polk, 6. 2. 1919, ebenda, Box 8, LB 2, ff. 49–52; FR, Supplement to 1918, I/1, S. 611 ff.; vgl. Parrini, S. 47 ff.

[120] Die Befürchtung erhielt Ende der 20er Jahre erneut Auftrieb; zu ihrer Funktion in der konservativen Politik, bes. hinsichtlich der wirtschaftspolitischen Wende 1930/32 (zur „imperial policy"), siehe R. Boyce, Britain's First „No", S. 22 ff.

[121] Hierzu die in Anm. 56a zitierte Aussage über die Diskrepanz zwischen den Angeboten an England und den Wünschen, die auf seiten der „Kapital"besitzer bevorzugt behandelt wurden.

[122] Covering Statement dealing with the Burgomasters (Adenauers) Speech, Januar 1919, in: Lothian-MSS., GD 40–17, Bd. 71, S. 17–26; ferner BD, Bd. VI, Nrs. 25, 50, 112; C. R. Maude, The Future of German Trade and Finance in Russia, 17. 10. 1919, CP 58, Cab. 24–92 („circulated to the Cabinet at the request of Winston Churchill"); Oppenheimer, S. 366 ff.; Recker, S. 59 ff., 67 ff.

[123] Auch Frankreich war bestrebt, in der deutschen Wirtschaft Fuß zu fassen; G. Soutou, Seydoux-projekt, S. 248, 255.

[124] Chamberlain, 3. 2. 1920, Cab. 24–84, S. 536. Zur Expansion der amerikanischen Banken und zur Perzeption der relativen finanziellen und kommerziellen Stärke der USA und Großbritanniens vgl. Parrini, S. 88; Abrahams, S. 130 ff., 148 ff., 203 ff.; Artaud, Question des dettes, S. 160, 221, 228, 233 ff., 96 ff.

Jahrgang 29 (1981), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1981_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

XIII. Englisch-amerikanisches Machtgefälle und Schuldenfrage

Das Machtgefälle zwischen den USA und Großbritannien ging in englischer Sicht auf die unterschiedliche Betroffenheit beider Länder durch die Kriegswirtschaft, insbesondere die Kriegsfinanzierung, zurück; dadurch kam das Problem der interalliierten Schulden – als Ausdruck und Fortschreibung der Umkehr der Gläubiger- und Schuldnerpositionen gegenüber der Vorkriegszeit – zentral ins Blickfeld. Für das Schatzamt, das Auswärtige Amt und wichtige Kabinettsmitglieder (Bonar Law, Winston Churchill, Lloyd George) rückte die Streichung der Kriegsschulden in die vorderste Linie: Schuldenerlaß oder Schuldennachlaß galt ihnen als Symbol interalliierter Solidarität. In dieser Eigenschaft erfüllte das Stichwort zwei Funktionen: 1) Im Umgang mit Washington diente die Forderung als mehr oder weniger verhülltes Verlangen, einzugestehen, daß die USA länger als gerechtfertigt neutral geblieben waren und daß sie – aus der daraus erwachsenden moralischen Verpflichtung – einwilligen sollten, auf die finanziellen Vorteile zu verzichten, die ihnen die „verlängerte" Neutralität eingebracht hätte. 2) Gegenüber Frankreich wurde die Formel, Schuldenerlaß sei ein Beweis der Solidarität, als praktikable Alternative zu Plänen interalliierter wirtschaftlicher Kooperation präsentiert, die auf die Pariser Wirtschaftskonferenz vom Juni 1916 zurückgingen; in ihnen hatten die Alliierten einander gegenseitige Unterstützung zugesichert und dazu u. a. die Bewirtschaftung von Rohstoffen, Vorteile im Außenhandel gegenüber den Feindstaaten, Wiederaufbauhilfe gerechnet[125].

1918/19 waren die betreffenden interalliierten Absprachen aus den verschiedensten Gründen – unter anderem wegen des Ausscheidens Rußlands und wegen der unerwartet klaren militärischen Niederlage der Mittelmächte – hinfällig geworden. Als Alternative ergab sich aus englischer Sicht, die USA entweder für eine gegenseitige Streichung der Schulden zu gewinnen oder sie – durch verdecktere Methoden – in Pläne für die Wiederherstellung des „European credit" einzuspannen. Nachdem die USA die Argumente, die dem Keynes-Plan zugrunde lagen, kurzerhand verworfen hatten, brachte die amerikanische Delegation in Paris (nach Vorsondierungen bei Keynes, Montague u. a.) den Vorschlag ins Spiel, daß „as part of a general funding agreement provision should be made for deferring and spreading over a later period the payment of interest which would accrue during the next 2–3 years on obligations of Allied Governments held by the United States". Von der Schätzung ausgehend, daß die Höhe der Zinsverpflichtungen für ein Jahr bereits 50% der Goldreserven der Schuldner der USA (ausgenommen Großbritannien) erschöpfen und daß die dadurch ausge-

[125] Artaud, Question des dettes, S. 105; B. D. Rhodes, Reassessing ‚Uncle Shylock'. The US and French War Debts 1917–1929, in: JAH LV (1968/69), S. 787ff.; Parrini, S. 50ff.; Keynes, Collected Writings, XVI, S. 336ff., 384ff., 417ff.; T 172–994 und 1058; T 170–124. Um die Stimmung zu testen, schloß sich die englische Regierung einer französischen Initiative gegenüber Washington an; diese zielte auf Schuldenerlaß, enthielt aber auch die Aufforderung, Washington solle die Vorurteile und Vorbehalte gegen die wirtschaftlichen Kriegsziele und inter-alliierten Projekte überprüfen.

Jahrgang 29 (1981), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1981_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

löste weitere Schwächung der Währungskurse die Kaufkraft der Alliierten für Einkäufe auf den amerikanischen Märkten herabsetzen würde, erschien der Zahlungsaufschub für die interalliierten Kriegsschulden während der Übergangsphase als wichtiger Beitrag für den Wiederaufbau Europas. Auf amerikanischer Seite verglich man die Gewährung einer dreijährigen Frist, in der auf die Zahlung der Annuitäten und auf die Eintreibung der Zinsen verzichtet würde, hinsichtlich der Wirkung mit einer zusätzlichen Kreditlinie im Umfang von 1,5 Milliarden Dollar zu 5%[126].

Im englischen Fall bestanden die USA darauf, daß Großbritannien, falls es in den Plan einbezogen werden wollte, zwei Gegenleistungen erbringen müsse, nämlich seinerseits den Alliierten die Schuldendienste zu stunden und zweitens in dem Maß, in dem der englische Haushalt durch die Gewährung des Zahlungsaufschubs entlastet würde, den Verbündeten Währungsbeihilfen zu gewähren, so daß Frankreich, Italien oder Serbien ihre Pfundausgaben für Rohstoff- und Nahrungsmittelimporte aus dem British Empire *und* aus neutralen Ländern zu finanzieren vermöchten. Die englische Regierung ergriff die Gelegenheit, ein Junktim zwischen den verschiedenen Formen der Verschuldung herzustellen. Die USA jedoch beharrten auf ihrem Standpunkt, daß die von ihnen in Aussicht gestellte Stundung der Zinsdienste („postponement in collection of interests") Großbritannien nur zugute kommen könne, falls bzw. weil London eine derartige Entlastung für erforderlich halte und nicht weil Großbritannien argumentieren könne, daß es seitens seiner alliierten Schuldner ohnehin nicht auf den Eingang von Zinszahlungen rechnen könne[127].

Auf englischer Seite erblickte man in dem Zahlungsaufschub für die Zinsdienste um drei Jahre ein Mittel, die Regierung aus der moralischen Verpflichtung zu entlassen, den Wiederaufbau der im Krieg zerstörten Gebiete (Nord-Frankreich, Belgien) oder die Konsolidierung der neuen Staaten subventionieren zu helfen. Der Vorschlag einer Stundung der Zahlungsverpflichtungen bildete eine Entsprechung zu der innenpolitisch erörterten Maßnahme, den Betrieben die Zahlung einiger ihrer Steuerlasten zu stunden; diese Maßnahme würde die Liquidität der Firmen erhalten, ihnen Betriebskapital belassen und sie daher in die Lage versetzen, ihre wirtschaftliche Aktivität auszuweiten[128]. Vom Aufschub des Schuldendienstes gegenüber den USA und

---

[126] Zum amerikanischen Vorschlag eines „postponement of interest payments" und dem Bestreben, England zur Weitergabe der Erleichterung an die europäischen Alliierten zu veranlassen, siehe N. Davis an Wilson, 7. 6. 1919, Davis-MSS., Box 11; Rathbone an Davis, 5. 4. 1919, Leffingwell-MSS., Box 9, LB 2, f. 475; Davis-Memorandum, September 1920, in: Davis-MSS., Box 62; Davis an Fordney, 16. 1. 1920, Leffingwell-MSS., Box 13, LB 3, ff. 421 ff.; Davis an Rathbone, 9. 12. 1919, Davis-MSS., Box 48. Die 2–3 Jahre-Laufzeit entsprach der amerikanischen Vorstellung über die Dauer einer „reconstruction"-Phase. Zur Kalkulation, daß die Zahlung der Zinsverpflichtungen eines Jahres 50% der Goldreserven der europäischen Schuldner (ohne England) aufzehren würde, siehe Davis an Rathbone, 19. 12. 1919, in: Leffingwell-MSS., Box 13, LB 2, ff. 270–275.

[127] N. H. Davis an Wilson, 7. 6. 1919, in: Davis-MSS., Box 11.

[128] CP 580, 3. 2. 1920, in: Cab. 24–84, S. 534 ff.; Kirkaldy, S. 374 ff.; T. P. 21, August 1922, in: Cab. 27–179, S. 232 ff.; T. P. 9, 2. 8. 1922, ebenda, S. 152 ff.; GT 7906, in: Cab. 24–86, S. 103 ff.; Balfour-Committee on Industry and Trade, Cmd. 3282 (1929), Report, S. 49 ff.

Jahrgang 29 (1981), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1981_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Großbritannien erwartete man dementsprechend, daß er als Starthilfe einen ähnlichen Effekt auf die Volkswirtschaft der europäischen Staaten ausüben könnte.

Um Washington für die gegenseitige Streichung der interalliierten Schulden zu gewinnen, konstruierte die englische Regierung in ihrem förmlichen Antrag von Anfang Dezember 1919[129] ein Junktim zwischen Schuldenfrage und „recovery": Die Note erläuterte, daß London nur dann einen Beitrag zum Wiederaufbau Europas leisten könne, wenn das Schuldenproblem aus dem Weg geräumt sei. Es ist wohl kein Zufall, daß die Kostenvoranschläge für ein Hilfsprogramm an Zwischeneuropa zur Deckung des notwendigen Bedarfs – Rohstofflieferungen, Wiederherstellung des Verkehrsnetzes – in der Größenordnung der Jahresrate entsprachen, die England zur Tilgung seiner Schulden an die USA aufzuwenden hätte, falls keine „mutual cancellation of debts" vereinbart werden konnte, nämlich 25–45 Millionen Pfund jährlich[130]. Nach offizieller Begründung des Schatzamtes erschwerte jedenfalls jeder Ansatz zum Schuldendienst gegenüber den USA Großbritannien die Aufgabe, „to contribute assistance to the general restoration of Europe"[131].

Das Schatzamt rechtfertigte die Zurückhaltung der Regierung gegenüber Aufforderungen aus Wirtschafts- und Bankkreisen zum Einsatz englischer Finanzmittel und gegenüber Hilfegesuchen der europäischen Regierungen ferner mit der These, daß das Insistieren der Gläubigermacht USA auf dem Schuldendienst einem Veto gegen neue Obligationen ihres Schuldners gleichkomme; der Schuldendienst müsse Vorrang vor anderen englischen Kapitaltransaktionen haben:

> „To divert our energies to supplying on long credit countries which cannot pay us while we ourselves are debtors seems to me a very dangerous situation."[132]

Angesichts der Schwierigkeiten, den Pfundkurs bei anhaltenden Importüberschüssen im Handel mit den USA zu stützen, fühlten sich Schatzamt und Bank von England zu der Feststellung veranlaßt,

> „still less will Great Britain be in a position to finance other countries until she is again a creditor of the world with the Exchanges in her favour"[133].

---

[129] Chamberlain an Rathbone, 11. 12. 1919, zitiert auch von Artaud, Question des dettes, S. 236ff.; Parrini, S. 51.

[130] Der Hinweis ist lediglich als Versuch zu werten, das Problem zu konkretisieren; eine exakte Schätzung steht vor den Schwierigkeiten, denen sich alle statistischen Ermittlungen betr. die Dekade 1914–24 gegenübersehen. – Die Angabe betr. „European reconstruction" bezieht sich auf Berichte und Analysen, die dem Supreme Economic Council unterbreitet wurden; M 234, in: Cab. 29–25. Keynes ging davon aus, daß die amerikanische Beteiligung unverzichtbar sei; liege sie fest, dann könnte Großbritannien bestenfalls 40% des amerikanischen Anteils beisteuern. – Die Marge bezüglich der Kriegsschulden ergibt sich daraus, wie hoch man die Verzinsung (2,5–4,5%) und die Laufzeit/Vertragsdauer ansetzt; zu den englisch-amerikanischen Schuldenverhandlungen im Januar 1923 stellvertretend K. Middlemas/J. Barnes, Baldwin. A Biography, London 1969, S. 137ff.

[131] Chamberlain an Rathbone, 8. 12. 1919; Parrini, S. 51; T 172–447; Keynes, Collected Writings, XVI, S. 387ff.; Leffingwell-Memo., 9. 2. 1920, Davis-MS., Box 48, File Rathbone.

[132] Chamberlain, 3. 2. 1920, CP 580, in: Cab. 24–84, S. 528.

[133] Bank of England, The Present Financial Situation, Finance Committee, FC 6, 25. 9. 1919, in: Cab. 27–72, S. 88; Hawtrey-Memorandum, 26. 1. 1920, in: T 172–1057.

Jahrgang 29 (1981), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1981_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ein wichtiges Motiv für die wiederholten englischen Bemühungen um einen Schuldenerlaß war der Umstand, daß die USA mit dem Verzicht auf ihre Gläubigerrechte ein Druckmittel gegen England aus der Hand gegeben hätten. Genau wie Großbritannien späterhin (1923/24) Frankreich seine Forderungen in dem Moment mit Nachdruck präsentieren wollte, in dem die französische Regierung durch die Gewährung hoher Anleihen ihren Einfluß in Mittel- und Südosteuropa zu verankern trachtete[134], so befürchteten die englischen Entscheidungsträger, daß die USA England in ähnlicher Weise unter Druck setzen könnten, wann immer einflußreiche Interessen in den USA von England Konzessionen – z. B. im Nahen Osten oder bezüglich der Flottenparität – erzwingen wollten.

Innerhalb der englischen Regierung bestand wenig Neigung, einen möglichen Ausweg in Betracht zu ziehen, nämlich die Kommerzialisierung der Schulden. Abgesehen davon, daß eine derartige Privatisierung politischer Schuldtitel zusätzlich zu den Handelsschulden („commercial debts") und zu den britischen Obligationen gegenüber amerikanischen Banken (im Rahmen der in den Jahren 1914–17 aufgenommenen Kredite) der Kreditwürdigkeit Großbritanniens und der Stabilität des Pfund schweren Schaden zufügen konnte, fielen politische Überlegungen ins Gewicht:

> „From the moment that they (United States Government bonds) passed into private hands, it would be impossible for the United States Treasury ... to remit or postpone any part of the British obligations."[135]

Um ihre Bewegungsfreiheit und Unabhängigkeit zurückzugewinnen, zeigten sich die Bank von England und das Schatzamt entschlossen, die Schulden zu bedienen – obwohl sie natürlich eine Übereinkunft über die „cancellation of debts" vorgezogen hätten. Die Regierung gab der Hoffnung Ausdruck, daß sie aus eigener Kraft mit den Finanz- und Währungsproblemen fertig werden und ohne Rückgriff auf Kredithilfen seitens der US-Treasury in der Lage sein würde, einander widerstreitende Zielsetzungen anzusteuern; die Entschlossenheit, gegebenenfalls die US-Schulden zu bedienen, stand freilich unter einem Vorbehalt:

> „England were not to become liable for any large measure of assistance to others. The British Treasury was not in a position to give any further assistance to France or Italy."[136]

---

[134] Cabinet, 17. 1. 1924, in: Cab. 23–46, S. 489. Die scheidende konservative und die neue Labour-Minderheitsregierung verfolgten den Vorschlag aus politischen Rücksichtnahmen nicht weiter; vgl. C. A. Wurm, S. 42ff.; Schuker, S. 98ff.; Artaud, Question des dettes, S. 610ff.; J.-C. Debeir, La Crise du franc de 1924. Un exemple de spéculation ‚internationale', in: RI 1978/13, S. 29–49; J.-N. Jeanneney, De la spéculation financière comme arme diplomatique. A propos de la première „bataille du franc" (novembre 1923–mars 1924), in: RI 1978/13, S. 5–27.

[135] Curzon an Geddes, 5. 11. 1920, A 7472/185/45, zitiert von Dayer, British War Debts, S. 575; Blackett an Rathbone, 8. 11. 1919, in: Senate Document Nr. 86, Loans to Foreign Governments ... presented by Mr. Reed, 6. 12. 1921, Washington, D. C., 1921, Section 35, S. 62/63; Artaud, Question des dettes, S. 235ff. Die deutsche Regierung urteilte in einer ähnlichen Situation wie die englische Regierung; vgl. G. Soutou, Seydoux-Projekt, S. 269.

[136] SEC, M 234, S. 4, in: Cab. 29–25; vgl. CP 580, 3. 2. 1920, Cab. 24–84, S. 510; Chamberlain, 13. 11. 1919, T 172–1011; T 172–1057, file re Chamberlain/Geddes-Interview mit den „Memo-

Jahrgang 29 (1981), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1981_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

XIV. Schluß

Unter Hinweis auf die Überbeanspruchung des englischen Kräftehaushalts durch strategische und finanzielle Verpflichtungen versuchte London, den USA die Verantwortung für den europäischen Wiederaufbau anzutragen. Wenn auch nicht ohne Reserven, so erwartete man von den USA, daß sie Großbritanniens Platz bei der Regelung der europäischen Nachkriegsordnung einnahmen. Als das Engagement der USA im Verlauf der Kontroverse um die Ratifizierung des Friedensvertrages und den Beitritt zum Völkerbund fragwürdig wurde, verlegte sich die englische Politik darauf, einerseits die „Flucht" der USA aus der Verantwortung als Alibi für die Zurückhaltung englischer „Garantien" und konstruktiver Beiträge zu nutzen, andererseits aber auch die von den USA erteilten Lektionen weiterzureichen. Die englische Diplomatie begann damit, den europäischen Staaten gegenüber jene Forderungen zu wiederholen, die Washington als Vorbedingungen für die Bereitstellung von Aufbaukrediten oder anderen Unterstützungsleistungen in Warschau, Belgrad, Bukarest, zum Teil aber auch in London präsentierte, nämlich

> „that their (United States) aid would not be forthcoming to any country that did not resolutely set in order its internal, financial, and political situations, that did not devote itself to the increase of productivity, that did not curtail consumption of luxuries and the expenditure upon armaments, and that did not cease hostilities and did not treat their neighbours fairly"[137].

Indem die englische Währungs-, Finanz- und Wirtschaftspolitik die in den USA vorherrschende Wirtschaftsideologie übernahm und diese Standards den europäischen Staaten als Vorbild weiterempfahl[138], verankerte die britische Außenpolitik indirekt den Einfluß und den „impact" jener Weltmacht auf die europäische Politik, die als erste begann, sich von der Verantwortlichkeit für die Folgen der von ihr bewirkten Friedensschlüsse und Interventionen zu distanzieren. Die Anpassung der englischen Währungs- und Außenwirtschaftspolitik an die von den USA proklamierten Grundsätze[139] ebnete jedoch nicht einmal der anglo-amerikanischen Verständi-

---

rialists" (R. H. Brand et alii), 3. 2. 1920, sowie insbes. Hawtrey-Memorandum, 26. 1. 1920, ebenda; über die „Memorialists" s. Artaud, Question des dettes, S. 214 ff.

[137] Glass an H. L. Ferguson (US Chamber of Commerce), 28. 1. 1920, in: T 172–1057; Westminster Gazette, 30. 1. 1920; H. Hoover, 10. 7. 1919, in: BD, Bd. V, Nr. 17, S. 31. Zahlreiche Grenzkriege und Vorfälle in Rumänien, Serbien usw. lösten auf der Friedenskonferenz und in London Diskussionen aus, ob man die Konflikte zwischen den neuen Staaten stoppen könne, indem man die Hilfslieferungen einstelle.

[138] Die Neigung, den „deflation buck" an jeweils schwächere Partner weiterzureichen, ist ein Charakteristikum des Komplexes Reparationen – interalliierte Schulden. Frankreich suchte z. B. – mit dem Seydouxplan – die Reparationsansprüche so zu handhaben, daß sie den Lebensstandard in Deutschland drückten; die deutsche Regierung sollte sich genötigt sehen, stringente wirtschaftliche und finanzielle Maßnahmen zu ergreifen. Vgl. Soutou, S. 256.

[139] Die Argumente, die zur Rechtfertigung deflationären Drucks aufgeführt wurden, lauteten: 1) ein Schuldnerstaat müsse höhere Zinsen/Diskontsätze aufweisen als Gläubigernationen; 2) man

Jahrgang 29 (1981), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1981_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gung den Weg. Vielmehr setzte sich in beiden Ländern immer mehr die Interessenrichtung durch, die auf der einen Seite die Rückkehr zu „free enterprise", „free competition" bzw. „decontrol" und auf der anderen Seite Schutz für die Handelsschiffahrt usw. verlangte[140]. Nationale Rivalitäten, Prestigedenken und Wellen des Mißtrauens bestimmten entgegen den Ansätzen zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit im Weltkrieg erneut das politische Klima und führten zu einer Dekade des englisch-amerikanischen Antagonismus statt zu einer Ära der atlantischen wirtschaftlichen Kooperation.

müsse Londons Finanzmärkte gegen auswärtige Kapitalnachfragen abschirmen; 3) umgekehrt müsse man bemüht sein, sowohl kurz- als auch langfristige Gelder nach London zu ziehen. Chamberlain, 1. 7. 1919, WC 587, in: Cab. 23–11; Cunliffe-Committee, Report, §§ 11 ff., 17 ff.; Kirkaldy, S. 44 ff., 298 ff., 377 ff.; P. B. Johnson, Land Fit For Heroes, S. 195 ff.; U. K. Hicks, The Finance of British Government 1920–1936, Oxford 1970 (reprint), S. 336 ff.; E. V. Morgan, Studies in British Financial Policy 1914–1925, London 1952, S. 64 f., 264 ff.; D. Williams, Montagu Norman and Banking Policy in the 1920's, in: Yorkshire Bulletin of Economic and Social Research XI (1959), S. 42 f.

[140] Lord Grey, „Ambassador at large" in Washington, warnte die Regierung in London, daß die doppelpolige Politik im wirtschaftlichen und im politischen Bereich Schwierigkeiten verursachen werde. Er riet nachdrücklich, daß „the only sure remedy" darin liege, jegliche „control" der Regierung über die Großindustrien preiszugeben; Grey an Curzon, 27. 9. 1919, in: Lloyd George-MSS., F 60/2/6. Die Federation of British Industries und „business"-Vertreter im Unterhaus verlangten einerseits „decontrol of industry", andererseits jedoch Regierungsunterstützung (durch Lizenzen, Subventionen etc.), um den britischen Markt gegen eine „Überflutung" durch amerikanische Importe zu Dumping-Preisen zu schützen.

Jahrgang 29 (1981), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1981_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte